



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

05 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Zensus 2011

Rettungsdienstliche Auszubildende

Handwerkszählung 2010



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in der Bundesrepublik Deutschland erstmals eine registergestützte Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Am 31. Mai 2013 werden die statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeitgleich neben Angaben zur Bevölkerungsstruktur und den Gebäude- und Wohnungsbeständen am Zählungstichtag auch die amtlichen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden bekannt gegeben.

05 | 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell	425
----------------	-----

Industrie ■ Baugewerbe ■ Beschäftigung ■ Landwirtschaft
Bevölkerung ■ Bildung ■ Verkehr

Verbraucherpreise	435
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Schülerinnen und Schüler an Real- schulen plus im Schuljahr 2012/13 nach Verwaltungsbezirken	436
--	-----

Zensus 2011	437
-------------	-----

Aktuelle Daten zur rettungsdienstlichen Ausbildung	446
--	-----

Handwerkszählung 2010	451
-----------------------	-----

Daten zur Konjunktur	461
----------------------	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	493
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	509
------------------	-----

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe sinkt im Vergleich zum Vorjahresmonat

Im Vergleich zum Vormonat ist die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie im Februar 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht gestiegen. Sowohl die Vorleistungsgüterproduzenten (+1,9 Prozent) als auch die Konsumgüterhersteller (+0,9 Prozent) erhöhten ihre Produktion. Dagegen verbuchten die Investitionsgüterproduzenten einen um 3,4 Prozent niedrigeren Güterausstoß. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verzeichnete der Fahrzeugbau einen kräftigen Rückgang (-6,8 Prozent), während die chemische Industrie (-0,3 Prozent) ihre Produktion nur geringfügig zurückfahren musste. Der Maschinenbau stieg leicht um 0,4 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der Output der rheinland-pfälzischen Industrie im Februar 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,9 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduzenten verzeichneten einen Produktionsanstieg (+0,9 Prozent). Dagegen produzierten sowohl die Investitionsgüterhersteller (-2,8 Prozent) als auch die Konsumgüterproduzenten (-2,2 Prozent) weniger als im Vorjahr. Von den drei großen Branchen des Landes registrierten der Maschinenbau (-6,6 Prozent) und der Fahrzeugbau (-5,8 Prozent) einen Rückgang des Güterausstoßes. Die chemische Industrie produzierte 2,9 Prozent mehr als im Februar 2012.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Feb. 2013		Jan. bis Feb. 2013
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Jan. 2013	Feb. 2012	Jan. bis Feb. 2012
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,2 % ↗	-0,9 % ↘	-1,2 % ↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,9 % ↗	0,9 % ↗	-1,5 % ↘
Investitionsgüterproduzenten	-3,4 % ↘	-2,8 % ↘	1,3 % ↗
Konsumgüterproduzenten	0,9 % ↗	-2,2 % ↘	-2,5 % ↘
Chemie	-0,3 % ↘	2,9 % ↗	-4,4 % ↘
Fahrzeugbau	-6,8 % ↘	-5,8 % ↘	6,2 % ↗
Maschinenbau	0,4 % ↗	-6,6 % ↘	-7,1 % ↘
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	5,2 % ↗	1,7 % ↗	-1,8 % ↘
Inland	8,0 % ↗	2,8 % ↗	0,6 % ↗
Ausland	2,8 % ↗	0,6 % ↗	-3,6 % ↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	6,1 % ↗	9,9 % ↗	2,8 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	5,3 % ↗	-4,4 % ↘	-4,9 % ↘
Konsumgüterproduzenten	1,4 % ↗	-10,0 % ↘	-11,4 % ↘
Chemie	8,9 % ↗	19,3 % ↗	7,9 % ↗
Fahrzeugbau	3,7 % ↗	1,0 % ↗	4,1 % ↗
Maschinenbau	5,3 % ↗	-16,4 % ↘	-19,3 % ↘

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Industrie erhält im Februar mehr Aufträge

Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich der Auftragseingang im Februar 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 5,2 Prozent. Sowohl die Inlandsnachfrage (+8 Prozent) als auch die Auslandsnachfrage (+2,8 Prozent) stiegen. Die Vorleistungsgüterproduzenten (+6,1 Prozent), die Investitionsgüterproduzenten (+5,3 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (+1,4 Prozent) verbuchten höhere Auftragseingänge. Von den drei großen Branchen der rheinland-

pfälzischen Industrie verzeichneten sowohl die chemische Industrie (+8,9 Prozent) als auch der Maschinenbau (+5,3 Prozent) und der Fahrzeugbau (+3,7 Prozent) einen Zuwachs der Bestellungen.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie im Februar 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,7 Prozent verbessert. Die Inlandsnachfrage fiel um 2,8 Prozent höher aus als im Februar 2012. Im Auslandsgeschäft wurde ein leichtes Auftragsplus von 0,6 Prozent ver-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



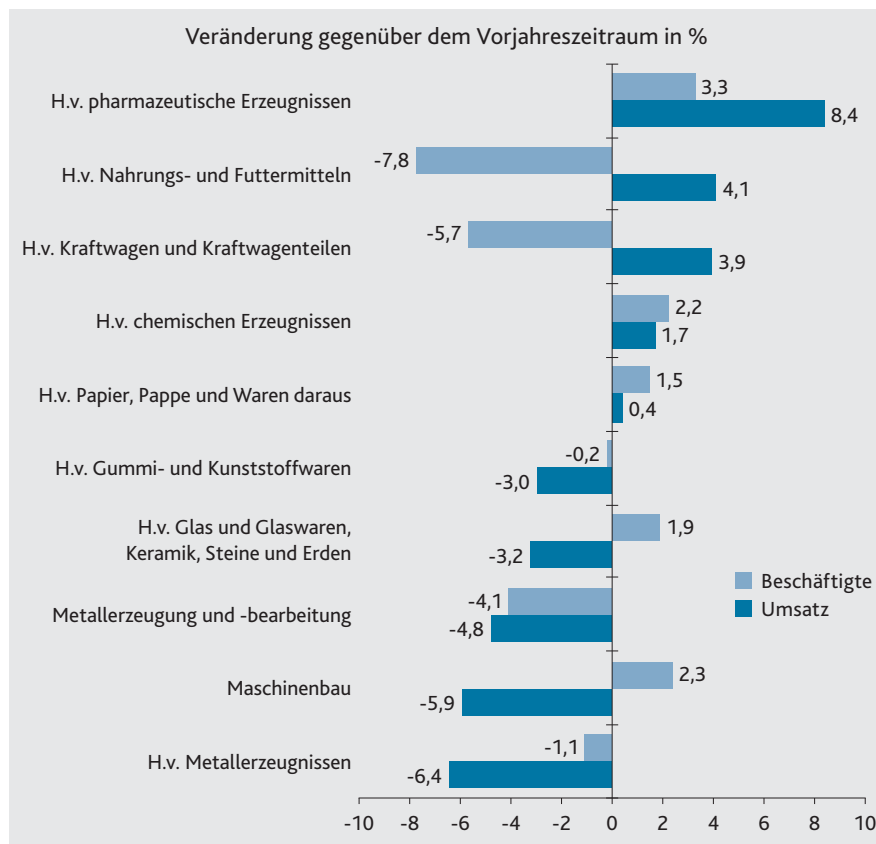
bucht. Während die Vorleistungsgüterproduzenten einen kräftigen Anstieg der Bestellungen erhielten (+9,9 Prozent), verzeichneten sowohl die Konsumgüterproduzenten (-10 Prozent) als auch die Investitionsgüterproduzenten (-4,4 Prozent) einen Nachfragerückgang im Vergleich zum Vorjahr. Von den drei großen Branchen des Landes registrierte die chemische Industrie einen kräftigen Anstieg der Nachfrage (+19 Prozent), während die Auftragseingänge im Fahrzeugbau (+1 Prozent) nur leicht zunahmen. Im Maschinenbau gingen dagegen deutlich weniger Aufträge ein als im Vorjahr (-16 Prozent).

Industrie setzt in den ersten beiden Monaten mehr um

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den ersten beiden Monaten 2013 Umsätze in Höhe von 13,5 Milliarden Euro. Das waren 0,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: -3 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen kräftig um 3,7 Prozent (Deutschland: -1 Prozent), die Inlandsumsätze gingen merklich um 2,9 Prozent zurück (Deutschland: -4,6 Prozent). Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) lag damit bei 54,3 Prozent (Deutschland: 47,5 Prozent).

Die Beschäftigung ging im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat geringfügig auf 246 690 zurück (-0,1 Prozent; Deutschland: +0,9 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 2,2 Prozent unter dem Niveau der ersten beiden Monate 2012 (Deutschland: -1,6 Prozent).

Umsätze von Januar bis Februar 2013 und Beschäftigte im Februar 2013 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten in den ersten beiden Monaten ein Umsatzplus. Am deutlichsten legte mit 8,4 Prozent die Pharmaindustrie zu. Die Auslandserlöse stiegen um 9,7 Prozent, die Inlandsumsätze um 5,7 Prozent. Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln steigerten den Umsatz um 4,1 Prozent. Die Erlöse der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der chemischen Industrie lagen um 3,9 bzw. 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war in beiden Branchen das Auslandsgeschäft (+7,8 bzw. 5,7 Prozent), während zeitgleich die Inlandsum-

sätze zurückfielen (-1,6 bzw. 6,5 Prozent). Starke Umsatzeinbußen registrierten die Hersteller von Metallerzeugnissen (-6,4 Prozent) und der Maschinenbau (-5,9 Prozent), wobei in diesen zwei Wirtschaftszweigen sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage kräftig sanken.

Einen spürbaren Beschäftigtenzuwachs meldeten im Februar die Pharmaindustrie (+3,3 Prozent), der Maschinenbau (+2,3 Prozent) und die chemische Industrie (+2,2 Prozent). Auch die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus erhöhten ihren

Personalstock gegenüber dem Vorjahresmonat merklich (+1,9 bzw. 1,5 Prozent). In den übrigen fünf Wirtschaftszweigen wurden teils deutlich weniger Menschen beschäftigt: Die Veränderungsraten bewegten sich von -0,2 Prozent (Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren) bis -7,8 Prozent (Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Februar niedriger als im Vorjahr

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Februar 2013 im Vorjahresvergleich um 29 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vormonat kam es jedoch zu einer deutlichen Verbesserung um 21 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich gegenüber Februar 2012 um 0,8 Prozent, gegenüber Januar 2013 war eine Steigerung um 8,4 Prozent zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Auftragseingänge um 29 Prozent. Sowohl im Hochbau (-32,5 Prozent) als auch im Tiefbau (-26 Prozent) waren deutliche Einbußen zu verzeichnen. Die stärksten Rückgänge gab es im öffentlichen Hochbau (-69 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (-43 Prozent). Zuwächse wurden lediglich im öffentlichen Tiefbau (+4,9 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+1,5 Prozent) registriert.

Im Vergleich zum Februar 2012 ging der baugewerbliche Umsatz um 0,8 Prozent auf rund 127 Millionen Euro

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Feb. 2013				Jan. bis Feb. 2013	
	Veränderung des Indexwertes zu					
	Jan. 2013		Feb. 2012		Jan. bis Feb. 2012	
Auftragseingang	21,1%	↑	-29,3%	↓	-20,8%	↓
Hochbau insgesamt	4,1%	↑	-32,5%	↓	-18,4%	↓
Wohnungsbau	39,3%	↑	1,5%	↗	-4,7%	↓
gewerblicher Hochbau	7,5%	↑	-19,7%	↓	-10,5%	↓
öffentlicher Hochbau	-37,4%	↓	-68,8%	↓	-41,0%	↓
Tiefbau insgesamt	44,7%	↑	-25,7%	↓	-23,5%	↓
gewerblicher Tiefbau	19,1%	↑	-43,0%	↓	-35,4%	↓
öffentlicher Tiefbau	91,6%	↑	4,9%	↑	-4,6%	↓
Straßenbau	26,5%	↑	-35,3%	↓	-29,0%	↓
Baugewerblicher Umsatz	8,4%	↑	-0,8%	↘	-2,4%	↓
Hochbau insgesamt	3,3%	↑	-1,4%	↘	2,6%	↑
Wohnungsbau	4,8%	↑	-14,6%	↓	-8,8%	↓
gewerblicher Hochbau	-1,7%	↘	9,6%	↑	16,7%	↑
öffentlicher Hochbau	11,2%	↑	0,9%	↗	-3,1%	↓
Tiefbau insgesamt	17,3%	↑	0,2%	↗	-9,4%	↓
gewerblicher Tiefbau	54,1%	↑	20,1%	↑	-4,2%	↓
öffentlicher Tiefbau	17,6%	↑	8,1%	↑	5,1%	↑
Straßenbau	-2,4%	↓	-16,9%	↓	-21,6%	↓

zurück. Während es im Hochbau zu einer Verschlechterung kam (-1,4 Prozent auf etwa 77 Millionen Euro), verzeichnete der Tiefbau leicht steigende Umsätze (+0,2 Prozent auf rund 50 Millionen Euro).

Gegenüber Januar 2013 verbesserten sich die Auftragseingänge um 21 Prozent. Auch in den vergangenen Jahren war im Februar häufig eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Mit Ausnahme des öffentlichen Hochbaus (-37 Prozent) meldeten alle Bereiche des Bauhauptgewerbes Zuwächse. Dadurch kam es im Hochbau insgesamt nur zu einem Plus von 4,1 Prozent. Im Tiefbau verbesserte sich die Nachfrage nach Bauleistungen um 45 Prozent. Vor allem der öffentliche Tiefbau legte sehr stark zu (+92 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz stieg gegenüber Januar um 8,4 Prozent. Der Hochbau setzte 3,3 Prozent mehr um, im Tiefbau gab es eine Verbesserung um 17 Prozent. Im gewerblichen Tiefbau zogen die Umsätze am kräftigsten an (+54 Prozent). Leichte Einbußen gab es im Straßenbau (-2,4 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (-1,7 Prozent).

Mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern genehmigt

Rückgang bei Einfamilienhäusern

In Rheinland-Pfalz wurden 2012 mehr Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt als im Vorjahr. Die Zahl stieg um 2,1 Prozent auf 10 398. Dagegen sank die Zahl der insgesamt genehmigten Wohngebäude um 4,4 Prozent auf 6 337 Bauvorhaben. Diese

rückläufige Entwicklung ist alleine auf den Bereich der Einfamilienhäuser zurückzuführen. Die Zahl der genehmigten Wohngebäude mit mehreren Wohnungen stieg dagegen an. Für alle Wohnbaumaßnahmen wurden 2012 Kosten von mehr als 1,9 Milliarden Euro veranschlagt, was einem Plus von 3,5 Prozent gegenüber 2011 entspricht.

Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohner 26 genehmigte Wohnungen. Deutlich über dem Durchschnitt lagen der Landkreis Trier-Saarburg mit 46,8, der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 45,7 und der Rhein-Pfalz-Kreis mit 43,9 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner. Die geringste Anzahl gab es im Landkreis Birkenfeld mit 9,2 genehmigten Wohnungen je 10 000 Einwohner. Unter den kreisfreien Städten wies Landau in der Pfalz mit 94,2 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert auf,

wobei hier eine Vielzahl von Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen genehmigt wurden. Am geringsten war die Nachfrage in Pirmasens (5,5).

Nachfrage im Nichtwohnbau rückläufig

Die Nachfrage im rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau entwickelte sich 2012 rückläufig. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten 1 492 neue Nichtwohngebäude, das waren 7,7 Prozent weniger als im Jahr 2011. Die veranschlagte Investitionssumme lag dagegen bei nahezu 1,1 Milliarden Euro und damit um 1,8 Prozent höher als 2012. Je Neubauvorhaben stiegen die durchschnittlich veranschlagten Baukosten um 10,4 Prozent auf 723 000 Euro an. Die vorgesehene Nutzfläche der Neubauten reduzierte sich um 7,7 Prozent.

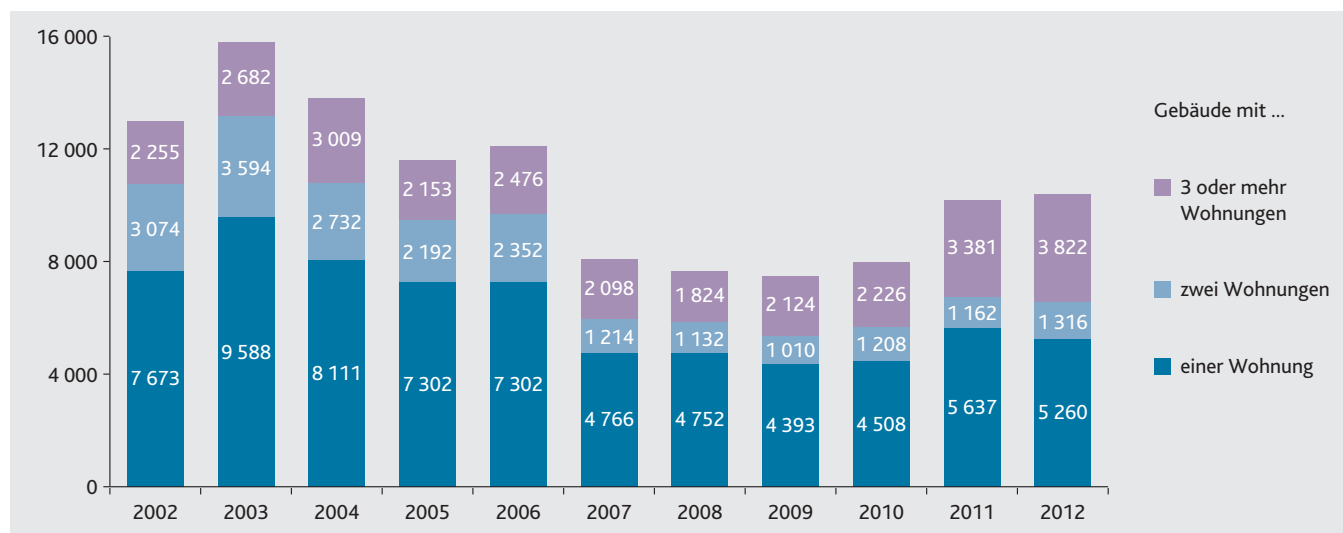
Die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude bildeten, trotz der geringeren Zahl erteilter Genehmi-

gungen, mit 896 Bauvorhaben die größte Gruppe. Der vorgesehene Rauminhalt dieser Gebäude blieb hier um 9,9 Prozent unter dem Vorjahreswert, die voraussichtlichen Baukosten sanken um 14 Prozent auf knapp 510 Millionen Euro. Bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden waren 344 Neugenehmigungen zu verzeichnen. Bei den sonstigen Nichtwohngebäuden sollen 117 Neubauten errichtet werden, gefolgt von den Büro- und Verwaltungsgebäuden mit 114 Neubauten.

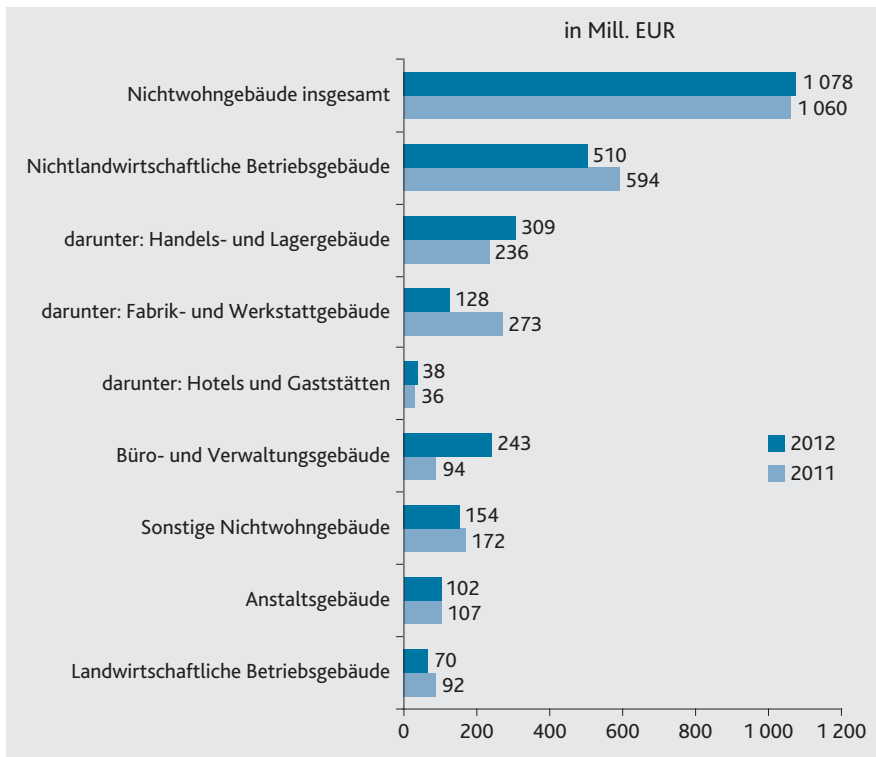
26 Prozent der abhängig Erwerbstätigen nicht in Normalarbeitsverhältnissen

Gut jeder Vierte abhängig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz arbeitete 2011 in einem sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnis. Zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gehören befristete und geringfügige Beschäftigung ebenso

Genehmigte Wohnungen (Neubau) 2002–2012 nach Gebäudetyp



Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) 2011 und 2012 nach Gebäudearten



wie Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Wochenstunden. Vor allem junge Menschen werden häufig befristet beschäftigt, während zu den Teilzeitbeschäftigten mit 20 oder weniger Stunden hauptsächlich Frauen zählen. Auch Beschäftigte ohne anerkannte Berufsausbildung sind häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden.

Befristete Beschäftigung betrifft – nahezu unabhängig vom Geschlecht – vor allem jüngere Menschen, die erstmals einen Einstieg in das Berufsleben suchen. In der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen war 2011 jeder Dritte abhängig Erwerbstätige befristet beschäftigt. Ist der Berufseinstieg gelungen und Berufserfahrung erworben, winkt dann häufig auch

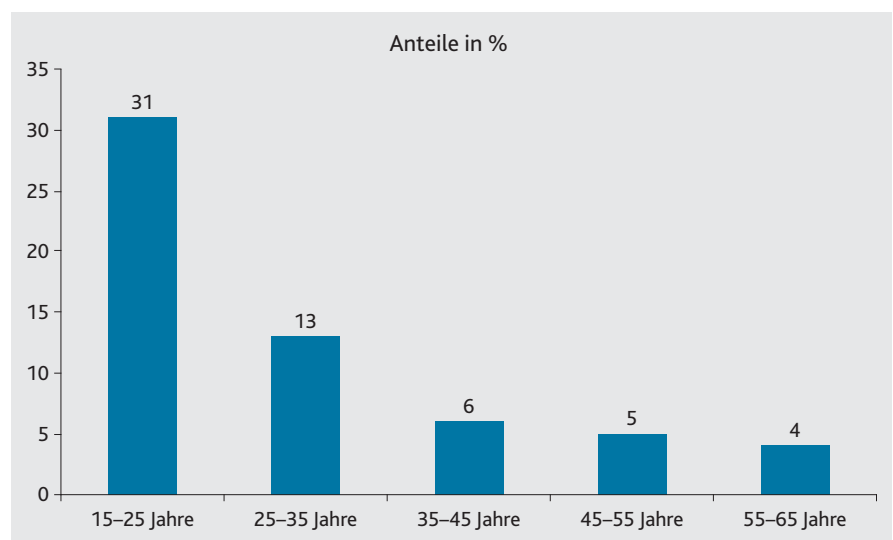
die Übernahme in eine Festanstellung. Von den 25- bis 35-Jährigen sind noch 13 Prozent in befristeten Beschäftigungsverhältnissen tätig.

Wer älter als 35 Jahre ist, hat in der Regel einen unbefristeten Arbeitsvertrag. In dieser Altersgruppe sind lediglich noch fünf Prozent der abhängig Erwerbstätigen befristet beschäftigt.

Hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung sind unabhängig von der Altersgruppe deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen. Während im Jahr 2011 rund 35 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen Arbeitsverträge mit 20 oder weniger Wochenstunden besaßen, traf dies nur auf fünf Prozent der Männer zu. Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen – etwa aus familiären Gründen – durchaus gewollt ist, ist damit vor allem ein weibliches Phänomen.

Ein wesentlicher Faktor für den Sprung in ein sogenanntes Normalarbeitsverhältnis, d.h. eine unbefristete Vollzeiterwerbstätigkeit, ist die Bildung. So befanden sich 2011 von den abhängig Erwerbstätigen ohne anerkannte Berufsausbildung rund

Befristet Beschäftigte 2011 nach Altersgruppen



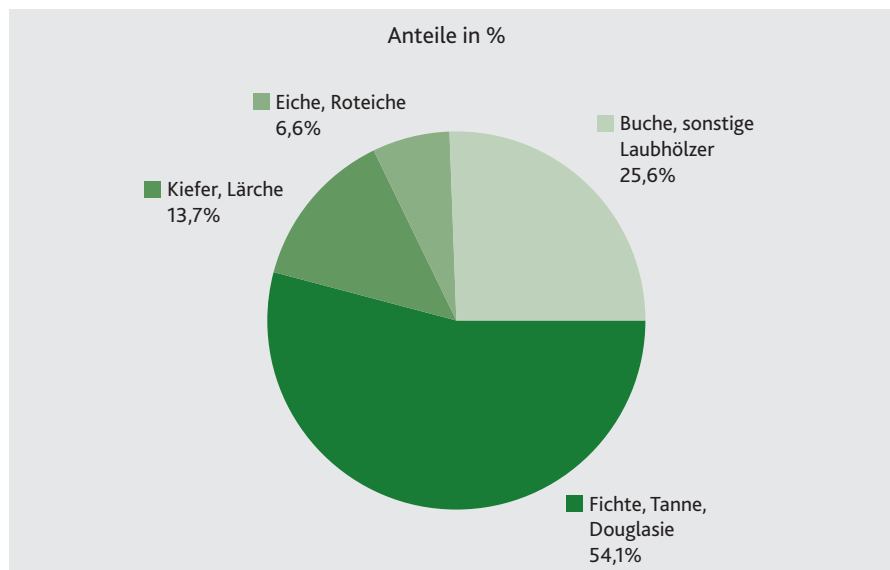
41 Prozent in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Dies traf auch auf 26 Prozent derjenigen zu, die eine Lehrausbildung oder einen vergleichbaren Berufsabschluss hatten. Von den Höherqualifizierten waren dagegen nur 17 Prozent atypisch beschäftigt.

3,6 Millionen Festmeter Holz eingeschlagen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2012 knapp 3,6 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen (gerechnet ohne Rinde). Gut zwei Drittel des Holzeinschlags entfielen auf Nadelholz wie Fichte, Tanne oder Douglasie. Fast die Hälfte des gesamten Einschlags erfolgte im Körperschaftswald, ein weiteres Drittel im Landeswald. Rund 641 000 Kubikmeter – das entspricht 18 Prozent des gesamten Holzeinschlags – wurden als Energieholz genutzt. Ein Wert, der sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat. Im Jahr 2002 waren erst 241 000 Kubikmeter für energetische Zwecke genutzt worden.

Im zeitlichen Vergleich ist zu berücksichtigen, dass der jährliche Holzeinschlag aufgrund von Wetterereignissen stark schwanken kann. Beispielsweise mussten im Jahr 2010 fast 3,1 Millionen Kubikmeter Holz – überwiegend Nadelholz – aufgrund von Wind- oder Sturmereignissen, wie dem Orkan Xynthia, eingeschlagen werden. Insgesamt betrug die Einschlagsmenge seinerzeit über 5,5 Millionen Kubikmeter. Im längerfristigen Vergleich ist eine Zunahme des

Holzeinschlag 2012 nach Holzarten



Holzeinschlags feststellbar. Während im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2012 jährlich knapp 4,3 Millionen Kubikmeter eingeschlagen wurden, waren es im Zeitraum 1993 bis 2002 durchschnittlich nur 2,9 Millionen Kubikmeter.

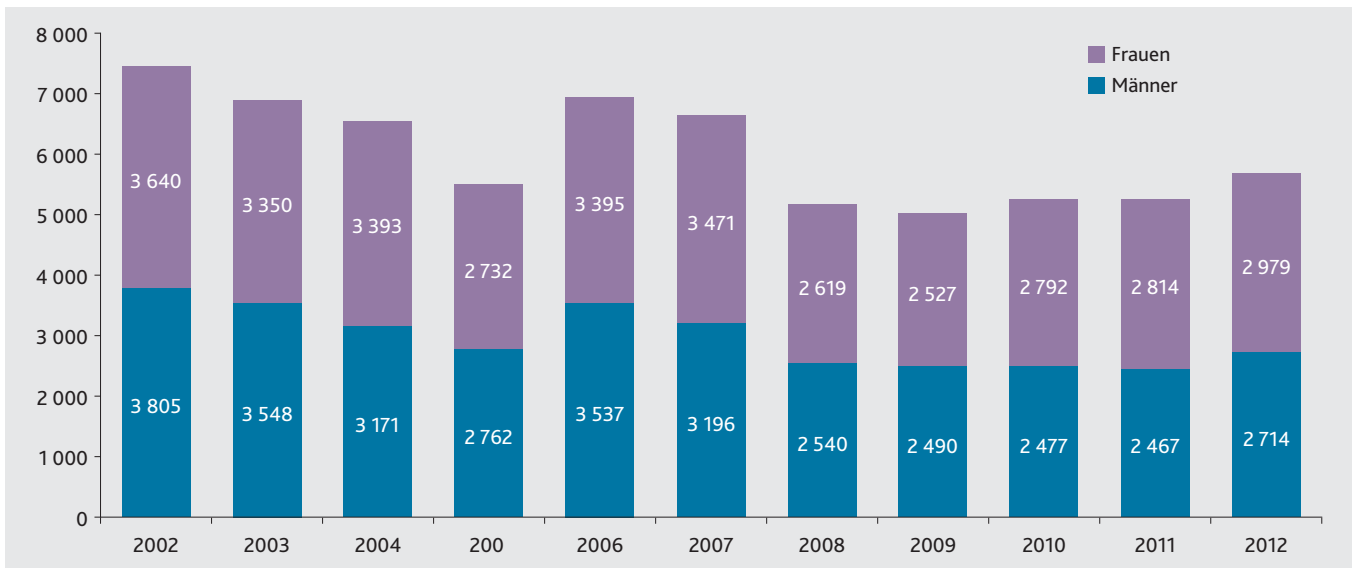
Zum Vergleich: Nach den Ergebnissen der Anfang des Jahrtausends durchgeführten Bundeswaldinventur wird der jährliche Zuwachs in den rheinland-pfälzischen Wäldern auf rund 9,2 Millionen Kubikmeter einschließlich Rinde geschätzt. Dies belegt, dass nach wie vor eine nachhaltige Holznutzung erfolgt.

Zahl der Einbürgerungen steigt 2012 weiter

Im Jahr 2012 erhielten 5 693 in Rheinland-Pfalz lebende Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit einen deutschen Pass. Damit ist die Zahl der Einbürgerungen das dritte

Jahr in Folge angestiegen. Sie liegt aber noch nicht annähernd wieder auf dem Niveau zur Jahrtausendwende. Seinerzeit waren zum Teil deutlich mehr als 7 000 Einbürgerungen pro Jahr zu verzeichnen gewesen.

Die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden wurde in den kreisfreien Städten Mainz (608), Ludwigshafen am Rhein (464) und Koblenz (393) verliehen, die wenigsten Einbürgerungen erfolgten in den kreisfreien Städten Zweibrücken (22) und Pirmasens (24) sowie im Landkreis Cochem-Zell (28). Gemessen an der Zahl der im Jahr 2011 jeweils im Ausländerzentralregister registrierten Personen belegte ebenfalls Koblenz einen Spitzenplatz. Dort erhielten annähernd vier Prozent der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Es folgten die kreisfreie Stadt Trier und der Landkreis Alzey-Worms mit jeweils

Einbürgerungen 2002–2012¹ nach Geschlecht

knapp drei Prozent. Relativ gesehen die wenigsten Einbürgerungen gab es im Landkreis Bad Dürkheim (0,5 Prozent), in der kreisfreien Stadt Pirmasens (1,1 Prozent), im Eifelkreis Bitburg-Prüm, in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Cochem-Zell (jeweils 1,2 Prozent).

Die mit Abstand meisten der im Jahr 2012 Eingebürgerten verfügten zuvor über die türkische Staatsangehörigkeit (1 539). Es folgten Menschen aus Vietnam (287), Polen (285) und dem Kosovo (228). Gemessen an der Zahl der im Ausländerzentralregister verzeichneten Personen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz erhielten überproportional viele hier lebende Menschen aus Angolar (zwölf Prozent), dem Libanon (7,6 Prozent), Ecuador (7,5 Prozent) sowie Staatenlose (elf Prozent) einen deutschen Pass.

Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben insbesondere Personen, die

mindestens acht Jahre in Deutschland leben, einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Die Einbürgerung erfolgt nur auf Antrag. Durch die Einbürgerung werden die Betroffenen gleichberechtigte deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger mit allen Rechten und Pflichten. Sie können in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene wählen, selbst für ein Parlament kandidieren und damit Ihre Interessen aktiv vertreten.

Fast 4 000 Schwangerschaftsabbrüche 2012

Im Jahr 2012 entschieden sich 3 933 rheinland-pfälzische Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch. Die Zahl liegt damit in etwa auf dem Vorjahresniveau (3 920). Deutschlandweit ging die Zahl der Abbrüche dagegen um zwei Prozent zurück. Bezogen auf

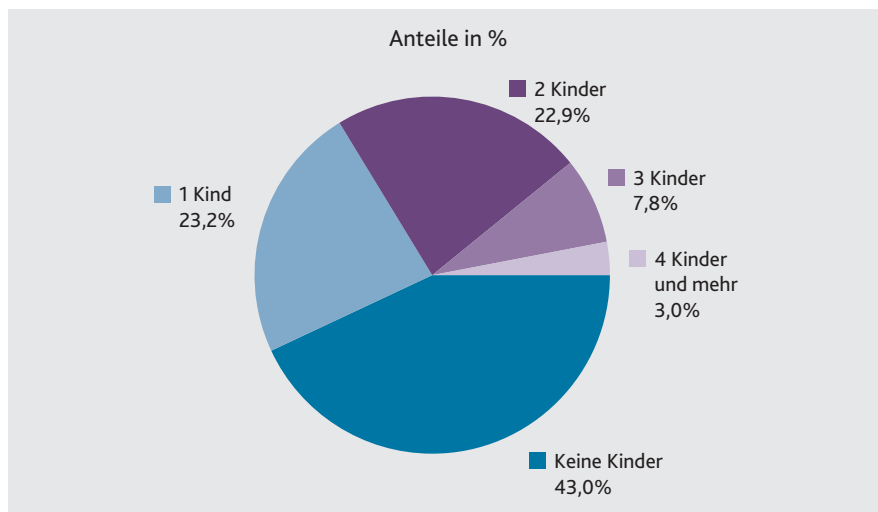
die Lebendgeborenen des Jahres 2012 errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Abbruchquote von 13 Prozent.

Rund 75 Prozent der Frauen ließen den Eingriff in einer Arztpraxis oder einem Krankenhaus in Rheinland-Pfalz durchführen. Jede vierte Frau wandte sich an Ärztinnen oder Ärzte in anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz hat damit deutschlandweit die höchste „Auspendlerrate“, gefolgt von Niedersachsen (16 Prozent) und Brandenburg (zehn Prozent).

Von den Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, betreuten 2 240 zum Zeitpunkt des Eingriffs bereits mindestens ein Kind. Jede Fünfte von diesen Frauen lebte dabei mit drei und mehr Kindern in einer Familie zusammen.

Nach der Beratungsregelung wurden 97 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen.

Schwangerschaftsabbrüche 2012 nach Zahl der minderjährigen Kinder im Haushalt



Die Beratungsregelung besagt, dass die Schwangerschaft innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch einen Arzt abgebrochen werden kann, wenn die schwangere Frau den Abbruch verlangt und sie dem Arzt durch die Bescheinigung einer anerkannten Beratungsstelle eine mindestens drei Tage zurückliegende Schwangerschaftskonfliktberatung

nachgewiesen hat. Medizinische oder kriminologische Indikationen waren in drei Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch.

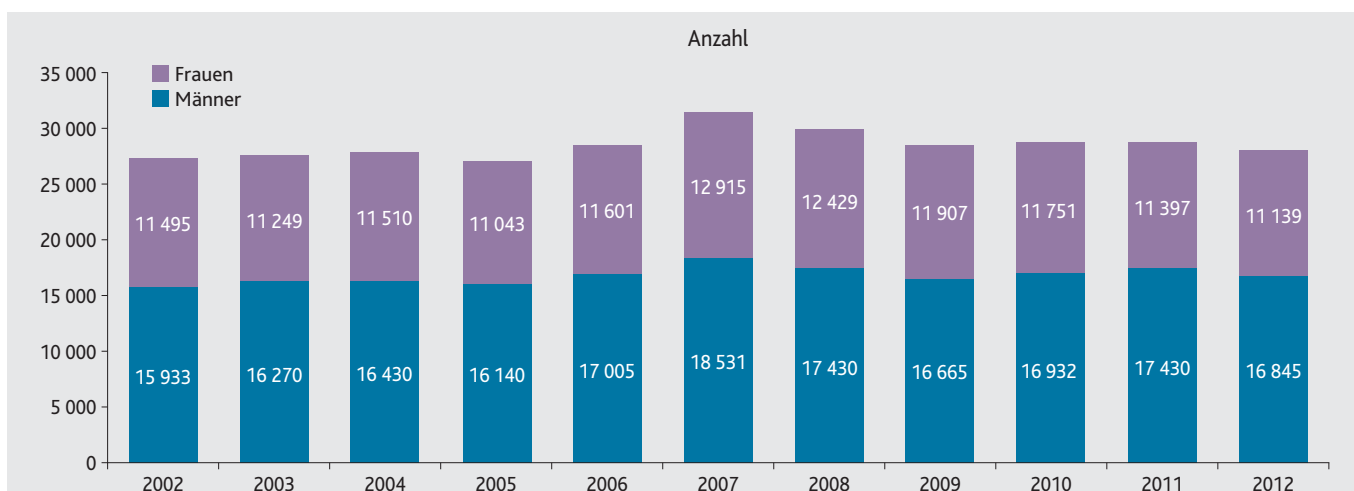
Duale Berufsausbildung: Weniger neue Ausbildungsverträge

Im Jahr 2012 schlossen in Rheinland-Pfalz 27 984 Jugendliche einen neuen

Ausbildungsvertrag im Dualen System ab. Das waren 843 weniger als im Vorjahr (–2,9 Prozent).

Insbesondere die Zahl der Neuabschlüsse von jungen Männern ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück (–3,4 Prozent). Ursächlich für diesen Rückgang im Jahr 2012 ist auch ein sogenannter Basiseffekt. Denn im Jahr 2011 hatten – bedingt durch die Aussetzung der Wehrpflicht – ungewöhnlich viele Männer eine Berufsausbildung begonnen. Darüber hinaus führt der Rückgang der Bevölkerung im ausbildungstypischen Alter zu einer sinkenden Zahl von Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes dürfte sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen. So wird die Zahl der 16- bis unter 26-Jährigen im Jahr 2020 um gut 13 Prozent geringer sein als noch im Jahr 2010.

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2002–2012¹ nach Geschlecht



¹ 2012 vorläufige Ergebnisse. Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab dem Berichtsjahr 2007 jeweils auf ein Vielfaches von Drei gerundet.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren am 30. September 2012 insgesamt 514 Bewerber registriert, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (2011: 449). Gleichzeitig wurden 1122 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet (2011: 1153).

Auch die Zahl der Auszubildenden sank im Jahr 2012 (-1,9 Prozent). Insgesamt befanden sich am 31. Dezember des vergangenen Jahres 72 564 Auszubildende in einer dualen Ausbildung. Mehr als die Hälfte von ihnen absolvierte eine Ausbildung im Bereich Industrie und Handel (55 Prozent).

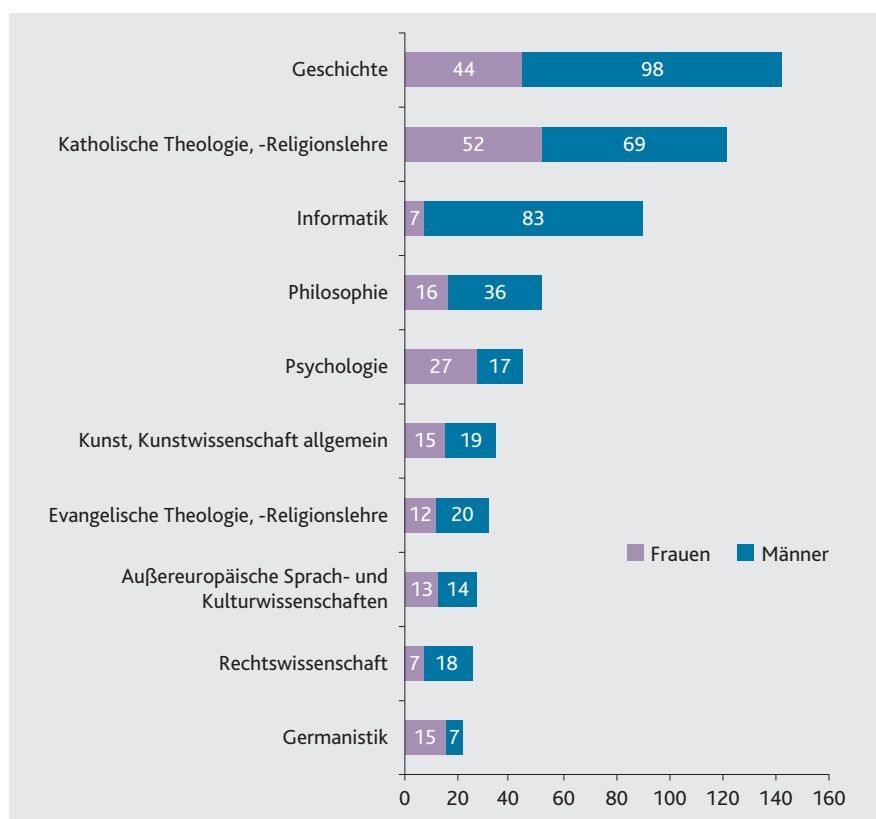
Mehr Gasthörerinnen und Gasthörer an rheinland-pfälzischen Hochschulen

Nach einem neun Jahre anhaltenden Rückgang ist die Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer an rheinland-pfälzischen Hochschulen erstmals wieder gestiegen. Zum Wintersemester 2012/13 waren insgesamt 651 Gasthörerinnen und -hörer eingeschrieben. Das waren 24 Personen mehr als im vorherigen Wintersemester (+3,8 Prozent).

Im Rahmen des Gaststudiums bilden sich vor allem Seniorinnen und Senioren weiter. Die Mehrheit der 238 Frauen und 413 Männer im Wintersemester 2012/13 waren 60 Jahre oder älter (66 Prozent). Das durchschnittliche Alter der Hörerinnen und Hörer lag bei 58,5 Jahren.

Die meisten Gasthörerinnen und Gasthörer gab es an der Johannes

Die zehn am häufigsten von Gasthörern belegten Fachrichtungen im Wintersemester 2012/13 nach Geschlecht



Gutenberg-Universität in Mainz (228), der Universität Trier (164), der Fachhochschule Trier (92) und der Theologischen Fakultät Trier (58). Besonders häufig besucht wurden Veranstaltungen der Fächergruppen „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (64 Prozent), „Mathematik, Naturwissenschaften“ (15 Prozent) sowie „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (9,9 Prozent). Zu den beliebtesten Fachrichtungen zählten Geschichte (142), katholische Theologie (121) und Informatik (90). Da sich zahlreiche Gasthörerinnen und Gasthörer in mehreren Fachrichtungen einschrieben, ergab sich eine Gesamtzahl von 847 Belegungen.

Das Gaststudium leistet einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Es ermöglicht – auch ohne allgemeine Hochschulreife – die Teilnahme an regulären Lehrveranstaltungen und Kursen. Prüfungen werden im Rahmen des Gaststudiums nicht abgelegt.

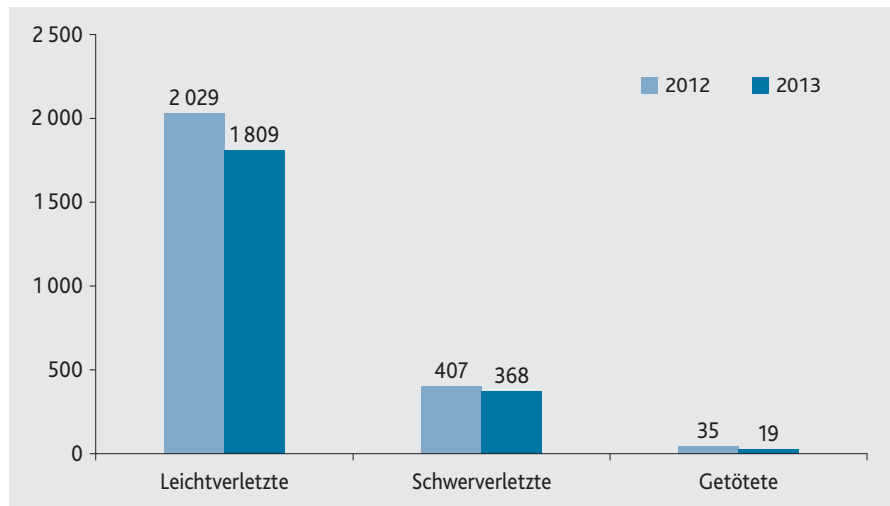
Seit dem Wintersemester 2004/05 werden für das Gaststudium Gebühren erhoben, die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können.

Neben dem Gaststudium bieten die Hochschulen zunehmend auch spezielle „Seniorenstudiengänge“ an, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer Veranstaltungen außerhalb des regulären Studienangebotes belegen.

Zu Jahresbeginn weniger Tote bei Verkehrsunfällen

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2013 verloren in Rheinland-Pfalz 19 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das 16 Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 9,6 Prozent auf 368 zurück. Leicht verletzt wurden 1809 Personen, was einem Rückgang von 10,8 Prozent entspricht. Die Zahl der von der Polizei registrierten Unfälle stieg um 2,7 Prozent auf 20 374.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2012 und 2013



Verbraucherpreise im April 2013

Im April 2013 lagen die Verbraucherpreise 1,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dies war der niedrigste Wert seit August 2010.

Uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den Energiepreisen, die im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 0,4 Prozent zulegten. Während die Strompreise (+11 Prozent) stiegen, lagen die Preise für Mineralölprodukte (-5,6 Prozent; davon Heizöl: -6,1 Prozent; Kraftstoffe: -5,4 Prozent) deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Überdurchschnittliche Preiserhöhungen waren bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+3,5 Prozent) festzustellen. Fleisch und Fleischwaren (+5,9 Prozent), aber auch Obst (+6,9 Prozent) und Gemüse (+5,3 Prozent) wurden deutlich teurer. So lagen die Preise für frisches Geflügelfleisch 7,8 Prozent, für Wurstaufschnitt neun Prozent und für Schweinebraten zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Auch für Auberginen (+34 Prozent), Blumenkohl (+46,5 Prozent) und für Salate wie Feldsalat, Rhabarber oder Chicorée (+18 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen.

Im Vergleich zum Vormonat gaben die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent nach. Insbesondere der nach den Osterferien kräftige Preisrückgang bei Pauschalreisen (-20,5 Prozent) trug zu einer rückläufigen Teuerungsrate in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-5,1 Prozent) bei. Im Vergleich zum März 2013 wurden auch Bekleidung und Schuhe (-0,8 Prozent) günstiger, während die Preise für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (+0,1 Prozent), Gesundheitspflege (+0,2 Prozent) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+0,2 Prozent) nahezu unverändert blieben.

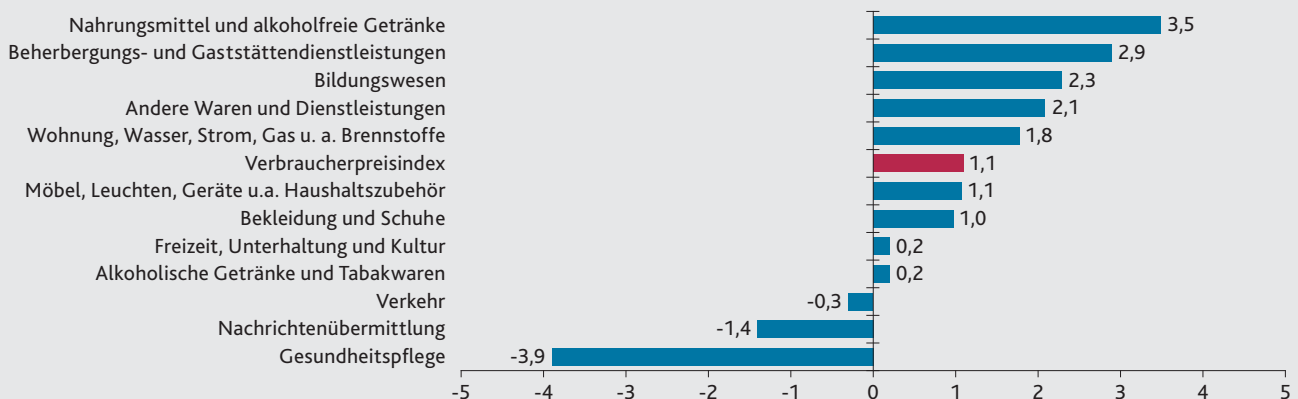
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2013

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber April 2012 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

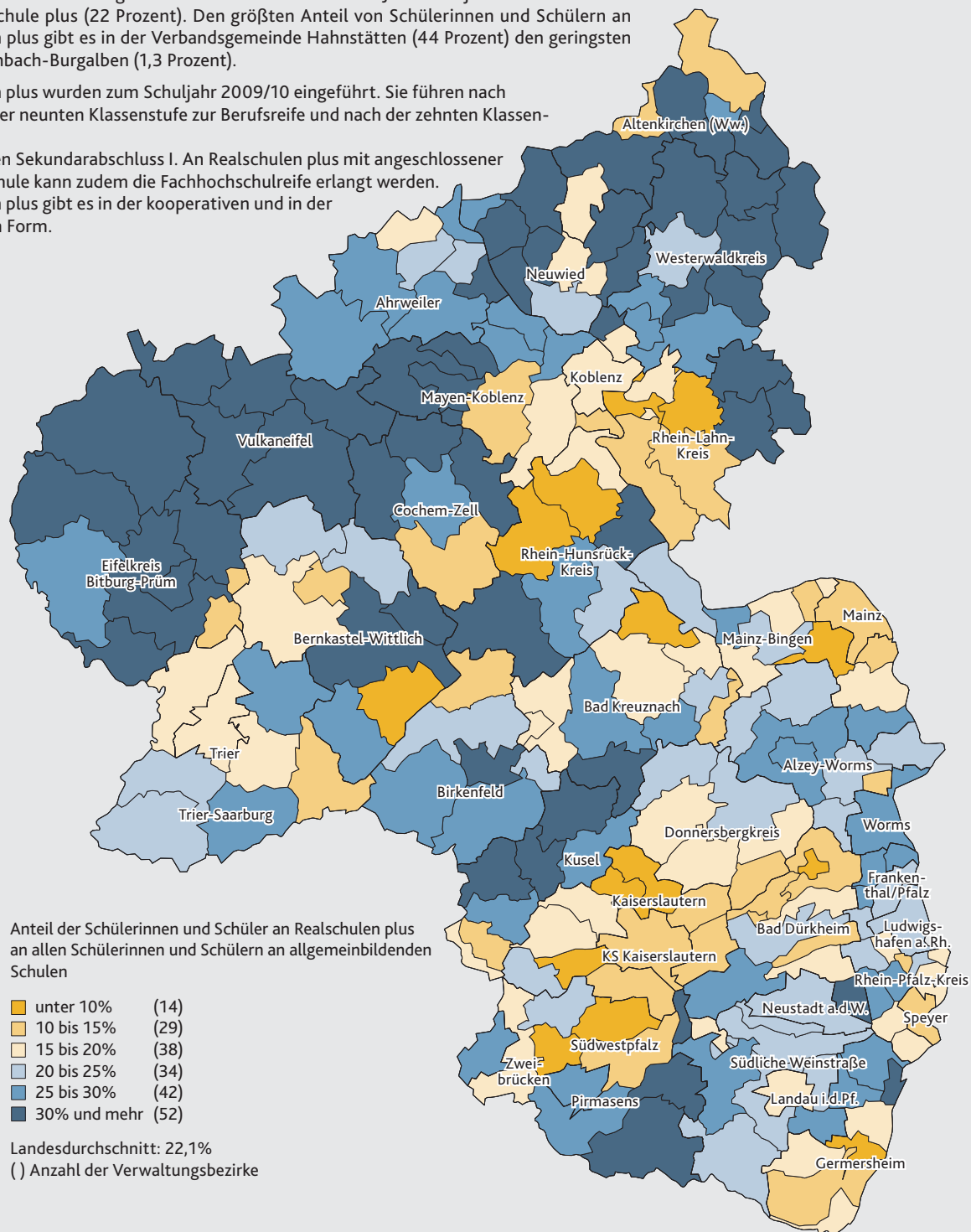


Schülerinnen und Schüler an Realschulen plus im Schuljahr 2012/13 nach Verwaltungsbezirken

Jede fünfte Schülerin bzw. jeder fünfte Schüler besucht eine Realschule plus

Im aktuellen Schuljahr 2012/13 besuchen gut 426 000 junge Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer eine allgemeinbildende Schule im Land. Jede bzw. jeder Fünfte lernt an einer Realschule plus (22 Prozent). Den größten Anteil von Schülerinnen und Schülern an Realschulen plus gibt es in der Verbandsgemeinde Hahnstätten (44 Prozent) den geringsten in Wald Fischbach-Burgalben (1,3 Prozent).

Realschulen plus wurden zum Schuljahr 2009/10 eingeführt. Sie führen nach Abschluss der neunten Klassenstufe zur Berufsmündigkeit und nach der zehnten Klassenstufe zum qualifizierten Sekundarabschluss I. An Realschulen plus mit angeschlossener Fachoberschule kann zudem die Fachhochschulreife erlangt werden. Realschulen plus gibt es in der kooperativen und in der integrativen Form.



Zensus 2011

Veröffentlichung erster Ergebnisse am 31. Mai 2013



Von Gerd Reh

Die zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, erhobenen Daten zur Bevölkerung sowie zu Gebäuden und Wohnungen wurden inzwischen so weit aufbereitet, dass erste Ergebnisse aus dieser Zählung veröffentlicht werden können. Am 31. Mai 2013 werden die statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeitgleich neben Angaben zur Bevölkerungsstruktur und den Gebäude- und Wohnungsbeständen am Zählungsstichtag auch die amtlichen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden bekannt gegeben. Die formale Feststellung dieser Einwohnerzahlen gegenüber den (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern der Gemeinden ist in Rheinland-Pfalz zeitnah zu diesem Erstveröffentlichungstermin geplant.

Der folgende Beitrag informiert über das Veröffentlichungsspektrum, die der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen zugrunde liegende Methodik, das formale Verfahren der Einwohnerzahlenfeststellung und die geplante Vorgehensweise zur Vorabinformation insbesondere der kommunalpolitisch Verantwortlichen.

Zensus bietet breite Datenbasis

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in der Bundesrepublik Deutschland erstmals eine registergestützte Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt.

Ein zentrales Ziel dieser Zählung ist die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden zum Zählungsstichtag. Diese fließen unmittelbar als Basis in die Fortschreibung der Bevölkerung ein, bei der Monat für Monat insbesondere durch Verbuchung der seither stattgefundenen Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Fortzüge die jeweils aktuellen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden ermittelt werden.

Die durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder festzustellenden amtlichen Einwohnerzahlen sind auf der Bundesebene eine zentrale Bemessungsgröße u. a. für die Verteilung der Länderstimmen im Bundesrat, für die Beteiligung der Länder am Umsatzsteueraufkommen, für den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern und für die Einteilung der Wahlkreise beispielsweise zum Deutschen Bundestag.

Auf der Ebene des Landes und der Kommunen sind die amtlichen Einwohnerzahlen in Rheinland-Pfalz insbesondere für die Einteilung von Landtagswahlbezirken und -kreisen sowie die Regelung von Straßenbaulasten von Bedeutung. Für zentrale Regelungen

Einwohner-
zahlen zentrale
Bemessungs-
größen

wie z. B. den kommunalen Finanzausgleich, die Größe der Gemeinde- und Kreisträte, die Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Bürgermeister und die Besoldung von Landräten, hauptamtlichen Bürgermeistern sowie Beigeordneten stellen die jeweils maßgeblichen landesrechtlichen Vorschriften auf die Einwohnerzahlen der kommunalen Melderegister ab. Die von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder festgestellten amtlichen Einwohnerzahlen sind hierfür ohne Belang.

Differenzierte
Strukturdaten
für vielfältige
Zwecke

Neben den amtlichen Einwohnerzahlen wurden im Rahmen des Zensus 2011 eine Vielzahl von Strukturdaten sowohl zur Bevölkerung als auch über die Gebäude- und Wohnungsbestände erhoben. Diese dienen den politisch Verantwortlichen als Grundlage u. a. für bevölkerungs-, sozial-, wirtschafts-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen. So lässt sich aus den Ergebnissen der Zählung ableiten, wo z. B. welche Bevölkerungsgruppen differenziert nach Alter, Geschlecht, mit bzw. ohne Migrationshintergrund, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Erwerbsstatus in welchen unterschiedlichen Lebensformen leben. Die Gebäude- und Wohnungszählung bietet zudem Aufschluss über die kleinräumliche Verteilung des Immobilienangebotes sowie regional differenzierte Ergebnisse beispielsweise zur durchschnittlichen Anzahl an Wohnungen je Wohngebäude, zur durchschnittlichen Wohnungsgröße, zum Anteil selbst genutzten bzw. zu Wohnzwecken vermieteten Wohneigentums und zu den am Erhebungstichtag festgestellten Wohnungseinständen.

Die Strukturdaten über die Bevölkerung sowie die Gebäude und Wohnungen zum 9. Mai 2011 sind nicht nur für politische Entscheidungsträger, sondern darüber hinaus

auch für viele wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessengruppen von hoher Relevanz.

Veröffentlichung von Zensusergebnissen erfolgt gestuft an zwei Terminen

Die Ergebnisse des Zensus 2011 werden an zwei Veröffentlichungsterminen bekannt gegeben. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Aufbereitung der Daten noch nicht abgeschlossen ist, sondern vielmehr bis Anfang 2014 andauern wird. In den kommenden Monaten werden im Rahmen der sogenannten Haushaltegenerierung die Ergebnisse der Bevölkerungszählung mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung verknüpft und dabei Informationen

- zu Haushaltszusammenhängen und
- zur Gebäude- und Wohnungsnutzung

am Zählungstichtag, dem 9. Mai 2011, ermittelt. Unabhängig davon erfolgt bei der Zusammenführung der beiden Zählungsteile im Rahmen der Haushaltegenerierung auch eine abschließende Plausibilisierung sowohl der Bevölkerungs- als auch der Gebäude- und Wohnungsdaten.

Dies bedingt, dass am Erstveröffentlichungstermin, dem 31. Mai 2013, im Wesentlichen folgende Ergebnisse vorliegen werden

- amtliche Einwohnerzahlen der Gemeinden und des Landes sowie
- zum Teil vorläufige Strukturdaten auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene zu folgenden Themenbereichen:
 - zur Bevölkerung (z. B. nach Alter, Geschlecht, Deutschen/Ausländern, Erwerbsstatus sowie zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund)
 - zum Gebäude und Wohnungsbestand (z. B. nach Gebäudeart, Baujahr, Größe, vermietet bzw. selbst genutzt, Wohnungseinstände)

Veröffentlichung
erster Ergebnisse
am 31. Mai 2013

in Form:

- sogenannter Gemeindeblätter (d. h. Tabellensammlungen) auf Gemeinde-, Verbandsgemeinde-, Kreis- und Landesebene sowie
- von Internet-Präsentationen, in denen thematische Eckdatentabellen, Grafiken und Karten angeboten werden.

Abschließend
aufbereitete
Daten liegen
Anfang 2014 vor

Nach der Aufbereitung der Zensusdaten im Rahmen der Haushaltegenerierung stehen zum Zweitveröffentlichungstermin, Anfang 2014, Mikrodaten

- zur abschließend festgestellten demografischen Struktur der Bevölkerung,
- zu den endgültigen Gebäude- und Wohnungsbeständen sowie
- zu Haushaltszusammenhängen und zur Wohnungsnutzung

für flexible Auswertungen zur Verfügung. Diese Mikrodaten bieten ein vielfältiges Auswertungsspektrum für die genannten Nutzerkreise.

An kommunale Entscheidungsträger erfolgt zum Zweitveröffentlichungstermin die Bereitstellung tief regionalisierter Ergebnisse aus dem Zensus 2011 gemäß § 22 des Gesetzes über den registergestützten Zensus vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781) (ZensG 2011) beispielsweise in Form von:

- Einzeldatenlieferungen, sofern bei der jeweiligen Kommunalverwaltung eine abgeschottete Statistikstelle eingerichtet wurde, bzw.
- untergemeindlichen Auswertungen bis auf Blocksebene (Anschriften in dem Teil eines Straßenzuges, der in der Regel durch zwei Straßeneinmündungen begrenzt wird).

Darüber hinaus werden seitens des Statistischen Landesamtes auf Anfrage auch Sonderauswertungen erstellt.

Bei der Interpretation der Ergebnisse aus dem Zensus ist grundsätzlich zu beachten, dass die amtlichen Einwohnerzahlen des Bundes, des Landes und der Gemeinden unverändert so veröffentlicht werden, wie sie im Rahmen des nachstehend beschriebenen Verfahrens ermittelt wurden. Alle Strukturdaten zur Bevölkerung, Gebäuden und Wohnungen hingegen durchlaufen vor der Veröffentlichung eine automatisierte Geheimhaltungsprozedur, bei der die originär erhobenen Individualdaten leicht verändert werden. Insofern gilt es bei der Interpretation der Einzelergebnisse zu beachten, dass leichte Abweichungen zwischen der Zahl der tatsächlich im Rahmen des Zensus beobachteten und den in Ergebnistabellen ausgewiesenen Fallzahlen auftreten können.

Durch die Anwendung der Geheimhaltungsprozedur wird gewährleistet, dass das vom Bundesgesetzgeber in § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) (BStatG) bestimmte Statistikgeheimnis gewahrt wird und somit seitens der statistischen Ämter keine Ergebnisse veröffentlicht werden, die Rückschlüsse auf einzelne Personen zulassen könnten.

Für ganz Deutschland, für ein einzelnes Bundesland und auch für Kommunen (mit Ausnahme ganz kleiner Gemeinden) sind die im Rahmen der Geheimhaltungsprozedur vorgenommenen Anpassungen ergebnisneutral, d. h. die Veränderungen gleichen sich unter dem Strich aus. Bei der Auswertung von Daten unterhalb der Gemeindeebene oder für kleine Gemeinden sind Unschärfen in den Ergebnissen allerdings nicht auszuschließen. Dies ist allerdings unkritisch. Für statistische Analysen und die hierauf aufbauenden Schlussfolgerungen für Planungen

Maschinelles
Verfahren sichert
Geheimhaltung
persönlicher
Verhältnisse

und Entscheidungen kommt es nicht auf den Einzelfall an, sondern auf belastbare strukturelle Angaben für zusammenhängende Einheiten. Insofern wird durch die Anwendung des Geheimhaltungsverfahrens die Verwertbarkeit der Ergebnisse beispielsweise für planerischere Zwecke auch bei kleinräumlichen Ergebnismachweisen nicht eingeschränkt.

Methodik der Einwohnerzahlen-ermittlung im Zensus 2011

Der Schwerpunkt des Veröffentlichungsspektrums zum Erstveröffentlichungstermin ist die Bekanntgabe der mit Stand vom 9. Mai 2011 ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen der Kommunen und des Landes.

Diese sind auf der Grundlage von § 1 Abs. 3 Nr. 1 des ZensG 2011 in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 vom 28. September 2010 (GVBl. 2010, S. 269) (ZensG2011AG RP) durch das Statistische Landesamt festzustellen.

Die amtliche Einwohnerzahl einer Gemeinde ergibt sich nach § 2 Abs. 2 ZensG 2011 aus der Gesamtzahl der Personen, die dort ihren üblichen Aufenthaltsort haben. Der übliche Aufenthaltsort ist dabei der Ort, an dem die Betreffenden nach den melderechtlichen Vorschriften mit ihrer alleinigen Wohnung oder mit ihrer Hauptwohnung gemeldet sein sollten.

Die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen in der beschriebenen Abgrenzung erfolgte bundeseinheitlich auf der Grundlage der hierfür maßgeblichen Vorschriften im Zensusvorbereitungsgesetz 2011 vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2808) (Zens-VorbG 2011), im ZensG 2011, in der Verordnung über Verfahren und Umfang der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis zum Zensusgesetz 2011 vom 25. Juni 2010

(BGBl. I S. 830) sowie im ZensG2011AG RP. Dementsprechend vollzog sich die Einwohnerzahlenermittlung wie folgt:

Die Ausgangsbasis für die Ermittlung der Einwohnerzahlen der Gemeinden bildeten die Personendatensätze in der nach § 3 Abs. 1 ZensG 2011 vorgegebenen Form, die die Meldebehörden dem Statistischen Landesamt nach § 3 Abs. 2 ZensG 2011 übermittelten.

Meldedaten bilden Grundlage

Die Einwohnerzahlen ergeben sich allerdings nicht durch eine einfache Auszählung der gelieferten Angaben aus den Melderegistern. Im Zensusgesetz 2011 sind vielmehr eine Reihe von korrigierenden Maßnahmen vorgesehen, auf Grundlage derer die Qualität der festzustellenden Ergebnisse nach einem bundeseinheitlichen Verfahren abgesichert wurde. Diese Korrekturmechanismen knüpften an den folgenden beiden Anschriftenkategorien an:

■ „Anschriften mit Sonderbereichen“

Dies sind Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte. Unter Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind dabei Einrichtungen zu verstehen, die der in der Regel längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen (§ 2 Abs. 5 ZensG 2011). Zu den Sonderbereichen zählen beispielsweise Studentenwohnheime, Klöster und Justizvollzugsanstalten.

■ „Normalanschriften“

Hierbei handelt es sich um sämtliche potenziellen Wohnanschriften, an denen sich keine Sonderbereiche befinden.

In diesen beiden Anschriftenkategorien wurden die nachfolgend dargestellten ergänzenden Korrekturverfahren eingesetzt, um

Über- und Untererfassungen in den Angaben aus den Melderegistern für die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen im Rahmen des Zensus 2011 statistisch zu eliminieren.

Erhebung
an Sonder-
bereichen

An den oben angeführten Anschriften mit Sonderbereichen erfolgte eine Vollerhebung nach § 8 Abs. 1 ZensG 2011. An diesen Sonderanschriften wurde dabei unmittelbar erhoben, welche Personen dort am Zensusstichtag wohnhaft waren. Da eine Unterbringung an einer Sonderanschrift nicht bedeutet, dass eine Person keinen weiteren Wohnsitz hat, schloss sich an die Vor-Ort-Erhebung eine Mehrfachfalluntersuchung nach § 8 Abs. 2 ZensG 2011 an. Dabei wurde überprüft, ob die betreffenden Personen zusätzlich an einer anderen Anschrift in Deutschland gemeldet waren. In diesem Fall war festzulegen, welche Anschrift als Hauptwohnsitz und welche Anschrift als Nebenwohnsitz anzunehmen ist. Hierzu erfolgte auf der Basis der nach § 8 Abs. 1 ZensG 2011 erhobenen Identifikationsmerkmale die sogenannte Wohnstatusfeststellung. Bei dieser Wohnstatusfeststellung wurde seitens des Statistischen Bundesamtes ein objektiver Einwohnerbegriff verwendet, dem folgende Regel des § 12 i. V. m. § 15 Abs. 2 Melderechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342) (MRRG) zugrunde liegt:

- Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung (bei Aufenthalt ab sechs Monaten an der Sonderanschrift);
- Hauptwohnung eines verheirateten oder einer Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner (in der Regel die Wohnung außerhalb der Sonderanschrift);

- Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die Wohnung der Personensorgeberechtigten (in der Regel die Wohnung außerhalb der Sonderanschrift).

Für die zweite Anschriftenkategorie, die sogenannten „Normalanschriften“, kamen unter Berücksichtigung der Befunde an Anschriften mit Sonderbereichen folgende Korrekturverfahren zur Ermittlung und Bereinigung von Über- und Untererfassungen in den Meldedatenlieferungen zum Einsatz:

Ein Verfahren zur Korrektur der Angaben aus den Melderegistern war die Mehrfachfalluntersuchung nach § 15 ZensG 2011. Hierbei wurde wie folgt vorgegangen: Zunächst prüfte das Statistische Bundesamt, ob Personen bundesweit mehrfach mit alleinigem Wohnsitz bzw. Hauptwohnsitz (Mehrfachfälle) gemeldet waren. Des Weiteren wurden Meldedatensätze ermittelt, nach denen eine Person bundesweit potenziell nur mit Nebenwohnsitz(en) gemeldet war, aber keinen Hauptwohnsitz oder alleinigen Wohnsitz hatte (Nebenwohnsitzfälle). Sowohl die Nebenwohnsitzfälle als auch die Mehrfachfälle in Gemeinden, die gemäß § 2 Abs. 6 ZensG 2011 am 31. Dezember 2009 weniger als 10 000 Einwohner aufwiesen, klärte das Statistische Landesamt im Rahmen der sogenannten Befragung zur Klärung des Wohnsitzes gemäß § 15 Abs. 3 und 4 ZensG 2011. Die sich hierbei ergebenden Befunde bezüglich ggf. vorhandener Über- und Untererfassungen in den Meldedatenlieferungen konnten auf diese Weise statistisch bereinigt werden.

Mehrfachfall-
untersuchung

Unabhängig hiervon wurden in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die dort ermittelten Mehrfachfälle vom Statistischen Bundesamt anhand des hierfür maßgeblichen Entscheidungskriteriums, dem

Haushalts-
befragung in
Gemeinden
mit mindes-
tens 10 000
Einwohnern

jeweiligen Einzugsdatum der betroffenen Personen, maschinell einer Gemeinde mit Hauptwohnsitz zugeordnet.

Als weiteres Korrekturverfahren an Normalanschriften in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern diente die Haushaltstichprobe nach § 7 ZensG 2011. Im Rahmen dieser Erhebung wurden auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe Auswahlanschriften bestimmt und an diesen per Vor-Ort-Befragung die jeweils am Stichtag wohnhaften Personen ermittelt. Zur qualitativen Absicherung der Ergebnisse war die Stichprobe als geschichtete Zufallsauswahl konzipiert. Als Schichtungsmerkmal diente die Anschriftengröße, d. h. die Zahl der an der jeweiligen Anschrift gemeldeten Personen. In den einzelnen Anschriftengrößenklassen wurden – unter Beachtung der spezifischen Gebäudestrukturen in den jeweiligen Gemeinden – unterschiedliche Auswahlsätze realisiert. Hierdurch erfolgte für jede Gemeinde mit mindestens 10 000 Einwohnern eine im Hinblick auf die Ergebnisqualität optimierte Stichprobenauswahl.

Nach der Erhebung und Aufbereitung der für die Feststellung der Einwohnerzahlen maßgeblichen Daten fand für jede Stichprobenanschrift ein Vergleich zwischen den Angaben aus dem Melderegister und den Erhebungsdaten statt. Im Zuge dieses Abgleichs konnte ermittelt werden, wie viele Über- und Untererfassungen (Karteileichen und Fehlbestände) in den Meldedaten an den jeweiligen Stichprobenanschriften einer Gemeinde vorlagen. Mittels Hochrechnung dieser Befunde wurden anschließend die Über- und Untererfassungen in den Meldedaten für jede Gemeinde festgestellt.

Als der Haushaltsstichprobe gleichwertiges Korrekturverfahren an Normalanschriften in

Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern diente die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten nach § 16 ZensG 2011. In diese Vor-Ort-Erhebung wurden gezielt alle Anschriften mit nur einer bewohnten Wohnung einbezogen, an denen bei einer Zusammenführung der jeweiligen Meldedaten mit den korrespondierenden Ergebnissen aus der Gebäude- und Wohnungszählung nach § 6 ZensG 2011 Unstimmigkeiten hinsichtlich der Bewohnerzahlen aufgetreten waren. In diesen Fällen wurden durch Befragung die tatsächlichen stichtagsrelevanten Bewohner vor Ort ermittelt und die sich ergebenden Befunde im Hinblick auf Über- und Untererfassungen in den Meldedatenbeständen bei der Einwohnerzahlenermittlung der jeweiligen Gemeinde berücksichtigt.

Die Durchführung einer repräsentativen Haushaltstichprobe hätte in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern eine Befragung an unverhältnismäßig vielen Anschriften erfordert. Dies erklärt die unterschiedliche Vorgehensweise in Gemeinden mit bis zu bzw. mehr als 10 000 Einwohnern. So hätten nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes zur qualifizierten Abschätzung der Über- und Untererfassungen in Gemeinden mit rund 2 000 Einwohnern etwa die Hälfte, in Gemeinden mit weniger als 350 Einwohnern nahezu die gesamte Bevölkerung befragt werden müssen. Nach den Ergebnissen des Zensustests von 2001 ist die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten die geeignete Methode, um bei deutlich geringerem Befragungsumfang eine hinreichend zuverlässige und der in größeren Gemeinden vergleichbare Qualität der Ergebnisse zu erreichen.

Die im Rahmen des Zensus 2011 angewandten Korrekturverfahren sind im Textkasten zusammengefasst.

Befragung zur
Klärung von
Unstimmig-
keiten in
Gemeinden
mit weniger
als 10 000
Einwohnern

Ermittlung der Einwohnerzahlen

Ausgangsbasis:	Gemeldete Personen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung gemäß Melderegisterbeständen (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 ZensG 2011)
Korrekturmechanismen:	<p>Bereinigung um Über- (-) und Untererfassungen (+) in den Melderegisterbeständen auf Grundlage der:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen mit hieran anknüpfender Mehrfachfalluntersuchung bei Personen mit mehreren Wohnsitzen (§ 8 ZensG 2011) ■ Mehrfachfalluntersuchung für Personen <ul style="list-style-type: none"> – mit mehrfachem Hauptwohnsitz oder mehrfachem alleinigem Wohnsitz (Mehrfachfälle) bzw. – ausschließlich mit Nebenwohnsitz(en) (Nebenwohnsitzfälle) und ggf. daraus resultierender Befragung zur Klärung des Wohnsitzes (§ 15 ZensG 2011) ■ Haushaltebefragung (§ 7 ZensG 2011) ■ Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten (§ 16 ZensG 2011)
Ergebnis:	Amtliche Einwohnerzahl (§ 2 Abs. 2 ZensG 2011)

Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen

Die Feststellung der nach dem beschriebenen Verfahren ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen der insgesamt 2306 rheinland-pfälzischen Gemeinden erfolgt durch das Statistische Landesamt unmittelbar nach der Erstveröffentlichung gegenüber den jeweils zuständigen (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern durch Feststellungsbescheide.

Diese enthalten neben der zum Stichtag ermittelten amtlichen Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde:

- eine Darlegung der gesetzlichen Grundlagen für den Erlass des Feststellungsbescheides,

- detaillierte Erläuterungen zur Berechnung der amtlichen Einwohnerzahlen im Rahmen des Zensus 2011,
- Informationen zu den rechtlichen Folgewirkungen (insbesondere bezüglich der an die Festsetzung anknüpfenden Bevölkerungsfortschreibung).

Den Gemeinden wird eine Widerspruchsfrist von vier Wochen eingeräumt.

Zur Schaffung der notwendigen Transparenz bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen hinsichtlich der im Rahmen des Zensus 2011 gewonnenen Befunde über Unter- und Übererfassungen in den Meldedaten werden in einer dem jeweiligen Feststellungsbescheid beizufügenden Anlage insbesondere die folgenden Eckdaten nachgewiesen:

Eckzahlen ermöglichen Nachvollziehbarkeit der Feststellung

- die für die Einwohnerzahlenermittlung maßgebliche Höhe der Melderegisterbestände in der jeweiligen Gemeinde,
- die Befunde zur Höhe der jeweiligen Über- und Untererfassungen in den Melderegistern, die im Rahmen der beschriebenen Korrekturverfahren festgestellt wurden,
- die sich jeweils ergebende amtliche Einwohnerzahl der Gemeinde.

Für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind in dieser Anlage zusätzliche Informationen zur Höhe der im Rahmen der Haushaltsstichprobe festgestellten

- Anzahl von Untererfassungen (Fehlbestände mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) und Übererfassungen (Karteileichen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) in den Meldedaten,
 - die Anzahl der festgestellten und parallel auch im Melderegister geführten Personen (paarige Personen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) sowie
 - die Anzahl der insgesamt festgestellten (existenten) Personen mit alleinigem bzw. Hauptwohnsitz,
- differenziert nach Anschriftengrößenklassen nachgewiesen. Weiterhin enthält die Anlage auch Informationen zum Umfang der Haushaltstichprobe in der jeweiligen Gemeinde sowie zur Genauigkeit der Schätzung.

Parallel zum Versand der Feststellungsbescheide an die (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister der Gemeinden werden auch den Verbandsbürgermeisterinnen und Verbandsbürgermeistern sowie den Landrätinnen und Landräten entsprechende Informationen zur Höhe der amtlichen Einwohnerzahlen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich an die Hand gegeben.

Vorabinformation der kommunalpolitisch Verantwortlichen

Um bereits vor der Zustellung der Feststellungsbescheide eine einheitliche Informationsbasis unter den kommunalpolitisch Verantwortlichen zu erreichen, hat das Statistische Landesamt mit den kommunalen Spitzenverbänden in Rheinland-Pfalz folgende Maßnahmen zur Vorabinformation vereinbart:

- Anfang Mai 2013 wird das Statistische Landesamt die (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden über
 - den anstehenden Erstveröffentlichungstermin,
 - das Veröffentlichungsspektrum,
 - die der Einwohnerzahlenermittlung zugrunde liegende Methodik,
 - das formale Verfahren der Einwohnerzahlenfeststellung und
 - die abgestimmte Vorgehensweise zur Vorabinformation der kommunalpolitisch Verantwortlichen

Abstimmung mit kommunalen Spitzenverbänden erfolgt

informieren. Dieses Informationsschreiben ergeht an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Verbandsgemeinden mit der Bitte, die Ortsbürgermeisterinnen und -bürgermeister im jeweiligen Zuständigkeitsbereich beispielsweise in Bürgermeister-Dienstbesprechungen entsprechend zu informieren.

- Ebenfalls Anfang Mai 2013 werden der Städtetag Rheinland-Pfalz, der Landkreistag Rheinland-Pfalz und der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz ihre Mitglieder in Verbandszeitschriften und Verbandsrundschriften entsprechend informieren.

Vorabinformation kommunaler Entscheidungsträger ermöglicht Vorbereitung beispielsweise auf Anfragen

■ Ende Mai 2013 werden die (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden durch das Statistische Landesamt per E-Mail über die Freischaltung einer Internet-Plattform am Erstveröffentlichungstermin und den unmittelbar danach anstehenden Versand der Feststellungsbescheide informiert.

■ Den kommunalen Entscheidungsträgern werden am Tag einer zum Erstveröffentlichungstermin geplanten Pressekonferenz mit dreistündigem Vorlauf auf der oben angeführten Internet-Plattform die eingangs erwähnten Gemeindeblätter mit Strukturdaten zur Bevölkerung sowie den Gebäude- und Wohnungsbeständen bereitgestellt. Des Weiteren erfolgt mit gleichem Vorlauf zur Pressekonferenz zur Vorabinformation auch die Bereitstellung der ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen der Gemeinden nebst der zur Beurteilung derselben maßgeblicher Vergleichszahlen.

Vorgehen am Erstveröffentlichungstermin

Unmittelbar am Erstveröffentlichungstermin erhält die gesamte Öffentlichkeit zeitgleich zu der angeführten Pressekonferenz via Internet Zugriff auf:

Breite Information der Öffentlichkeit sichergestellt

■ die amtlichen Einwohnerzahlen einschließlich der zur Beurteilung dieser Zahlen notwendigen Vergleichsdaten auf Gemeinde-, Verbandsgemeinde-, Kreis- und Landesebene,

■ die auf Landes-, Kreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene erstellten Gemeindeblätter mit Strukturdaten zur Bevölkerung sowie zu Gebäuden und Wohnungen,

■ Eckdatentabellen, Grafiken und Karten mit Landes- und Kreisergebnissen zur

- Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit,
- Bildung sowie
- Gebäuden und Wohnungen.

Fazit

Der Aufbereitungsstand der Daten aus dem Zensus 2011 lässt es zu, dass Ende Mai 2013 erste Ergebnisse aus dieser Zählung veröffentlicht werden.

Das Veröffentlichungsspektrum an diesem Termin umfasst die amtlichen Einwohnerzahlen der Gemeinden und des Landes sowie erste Ergebnisse zu den am Zensus-Stichtag festgestellten Bevölkerungsstrukturen und über die Gebäude- und Wohnungsbestände.

Dem Statistischen Landesamt ist daran gelegen, bei den vielfältigen Nutzerkreisen die notwendige Transparenz über die bei der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der Daten angewandten Methoden und Verfahren zu schaffen. Der vorliegende Beitrag soll mit Blick auf die anstehende Veröffentlichung erster Ergebnisse einen Beitrag hierzu leisten.

Gerd Reh, Diplom Volkswirt, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“.

Aktuelle Daten zur rettungsdienstlichen Ausbildung Schülerinnen und Schüler an Rettungsassistentenschulen im Spiegel der Statistik



Von Bettina Link

Rettungsassistentinnen und -assistenten nehmen im Gesundheitswesen eine wichtige Funktion wahr. Sie sind im Notfall oft die Ersten vor Ort und leisten dann bis zum Eintreffen des Notarztes Erste Hilfe. Zu ihren Aufgaben gehört das fachgerechte Führen von Rettungseinsätzen, bei denen die Anwesenheit eines Arztes nicht möglich, aber eine qualifizierte

Betreuung nötig ist. Als qualifizierte Fachkräfte stellen sie die Transportfähigkeit des Notfallpatienten her und sind auf dem Weg zum Krankenhaus für die Beobachtung und Erhaltung seiner lebenswichtigen Körperfunktionen verantwortlich. Zudem unterstützen die Rettungsfachkräfte die Arbeit des Notarztes. Ihr Einsatzbereich erstreckt sich auf alle Rettungsmittel der Boden- und Luftrettung. Rettungsassistentinnen und -assistenten arbeiten vorrangig in Rettungsdiensten, sind aber beispielsweise auch bei Blutspendediensten, städtischen Feuerwehren oder Katastrophenhilfswerken tätig.

Ausbildung dauert zwei Jahre

Die Ausbildung zur Rettungsassistentin bzw. zum Rettungsassistenten dauert zwei Jahre und ist bundesweit einheitlich im Rettungsassistentengesetz (RettAssG) geregelt. Der erste Ausbildungsteil erstreckt sich in Vollzeitform über zwölf Monate und wird an einer Schule des Gesundheitswesens absolviert. Hier werden den Auszubildenden in mindestens 1200 Stunden die theoretischen und praktischen Kenntnisse u. a. zu folgenden Inhalten vermittelt:

- Medizinische Grundlagen,
- allgemeine und spezielle Notfallmedizin,
- Organisation und Einsatztaktik,
- Berufs-, Gesetzes- und Staatsbürgerkunde.

Dem ersten Ausbildungsabschnitt schließt sich nach erfolgreich bestandener staatlicher Abschlussprüfung ein zwölfmonatiges Anerkennungspraktikum in einer für die Ausbildung berechtigten Einrichtung des Rettungsdienstes an. In der Regel findet der 1600 Stunden umfassende praktische Teil in einer Lehrrettungswache statt.

Ausbildung an sieben staatlich anerkannten Einrichtungen

Derzeit erlernen in Rheinland-Pfalz 324 Schülerinnen und Schüler an sieben staatlich anerkannten Schulen den Beruf der Rettungsassistentin bzw. des Rettungsassistenten.

Die Rettungsassistentenschulen zählen zu den Schulen des Gesundheitswesens und stellen eine besondere Form der berufsbildenden Schulen dar. Sie sind häufig privat organisiert und in der Regel an einen Rettungsdienst oder ein Krankenhaus angegliedert. Für die Ausbildung zum Rettungsassistenten kann ein Schulgeld anfallen.

Mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Rettungsassistentenschulen wird von weniger als 40 Schülerinnen und Schülern besucht. Die Struktur dieser Einrichtungen unterscheidet sich damit deutlich von den übrigen berufsbildenden Schulen, die beispielsweise für die duale Berufsausbildung zuständig sind. An diesen Organisationseinheiten werden im Mittel über 900 Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen Schulformen, Bildungsgängen und Fachrichtungen unterrichtet.

Ausbildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz

Folgende Einrichtungen bieten die Ausbildung zur Rettungsassistentin bzw. zum Rettungsassistenten an:

- Deutsche Angestellten-Akademie in Bad Kreuznach
- Bildungsinstitut des DRK Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Mainz
- CJD Maximiliansau in Wörth
- ASB Aus- und Weiterbildungszentrum in Mainz
- Lehranstalt für Rettungsdienst in Trier
- Marienhaus GmbH in Neuwied
- TÜV Rheinland Akademie in Neuwied

Mehr als zwei Drittel der Auszubildenden männlich

Mit einem Anteil von derzeit 70 Prozent ist die Mehrzahl der angehenden rettungsdienstlichen Fachkräfte männlich. Diese Geschlechterverteilung ist im Vergleich mit den Bildungsgängen der übrigen Gesundheitsfachberufe eher unüblich. So liegt der Anteil der männlichen Auszubildenden in der Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beispielsweise bei unter 17 Prozent.

Hintergrund für den hohen Anteil männlicher Auszubildender im Bereich Rettungsassistentenz dürfte insbesondere die in der Vergangenheit praktizierte Rekrutierung der Auszubildenden über den Zivildienst oder die Bundeswehr sein. Aber auch der Zugang über die Tätigkeit bei einer Feuerwehr wird sicherlich häufiger von Männern gewählt.

Vier von zehn Auszubildenden mit Hochschulreife

Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung zur Rettungsassistentin bzw. zum Rettungsassistenten ist der Hauptschulabschluss, eine gleichwertige Schulbildung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Zurzeit verfügen vier von zehn Auszubildenden an den Rettungsassistentenschulen über die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife (42 Prozent), ein Drittel über den Sekundarabschluss I (34 Prozent) und ein Viertel über den Hauptschulabschluss (24 Prozent).

Der hohe Anteil von Studienberechtigten bei einem gleichzeitig großen Anteil von Personen mit Hauptschulabschluss ist im Vergleich mit der Schülerschaft in Bildungs-

T 1

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2012/13 nach Bildungsgängen und Staatsangehörigkeit

Bildungsgänge	Schulen	Klassen	Schülerinnen und Schüler						
			ins- gesamt	Veränderung gegenüber 2011/12		Frauen		Ausländerinnen und Ausländer	
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Rettungsassistenz	7	18	324	-123	-27,5	96	29,6	1	0,3
Übrige Gesundheitsfachberufe	126	433	6 910	-172	-2,4	5 491	79,5	404	5,8
darunter									
Gesundheits- und Krankenpflege ¹	53	205	3 620	-82	-2,2	3 022	83,5	204	5,6
Insgesamt	133	451	7 234	-295	-3,9	5 587	77,2	405	5,6

¹ Einschließlich Gesundheits- und Kinderkrankenpflege.

gängen anderer Gesundheitsfachberufe ungewöhnlich und dürfte ebenfalls auf die besonderen Zugänge zu dieser Ausbildung zurückzuführen sein.

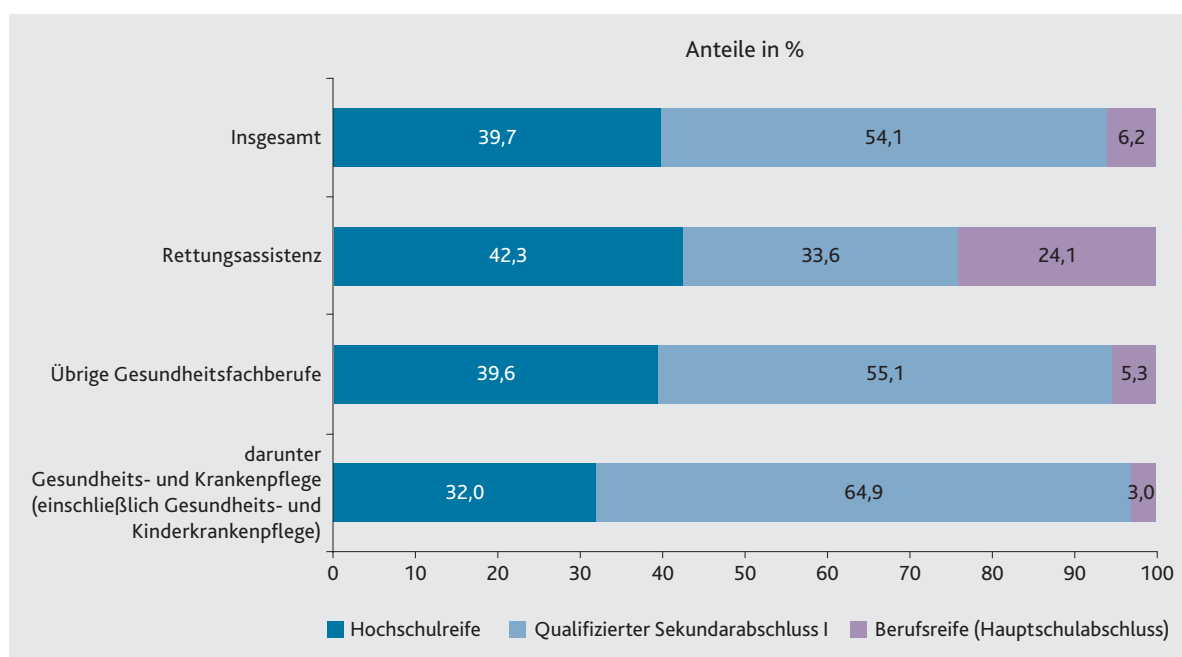
Wenige Auszubildende jünger als 20 Jahre

Das Mindestalter für den Beginn der Ausbildung liegt bei 18 Jahren. Tatsächlich beginnen allerdings – anders als beispielsweise in

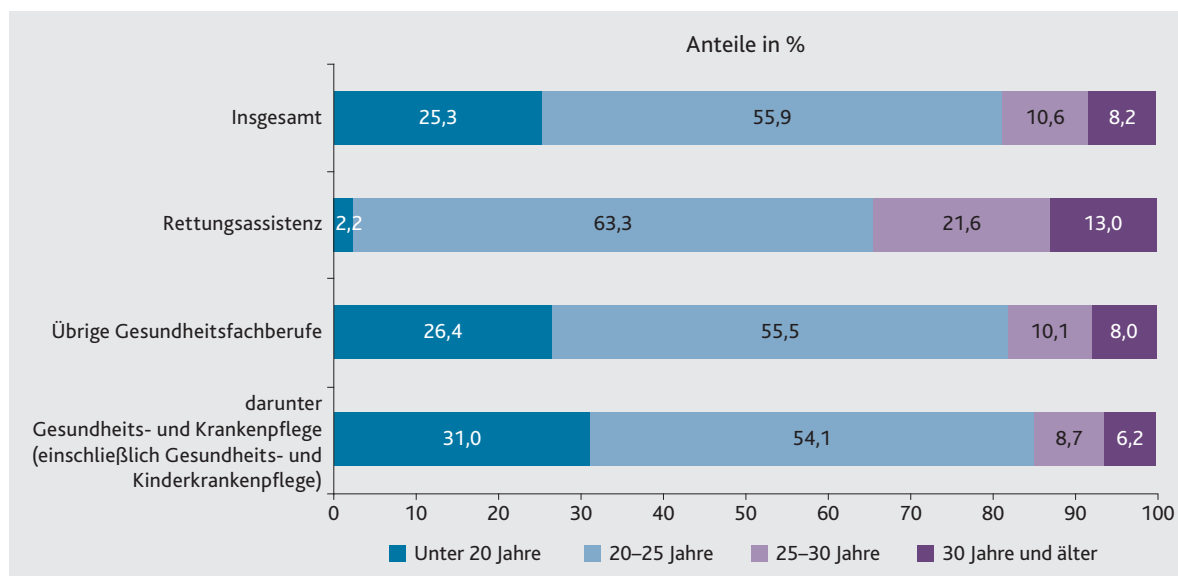
der Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege – nur wenige junge Menschen die Ausbildung direkt nach Erlangen der Volljährigkeit. Lediglich 2,2 Prozent aller Auszubildenden des aktuellen Schuljahres sind jünger als 20 Jahre. Die meisten – fast zwei Drittel – Rettungsassistenzschülerinnen und -schüler sind 20 bis 25 Jahre (63 Prozent), ein weiteres Fünftel gehört zur Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen (22 Prozent), 13 Prozent sind 30 Jahre und älter.

G 1

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2012/13 nach schulischer Vorbildung und Bildungsgängen



G 2

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2012/13
nach Altersgruppen und Bildungsgängen

Schülerzahlen rückläufig

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Schülerschaft in den Bildungsgängen der Rettungsassistenten um fast 28 Prozent. Wenngleich die Schülerzahlen auch in vielen anderen Gesundheitsfachberufen sanken, so verzeichnete doch kein anderer Bereich derartige Einbußen. Hintergrund für die rückläufige Entwicklung in den Bildungsgängen der Rettungsassistenten ist neben dem Wegfall der Wehrpflicht und des Zivildienstes vermutlich auch die anstehende Reform der rettungsdienstlichen Ausbildung, auf die im letzten Abschnitt näher eingegangen wird.

Darüber hinaus muss sich auch das Rettungswesen auf einen anhaltenden Rückgang der Bevölkerung im ausbildungstypischen Alter einstellen. Nach Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes wird die Zahl der Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren im Jahr 2020 voraussichtlich um gut zehn Prozent geringer sein als im Jahr 2010, bis zum Jahr 2030 werden es sogar 15 Prozent weniger sein.

Acht von zehn Prüfungen erfolgreich

In der Zeit von Anfang Oktober 2011 bis Ende September 2012 bestanden 227 Schülerinnen und Schüler die Abschlussprüfung des schulischen Teils der rettungsdienstlichen Ausbildung. Das waren etwa fünf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Erfolgsquote lag bei 82 Prozent. Insgesamt 31 Schülerinnen und Schüler brachen ihre Ausbildung vorzeitig ab.

Statistische Daten

Daten zur Ausbildung in den nichtakademischen Gesundheitsfachberufen (einschließlich der Rettungsassistenten) werden in Rheinland-Pfalz von den Schulen des Gesundheitswesens zu Beginn eines jeden Schuljahres an das Statistische Landesamt übermittelt.

Erfragt werden Angaben zu Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie zu Lehrkräften.

Seit dem Schuljahr 2009/10 existiert für die bis dahin freiwillige Erhebung eine gesetzliche Berichtspflicht. Daten, die ab 2009 erhoben wurden, sind daher nur bedingt mit jenen der Vorjahre vergleichbar.

T 2

Absolventinnen und Absolventen an Schulen des Gesundheitswesens 2012
nach Bildungsgängen und Staatsangehörigkeit

Bildungsgänge	Insgesamt	Veränderung gegenüber 2011		Frauen		Ausländerinnen und Ausländer	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Rettungsassistentenz	227	-11	-4,6	56	24,7	-	-
Übrige Gesundheitsfachberufe	2 158	347	19,2	1 778	82,4	134	6,2
darunter							
Gesundheits- und Krankenpflege ¹	1 003	161	19,1	863	86,0	64	6,4
Insgesamt	2 385	336	16,4	1 834	76,9	134	5,6

¹ Einschließlich Gesundheits- und Kinderkrankenpflege.

Ausblick

Zum 1. Januar 2014 tritt das neue Notfallsanitätäergesetz (NotSanG) in Kraft. Mit diesem wird eine Weiterentwicklung der rettungsdienstlichen Ausbildung und eine Neuordnung des Berufsbildes angestrebt.

Die Ausbildungszeit der neuen Rettungsfachkräfte, die künftig Notfallsanitäterinnen und -sanitäter heißen, wird auf drei Jahre verlängert und mit einer Ausbildungsvergütung versehen. Zudem wird der Bildungsgang für die Auszubildenden kostenfrei. Zur Sicherung der Ausbildungsqualität sind im Gesetz einheitliche Qualitätsanforderungen für die Rettungsdienstschulen festgeschrieben. Als Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung ist künftig die mittlere Reife oder eine gleichwertige Schulbildung bzw. der Hauptschulabschluss (Berufsreife) in Verbindung mit einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung erforderlich. Auf die Festlegung eines Mindestalters wurde verzichtet.

Klarer geregelt und erweitert wird mit dem Gesetz die sogenannte Notfallkompetenz der Rettungsfachkräfte. Notfallsanitäterinnen und -sanitäter dürfen nun in Notsituationen, wenn „ein lebensgefährlicher Zustand vorliegt oder wesentliche

Folgeschäden zu erwarten sind“, Maßnahmen der Erstversorgung durchführen, die normalerweise der ärztlichen Behandlung vorbehalten sind. Diese beinhalten ausdrücklich auch invasive Maßnahmen, sofern diese erforderlich sind, um „wesentlichen Folgeschäden einer Verschlechterung der Situation der Patientinnen und Patienten bis zum Eintreffen des Notarztes oder dem Beginn einer weiteren ärztlichen Versorgung vorzubeugen“. Laut Gesetzesbegründung besteht die Befugnis zur Übernahme heilkundlicher Maßnahmen nur in besonderen Fällen und nur „bis zum Eintreffen einer notärztlichen oder sonstigen ärztlichen Versorgung“.

Zudem beinhaltet das Gesetz Übergangsregelungen für die bisherigen Rettungsassistentinnen und -assistenten. Diese können sich durch eine Zusatzausbildung oder, mit entsprechender Berufserfahrung, durch eine Ergänzungsprüfung zur Notfallsanitäterin bzw. zum Notfallsanitäter nachqualifizieren.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat „Bildung“.

Handwerkszählung 2010

Von Rainer Klein und Simone Emmerichs

Im Jahr 2010 waren in Rheinland-Pfalz gut 30 400 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig. Diese erwirtschafteten insgesamt einen Umsatz von 23,7 Milliarden Euro. In den Handwerksunternehmen waren rund 241 900 Personen beschäftigt.

Das rheinland-pfälzische Handwerk ist traditionell kleinbetrieblich strukturiert. In 60 Prozent der Unternehmen sind weniger als fünf Personen tätig. Die wenigen großen Unternehmen – nur 1,8 Prozent haben 50 und mehr Beschäftigte – erwirtschaften 2010 aber fast 40 Prozent des Gesamtumsatzes.

Entlastung der Unternehmen und Ausweitung des Informationsangebotes

Handwerks-
unternehmen
vollständig
von Auskunftspflicht ent-
lastet

In früheren Jahrzehnten wurden mit traditionellen Handwerkszählungen in größeren zeitlichen Abständen Strukturmerkmale aller selbstständigen Handwerksunternehmen ermittelt. Mit der im Jahr 2008 etablierten unterjährigen Verwaltungsdatenverwendung (vierteljährliche Handwerksberichterstattung) und der erstmals 2011 für das Berichtsjahr 2008 durchgeführten jährlichen Registerauswertung ging in den Handwerksstatistiken ein grundlegender Systemwechsel einher. Die Umstellung befreite die Handwerksunternehmen von ihrer Berichtspflicht. Zudem konnte das Informationsangebot ausgeweitet werden: So umfassen die Auswertungen nun neben den bisher in die Handwerkszählungen einzubeziehenden Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks auch die Unternehmen des zulassungsfreien Handwerks. Darüber

hinaus können die Auswertungen jährlich erfolgen, sodass Ergebnisse nicht wie bisher nur alle acht bis zehn Jahre vorliegen.

Handwerksunternehmen finden sich in allen Wirtschaftsbereichen

Handwerksunternehmen sind in nahezu allen Wirtschaftsbereichen tätig. Sie sind nicht nur im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe anzutreffen, sondern auch in den Dienstleistungsbereichen.

Die zulassungspflichtigen Handwerke sind in der Anlage A, die zulassungsfreien Handwerke in der Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung genannt.

In der Handwerkszählung werden weiterhin nur selbstständige Handwerksunternehmen berücksichtigt. Angaben zu handwerklichen Nebenbetrieben und innerbetrieblichen handwerklichen Abteilungen werden nicht

Nur selbstständige Handwerksunternehmen sind Gegenstand der Analyse

einbezogen. Ein handwerklicher Nebenbetrieb ist z. B. bei einem Kaufhaus gegeben, das eine eigene, unselbstständige Fleischarbeitsteilung betreibt. Eine innerbetriebliche handwerkliche Abteilung unterhält beispielsweise ein großes Energieversorgungsunternehmen, das für die Ausbildung von Lehrlingen einen Meister beschäftigt und deshalb in der Handwerksrolle eingetragen ist.

Handwerk trägt knapp zwölf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Produktion bei

Umsatzsteigerung und leichter Beschäftigungsanstieg

Im Jahr 2010 gab es in Rheinland-Pfalz gut 30 400 Handwerksunternehmen. Sie erzielten einen Umsatz von 23,7 Milliarden Euro. Das Handwerk trug damit knapp zwölf

Prozent zum Wert der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Rheinland-Pfalz bei. Die Handwerksunternehmen beschäftigten Ende 2010 rund 241 900 Personen. Darunter waren 173 100 sozialversicherungspflichtig und 36 800 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Rund 14 Prozent aller in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren in Handwerksunternehmen tätig. Zu den tätigen Personen gehören außerdem tätige Inhaberinnen bzw. Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter sowie mithelfende Familienangehörige. Je Unternehmen waren im Mittel acht Personen beschäftigt. Der Umsatz, der pro Person im Durchschnitt erwirtschaftet wurde, lag bei knapp 98 000 Euro. Das Handwerk erzielte 2010 ein Umsatzplus von 1,2 Prozent. In der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 war der Umsatz noch – vergleichsweise moderat – um 1,3 Prozent gesunken.

Zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk

Am 1. Januar 2004 trat eine novellierte Handwerksordnung in Kraft. Seitdem gibt es im Handwerk neben zulassungspflichtigen auch zulassungsfreie Gewerbebezüge, bei denen der Meisterzwang entfallen ist. Die Gewerbebezüge und Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und des zulassungsfreien Handwerks werden gemäß den §§ 1 und 18 der Handwerksordnung (HwO) bestimmt.

Ein Gewerbe ist ein zulassungspflichtiges Handwerk, wenn zu dessen selbstständiger Ausübung in der Regel ein Meisterbrief notwendig ist. Diese 41 Berufe sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt. Ein zulassungsfreies Handwerk kann ohne einen Qualifikationsnachweis, wie den Meisterbrief, selbstständig betrieben werden. In diesen Berufen kann jedoch ein Meisterbrief erworben werden. Die 53 zulassungsfreien Handwerksberufe sind in der Anlage B, Abschnitt 1 der Handwerksordnung aufgeführt.

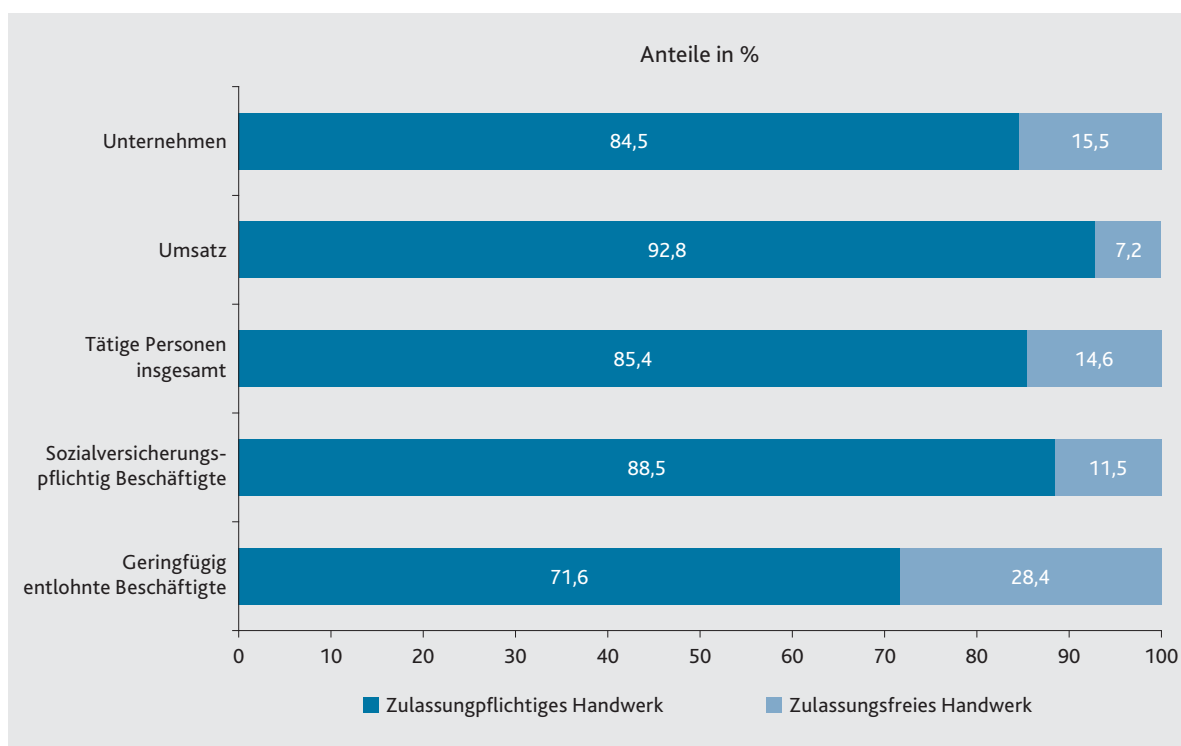
Großteil der Unternehmen gehört dem zulassungspflichtigen Handwerk an

Seit der Änderung der Handwerksordnung im Jahr 2004 umfasst das zulassungspflichtige Handwerk nur noch 41 von insgesamt 141 Handwerksberufen, für deren selbstständige Ausübung die Eintragung in die Handwerksrolle vorgeschrieben ist. Voraussetzung hierfür ist eine bestandene Meisterprüfung oder eine vergleichbare Qualifikation. Für das zulassungsfreie Handwerk ist eine solche Qualifikation nicht erforderlich. In der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung werden Daten nur für das zulassungspflichtige Handwerk erhoben, durch die jährliche Registerauswertung stehen nun auch Zahlen für das zulassungsfreie Handwerk zur Verfügung.

Nach Umstellung stehen auch Daten zum zulassungsfreien Handwerk zur Verfügung

G 1

Handwerksunternehmen 2010 nach zulassungspflichtigem und zulassungsfreiem Handwerk



Von den 30 400 Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz waren 25 700 zulassungspflichtig (84,5 Prozent) und 4 700 zulassungsfrei (15,5 Prozent). Mit 22 Milliarden Euro wurden 93 Prozent des gesamten Umsatzes in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen erwirtschaftet, auf das zulassungsfreie Handwerk entfielen lediglich 7,2 Prozent (1,7 Milliarden Euro).

Viele geringfügig Beschäftigte im zulassungsfreien Handwerk

Von den insgesamt 241 900 Beschäftigten waren 206 600 Personen (85 Prozent) im zulassungspflichtigen Handwerk tätig, im zulassungsfreien Handwerk waren es 35 300 (15 Prozent). Hierzu zählen neben den Beschäftigten auch die tätigen Inhaberinnen und Inhaber. Von den geringfügig Beschäftigten arbeiteten 28 Prozent im zulassungsfreien Handwerk; während 72 Prozent im zulassungspflichtigen Handwerk ihre Arbeitsstätte hatten.

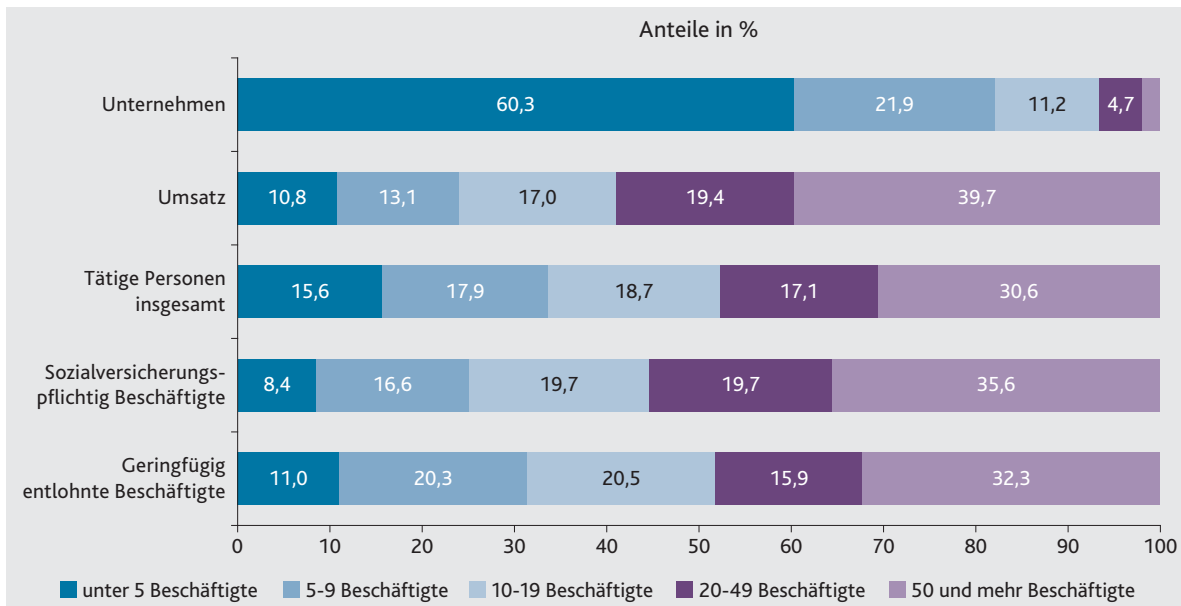
Handwerk traditionell kleinbetrieblich strukturiert

Das Handwerk ist vor allem durch viele kleine Unternehmen gekennzeichnet. In 60 Prozent der Unternehmen arbeiteten 2010 weniger als fünf Personen. Rund 16 Prozent aller Handwerksbeschäftigten fanden hier ihren Arbeitsplatz. Der Umsatzanteil lag bei elf Prozent. Fünf bis 49 Personen waren in 38 Prozent der Unternehmen tätig, sie stellten einen Anteil von 54 Prozent an allen in Handwerksunternehmen Beschäftigten. Auf diese Unternehmen entfiel insgesamt die Hälfte des gesamten Handwerksumsatzes. In nur 1,8 Prozent der Handwerksunternehmen arbeiteten 50 und mehr Personen. Sie beschäftigten insgesamt 31 Prozent der Arbeitskräfte des rheinland-pfälzischen Handwerks und erzielten 40 Prozent des Gesamtumsatzes.

1,8 Prozent der Unternehmen erwirtschaften 40 Prozent des Umsatzes

G 2

Handwerksunternehmen 2010 nach Beschäftigtengrößenklassen



Handwerkszählung

Die Ergebnisse der Handwerkszählung werden aus dem Unternehmensregister gewonnen. In diesem sind verschiedene administrative Daten wie z. B. der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzverwaltung zusammengeführt:

Die **Umsatzdaten** der Finanzverwaltungen der Länder basieren auf den Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen. Die Umsätze von Kleinunternehmen (Umsatz bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr) und Umsätze von Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht, sind nicht enthalten (sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten).

Die **Beschäftigtenangaben** der Bundesagentur für Arbeit beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte zählen nicht zu den Beschäftigten. Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnenden Personen erfasst werden, also auch diejenigen,

die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

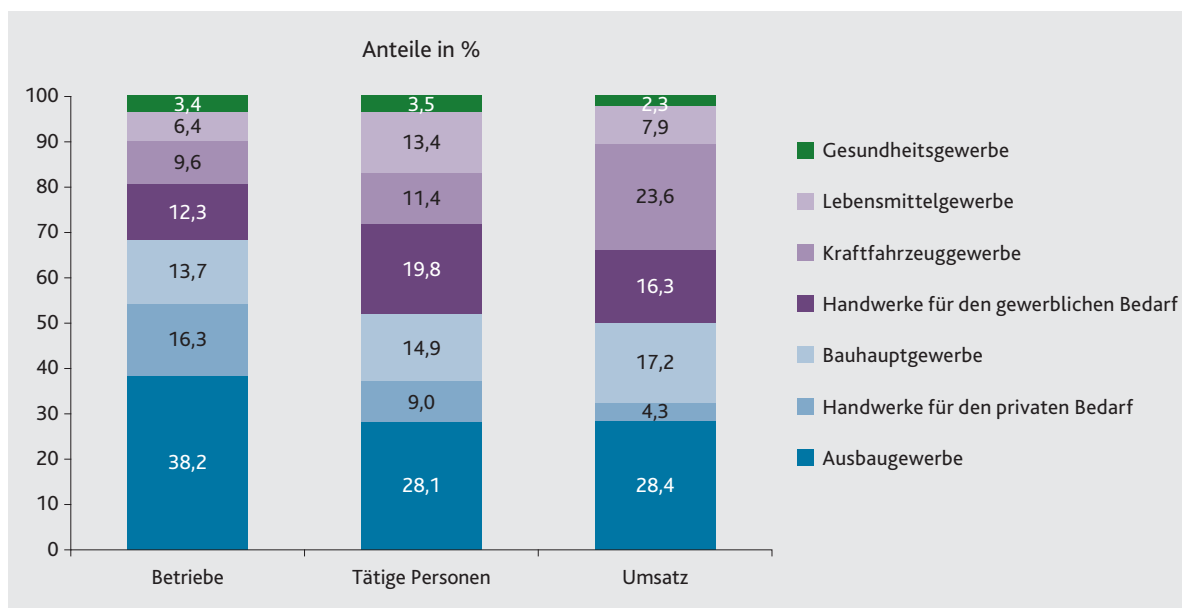
Ausgewertet werden die Angaben aller über das Unternehmensregister identifizierten Handwerksunternehmen. Die Ergebnisse der Handwerkszählung beinhalten somit keine Angaben zum handwerksähnlichen Gewerbe sowie zu Unternehmen, deren Jahresumsatz unter 17 500 Euro liegt und die gleichzeitig keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Es werden nur selbstständige Handwerksunternehmen einbezogen.

Um die Handwerkszählung durch eine Auswertung des Unternehmensregisters zu ersetzen, wurde das Handwerkstatistikgesetz geändert. Diese Änderung erfolgte im Rahmen des Dritten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz, kurz: MEG III) und dient der Abschaffung der traditionellen Handwerkszählung sowie der Festlegung jährlich wiederkehrender Registerauswertungen.

Rechtsgrundlage ist das Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerkstatistikgesetz – HwStatG) vom 7. März 1994 (BGBl. I S. 417), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Dritten Mittelstandsentlastungsgesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).

G 3

Struktur des Handwerks 2010 nach Gewerbegruppen, Anzahl der Betriebe und der tätigen Personen sowie Umsatz



Drei Viertel der zulassungsfreien Handwerksunternehmen haben weniger als fünf Mitarbeiter

Bei den zulassungsfreien Handwerken ist der Anteil der Kleinunternehmen besonders hoch: 76 Prozent beschäftigen weniger als fünf Mitarbeiter. Der Anteil der zulassungsfreien Unternehmen mit 50 und mehr Personen macht 2,3 Prozent aus. Andererseits entfallen auf diese aber 51 Prozent aller im zulassungsfreien Handwerk tätigen Personen.

Jeder zweite Handwerksbetrieb ist im Baugewerbe tätig

Die Unternehmen des Handwerks sind – abhängig vom ausgeübten Gewerbe – in sieben Gewerbegruppen gegliedert, wobei den Gewerbegruppen „Kraftfahrzeuggewerbe“ und „Gesundheitsgewerbe“ keine Gewerbezweige des zulassungsfreien Handwerks zugeordnet sind.

Ausbaugewerbe ist stärkste Gewerbegruppe

Das Ausbaugewerbe stellt im Hinblick auf die Zahl der Unternehmen, die Höhe des Umsatzes und die Anzahl der tätigen Personen die größte Gewerbegruppe dar. Es umfasste 2010 in Rheinland-Pfalz 11 630

Unternehmen, die insgesamt einen Umsatz von 6,73 Milliarden Euro erwirtschafteten und in denen 68 050 Personen tätig waren. Im Ausbaugewerbe waren je Unternehmen durchschnittlich sechs Personen beschäftigt. Der Durchschnittsumsatz pro tätiger Person lag bei 98 880 Euro. An zweiter Stelle standen – gemessen an der Unternehmenszahl – die Handwerke für den privaten Bedarf (4 960 Unternehmen), gefolgt von Unternehmen des Bauhauptgewerbes (4 175). Insgesamt ist somit jedes zweite Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz im Baugewerbe tätig. Rund 3 750 Unternehmen gehörten der Gewerbegruppe „Handwerke für den gewerblichen Bedarf“ an. Es folgten das Kraftfahrzeuggewerbe (2 910), das Lebensmittelgewerbe (1 950) sowie das Gesundheitsgewerbe (1 050).

Werden die Zahl der tätigen Personen und der Umsatz in Relation zueinander betrachtet, ergibt sich ein anderes Bild. Gewerbezweige mit einem hohen Auto-

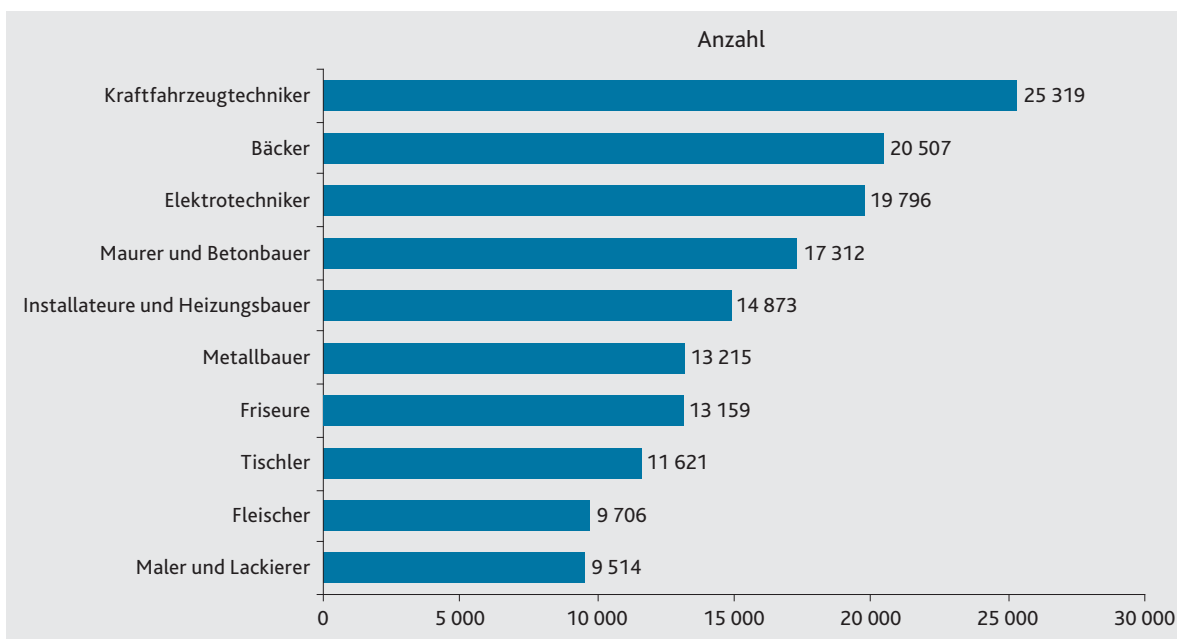
Produktivität im Kraftfahrzeuggewerbe am höchsten

Handwerk nach Gewerbegruppen und Gewerbebezügen

Zulassungspflichtiges Handwerk	Zulassungsfreies Handwerk
Bauhauptgewerbe	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Maurer und Betonbauer ■ Zimmerer ■ Dachdecker ■ Straßenbauer ■ Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer ■ Brunnenbauer ■ Gerüstbauer 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Betonstein- und Terrazzohersteller
Ausbaugewerbe	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Ofen- und Luftheizungsbauer ■ Stuckateure ■ Maler und Lackierer ■ Klempner ■ Installateur und Heizungsbauer ■ Elektrotechniker ■ Tischler ■ Glaser 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Fliesen-, Platten- und Mosaikleger ■ Estrichleger ■ Parkettleger ■ Rolladen- und Jalousiebauer ■ Raumausstatter
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Metallbauer ■ Chirurgiemechaniker ■ Feinwerkmechaniker ■ Kälteanlagenbauer ■ Informationstechniker ■ Landmaschinenmechaniker ■ Büchsenmacher ■ Elektromaschinenbauer ■ Seiler ■ Glasbläser und Glasapparatebauer 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Behälter- und Apparatebauer ■ Metallbildner ■ Galvaniseure ■ Metall- und Glockengießer ■ Schneidwerkzeugmechaniker ■ Modellbauer ■ Böttcher ■ Gebäudereiniger ■ Glasveredler ■ Feinoptiker ■ Glas- und Porzellanmaler ■ Edelsteinschleifer und -graveure ■ Buchbinder ■ Buchdrucker: Schriftsetzer; Drucker ■ Siebdrucker ■ Flexografen ■ Schilder- und Lichtreklamehersteller
Kraftfahrzeuggewerbe	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Karosserie- und Fahrzeugbauer ■ Zweiradmechaniker ■ Kraftfahrzeugtechniker ■ Vulkaniseure und Reifenmechaniker 	
Lebensmittelgewerbe	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Bäcker ■ Konditoren ■ Fleischer 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Müller ■ Brauer und Mälzer ■ Weinküfer
Gesundheitsgewerbe	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Augenoptiker ■ Hörgeräteakustiker ■ Orthopädietechniker ■ Orthopädieschuhmacher ■ Zahntechniker 	
Handwerke für den privaten Bedarf	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Steinmetzen und Steinbildhauer ■ Schornsteinfeger ■ Boots- und Schiffbauer ■ Friseur 	Uhrmacher, Graveure, Gold- und Silberschmiede, Drechsler (Elfenbeinschnitzer) und Holzspielzeugmacher, Holzbildhauer, Korbmacher, Damen- und Herrenschneider, Sticker, Modisten, Weber, Segelmacher, Kürschner, Schuhmacher, Sattler und Feintäschner, Textilreiniger, Wachszieher, Fotografen, Keramiker, Orgel- und Harmoniumbauer, Klavier- und Cembalobauer, Handzuginstrumentenmacher, Geigenbauer, Bogenmacher, Metallblasinstrumentenmacher, Holzblasinstrumentenmacher, Zupfinstrumentenmacher, Vergolder

G 4

Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2010 nach den zehn häufigsten Berufen



omatisierungsgrad und einer hohen Kapitalintensität erzielen mit vergleichsweise wenigen Beschäftigten hohe Umsätze. So erreichte das kapitalintensive Kraftfahrzeuggewerbe einen Umsatz von 203 590 Euro pro Kopf. Am niedrigsten waren die Umsätze mit 47 080 Euro je Beschäftigten dagegen bei den Handwerken für den privaten Bedarf. Im Durchschnitt aller Handwerksunternehmen lag der Umsatz 2010 bei 97 950 Euro je tätiger Person.

Kraftfahrzeug-
techniker sind
wichtigster
Gewerbe-
zweig
im zulassungs-
pflichtigen
Handwerk

Im **zulassungspflichtigen Handwerk** stellte das Ausbaugewerbe mit 59 985 tätigen Personen ebenfalls die stärkste Gewerbe-
gruppe dar. Hierzu gehören beispielsweise Installateure und Heizungsbauer, Maler und Lackierer sowie Elektrotechniker. Auf den nächsten Plätzen folgten das Bauhauptgewerbe mit 35 890, das Lebensmittelgewerbe mit 31 690, die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit 26 800 und das Kraftfahrzeuggewerbe mit 27 470 Tätigen.

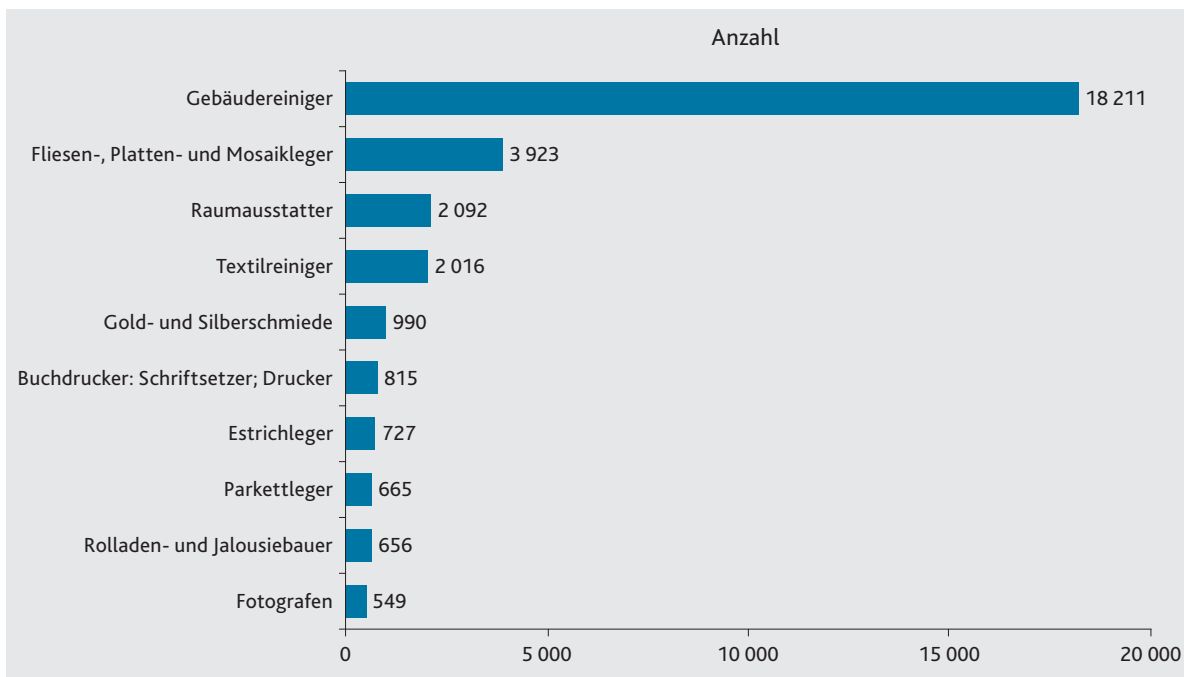
Die Handwerke für den privaten Bedarf sind gemessen an der Anzahl der tätigen Personen die zweitkleinste, gemessen an der Zahl der Unternehmen aber die drittgrößte Gewerbe-
gruppe. Hierzu gehören beispielsweise Friseure, Schornsteinfeger sowie Steinmetze und Steinbildhauer. Mit durchschnittlich vier tätigen Personen je Unternehmen werden die Handwerke für den privaten Bedarf stärker als die anderen Gewerbe-
gruppe von kleinen Unternehmen geprägt. Im Ranking der Handwerksberufe des zulassungspflichtigen Handwerks standen Kraftfahrzeugtechniker mit 25 320 Personen auf Platz eins, gefolgt von Bäckern (20 510), Elektrotechnikern (19 800) und Maurern bzw. Betonbauern (17 310).

Im **zulassungsfreien Handwerk** stellten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit 21 000 tätigen Personen die stärkste Gewerbe-
gruppe dar. Hierzu zählen vor allem Gebäudereiniger, aber auch Buchdrucker, Schilder- und Lichtreklamehersteller oder

Gebäude-
reiniger
dominieren das
zulassungsfreie
Handwerk

G 5

Tätige Personen im zulassungsfreien Handwerk 2010 nach den zehn häufigsten Berufen



Modellbauer. Das Ausbaugewerbe war gemessen an der Zahl der tätigen Personen die zweitgrößte Gruppe des zulassungsfreien Handwerks (8 060 tätige Personen). Das Ausbaugewerbe wird insbesondere von Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern sowie von Raumausstattern geprägt. An dritter Stelle lagen 2010 die Handwerke für den privaten Bedarf mit 5 290 Tätigen. Hierzu gehören Textilreiniger, Gold- und Silberschmiede, Fotografen und Uhrmacher. Es folgten das Lebensmittelgewerbe mit 740 und das Bauhauptgewerbe mit 185 tätigen Personen.

Im Ranking der Handwerksberufe des zulassungsfreien Handwerks standen Gebäudereiniger mit 18 210 Personen auf Platz eins, gefolgt von Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern (3 920), Raumausstattern (2 090), Textilreinigern (2 020) sowie Gold- und Silberschmieden (990).

Viele geringfügig Beschäftigte im zulassungsfreien Handwerk

In den verschiedenen Gewerbebezügen des zulassungspflichtigen Handwerks fällt der Anteil der geringfügig entlohten Beschäftigten an den tätigen Personen sehr unterschiedlich aus. Während im Jahr 2010 im Lebensmittelgewerbe 27 Prozent geringfügig entlohnt wurden, war im Bauhauptgewerbe lediglich ein Wert von 7,6 Prozent zu verzeichnen. Zum Bauhauptgewerbe zählen z. B. Maurer und Betonbauer, Dachdecker und Straßenbauer. Insgesamt lag der Anteil der geringfügig entlohten Beschäftigten im zulassungspflichtigen Handwerk bei durchschnittlich 13 Prozent.

Von den insgesamt 35 280 Personen, die Ende 2010 in den zulassungsfreien Handwerksunternehmen arbeiteten, waren 19 895 sozialversicherungspflichtig und 10 440 geringfügig entlohnt beschäftigt. Damit

Drei von zehn Beschäftigten im zulassungsfreien Handwerk werden geringfügig entlohnt

T 1

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2010 nach Verwaltungsbezirken und Handwerkskammerbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis Handwerkskammerbezirk	Handwerksunternehmen		Tätige Personen am 31.12.2010					Umsatz ²	
	insgesamt	je 10 000 Einwohner	insgesamt ¹	darunter		je Unter- nehmen	je 10 000 Einwohner	insgesamt	je tätige Person
				sozial- versicherungs- pflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte				
Frankenthal (Pfalz)	266	57	2 009	1 442	290	8	429	192	95 593
Kaiserslautern, St.	559	56	7 019	5 086	1 345	13	708	647	92 214
Koblenz, St.	695	65	8 115	6 324	1 051	12	763	1 131	139 332
Landau i. d .Pfalz, St.	307	70	2 961	2 349	290	10	679	257	86 718
Ludwigshafen a. Rh., St.	805	49	9 789	7 310	1 636	12	596	888	90 721
Mainz, St.	988	50	8 696	6 208	1 433	9	436	784	90 114
Neustadt a. d. Weinstr., St.	406	77	3 133	2 347	357	8	593	286	91 238
Pirmasens, St.	346	86	4 385	3 318	696	13	1 086	374	85 294
Speyer, St.	331	66	2 419	1 757	309	7	485	264	109 105
Trier, kfr. St.	627	60	7 617	6 037	903	12	724	807	106 002
Worms, St.	524	64	3 626	2 491	589	7	444	317	87 411
Zweibrücken, St.	222	65	1 730	1 284	208	8	510	150	86 768
Ahrweiler	1 163	91	6 701	4 520	956	6	526	620	92 534
Altenkirchen (Ww.)	1 032	78	8 116	5 678	1 365	8	615	898	110 651
Alzey-Worms	979	79	7 972	5 830	1 115	8	639	1 133	142 166
Bad Dürkheim	1 062	80	6 992	4 848	1 037	7	527	678	96 903
Bad Kreuznach	1 194	77	8 938	6 457	1 213	7	575	787	88 012
Bernkastel-Wittlich	988	90	9 432	6 793	1 590	10	857	822	87 186
Birkenfeld	756	91	5 788	4 222	766	8	695	609	105 251
Cochem-Zell	595	94	4 706	3 174	894	8	742	338	71 788
Donnersbergkreis	598	79	3 537	2 365	545	6	466	348	98 443
Eifelkreis Bitburg-Prüm	811	86	7 172	5 308	1 017	9	763	794	110 666
Germersheim	875	70	6 265	4 428	921	7	502	547	87 357
Kaiserslautern	948	90	6 262	4 426	853	7	594	507	81 042
Kusel	535	74	3 164	2 021	585	6	436	231	73 079
Mainz-Bingen	1 475	73	9 111	6 153	1 389	6	450	772	84 739
Mayen-Koblenz	1 677	80	13 042	8 930	2 337	8	620	1 390	106 584
Neuwied	1 556	86	11 045	7 565	1 833	7	610	1 082	98 002
Rhein-Hunsrück-Kreis	891	87	7 440	5 480	1 034	8	728	791	106 269
Rhein-Lahn-Kreis	957	77	7 330	5 325	1 000	8	593	767	104 706
Rhein-Pfalz-Kreis	1 023	69	7 665	5 251	1 355	7	516	769	100 306
Südliche Weinstraße	943	87	5 772	3 968	823	6	530	553	95 858
Südwestpfalz	940	95	4 983	3 331	663	5	504	403	80 818
Trier-Saarburg	1 083	76	9 258	6 747	1 369	9	649	679	73 316
Vulkaneifel	527	86	3 917	2 622	739	7	639	359	91 597
Westerwaldkreis	1 744	88	15 812	11 663	2 314	9	796	1 722	108 889
Handwerkskammerbezirke									
Koblenz	12 260	83	97 033	69 338	14 763	8	654	10 135	104 448
Pfalz	10 166	73	78 085	55 531	11 913	8	558	7 095	90 858
Rheinhessen	3 966	65	29 405	20 682	4 526	7	484	3 006	102 227
Trier	4 036	79	37 396	27 507	5 618	9	729	3 461	92 550
Rheinland-Pfalz	30 428	76	241 919	173 058	36 820	8	605	23 696	97 952

1 Einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt). — 2 Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.

() Die in Klammern gesetzten Umsatzzahlen sind aufgrund des Schätzanteils für Unternehmen, die einer steuerrechtlichen Organschaft angehören, im Aussagewert eingeschränkt.

war ein relativ hoher Anteil der geringfügig entlohnnten Beschäftigten des Handwerks in zulassungsfreien Gewerbebezügen tätig (Durchschnitt: 30 Prozent). Ursächlich hierfür ist die große Anzahl der geringfügig Beschäftigten bei den Gebäudereinigern. Fast jeder Zweite der insgesamt 18 210 Beschäftigten in diesem Gewerbebezirk war geringfügig beschäftigt (44 Prozent).

Rund 40 Prozent der Handwerksunternehmen im Bezirk Koblenz ansässig

In Rheinland-Pfalz gibt es vier Handwerkskammerbezirke: Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier. Im Kammerbezirk Koblenz waren 2010 gut 40 Prozent der rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen ansässig, die insgesamt 43 Prozent des Umsatzes erwirtschafteten. Rund 40 Prozent der Beschäftigten waren dort tätig. Der anteilmäßig kleinste Kammerbezirk ist Rheinhessen: Jeweils 13 Prozent der Unternehmen und des Umsatzes sowie zwölf Prozent der Beschäftigten entfielen auf diesen Bezirk.

Kammerbezirk
Koblenz:
Höchster
Umsatz je
Beschäftigten

Auch bezogen auf die Einwohnerzahl gibt es die meisten Handwerksunternehmen im Kammerbezirk Koblenz. Auf 10 000 Einwohner kommen hier 83 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier sind es 79, im Kammerbezirk Pfalz 73 und im Kammerbezirk Rheinhessen 65. Die bezogen auf die Einwohnerzahl meisten tätigen Personen hat das Handwerk mit 729 je 10 000 Einwohner im Bezirk Trier, gefolgt vom Bezirk Koblenz mit 654. Im Kammerbezirk Pfalz kommen auf 10 000 Einwohner 558 in Handwerksunternehmen tätige Personen, im Bezirk Rheinhessen sind es 484. Während die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen in den Bezirken Koblenz und Pfalz dem rheinland-pfälzischen

Durchschnitt entspricht (acht Personen je Unternehmen), sind im Bezirk Trier durchschnittlich neun Personen in Handwerksunternehmen tätig. Im Bezirk Rheinhessen sind es sieben Personen. Überdurchschnittlich hohe Umsätze je tätige Person werden in den Handwerksunternehmen der Kammerbezirke Koblenz (104 450 Euro) und Rheinhessen (102 230 Euro) erwirtschaftet.

Im Vergleich der Verwaltungsbezirke sind im Westerwaldkreis die meisten Handwerksunternehmen anzutreffen: Im Jahr 2010 waren hier 1740 Unternehmen ansässig. Sie erwirtschafteten insgesamt einen Umsatz von 1,72 Milliarden Euro. In diesen Unternehmen waren insgesamt 15 810 Personen tätig. Bezogen auf die Zahl der Einwohner wurden die meisten Handwerksunternehmen im Landkreis Südwestpfalz (95 je 10 000 Einwohner) registriert. Im Vergleich der kreisfreien Städte erreichte Pirmasens mit 86 Unternehmen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert. Hier wurden zudem die meisten handwerklich tätigen Personen je 10 000 Einwohner nachgewiesen. Die wenigsten Unternehmen je 10 000 Einwohner befanden sich 2010 in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein (49). Der Rhein-Pfalz-Kreis (69) wies unter den Landkreisen den niedrigsten Wert aus. Unter den Landkreisen wurden die meisten tätigen Personen je 10 000 Einwohner für den Landkreis Bernkastel-Wittlich (857) ermittelt.

Viele Handwerksunternehmen im Westerwaldkreis

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Unternehmensstatistiken“. Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH) ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

ifo Index und ZEW-Konjunkturerwartungen verschlechtert; Verbraucherstimmung leicht verbessert

Weitere Eintrübung des Geschäftsklimas

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im April um 2,3 Punkte auf 104,4 Punkte gefallen. Die Mehrheit der Unternehmen bewertet das Geschäftsklima zwar weiterhin als gut, jedoch zum zweiten Mal in Folge schlechter als im Vormonat. Im verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe und Großhandel hat sich sowohl die Beurteilung der Geschäftslage als auch die Geschäftserwartung eingetrübt. Im Einzelhandel gab es bei zurückgehender Geschäftserwartung eine leichte Verbesserung der Lageeinschätzung.

ZEW-Konjunkturerwartungen sinken

Die Konjunktüreinschätzung der Finanzmarktexperten verschlechterte sich im April ebenfalls. Die ZEW-Konjunkturerwartungen gingen um 12,2 Punkte zurück, beliefen sich damit aber weiterhin auf einem hohen Wert von 36,3 Punkten.

Robuste Verbraucherstimmung

Die Stimmungslage bei den Konsumenten in Deutschland hat sich gegenüber dem Vormonat leicht verbessert. Die GfK prognostiziert für Mai einen Indexwert von 6,2 Punkten. Während sich die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung der Verbraucher etwas gebessert haben, sind ihre Konjunkturerwartungen erstmals in 2013 zurückgegangen.

Grund für die insgesamt verhaltene Entwicklung der Stimmungsindikatoren dürfte weiterhin die Schuldenkrise in der Eurozone sein.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe stagniert; Auftragseingänge steigen

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Februar eine stagnierende Produktion. Die Auftragslage verbesserte sich deutlich, bedingt durch eine erhöhte Nachfrage in den drei industriellen Hauptgruppen.

Im Februar 2013 stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozent. Seit längerem zeigt der bereinigte Produktionsindex keinen eindeutigen Trend. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß um 0,9 Prozent.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2012: 56 Prozent). Im Februar 2013 erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 1,9 Prozent. Im Vergleich zum Februar 2012 lag der Zuwachs bei 0,9 Prozent.

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2012: 25 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang ihrer Produktion um 3,4 Prozent. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie ein Minus von 2,8 Prozent.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +0,2 Prozent

Produktionsrückgang in der Investitionsgüterindustrie

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2012: 18 Prozent) erhöhte sich der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 0,9 Prozent. Gegenüber Februar 2012 sank der Güterausstoß um 2,2 Prozent.

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion sank im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht (–0,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier ein Anstieg des Güterausstoßes um 2,9 Prozent.

Deutlicher Produktionsrückgang im Fahrzeugbau

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent). Er verzeichnete im Februar einen deutlichen Outputrückgang. Preis-, kalender- und saisonbereinigt verringerte sich die Produktion um 6,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich sank der Güterausstoß um 5,8 Prozent.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, stieg die Produktion im Februar um 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Verringerung um 6,6 Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe steigen

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Februar 2013 erhöhten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Januar um 5,2 Prozent. Sowohl die Inlandsnachfrage (+8 Prozent) als auch die Auslandsnachfrage (+2,8 Prozent) nahm zu. Auch im Vorjahresvergleich wurden mehr Aufträge aus dem Inland (+2,8 Prozent gegenüber Februar 2012) sowie aus dem Ausland (+0,6 Prozent) verzeichnet.

Dadurch gingen im Berichtsmonat insgesamt 1,7 Prozent mehr Aufträge ein als im Februar 2012.

Sowohl in der Vorleistungsgüterindustrie (+6,1 Prozent) als auch in der Investitionsgüterindustrie (+5,3 Prozent) sowie in der Konsumgüterindustrie (+1,4 Prozent) stiegen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt. Im Vorjahresvergleich verzeichnete die Vorleistungsgüterindustrie ein deutliches Auftragsplus (+9,9 Prozent). Dagegen verbuchten sowohl die Konsumgüterindustrie (–10 Prozent) als auch die Investitionsgüterindustrie (–4,4 Prozent) weniger neue Aufträge.

Nachfrage nach Vorleistungsgütern, Investitionsgütern und Konsumgütern steigt

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verbesserung ihrer Auftragslage um 8,9 Prozent. Sowohl die Auslandsbestellungen (+9,2 Prozent) als auch die Nachfrage aus dem Inland (+8,3 Prozent) erhöhten sich. Auch im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte steigende Bestellungen (+19 Prozent).

Steigende Auftragseingänge in der chemischen Industrie

Im Fahrzeugbau verbesserte sich die Auftragslage im Februar preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,7 Prozent gegenüber dem Vormonat. Während die Inlandsnachfrage kräftig stieg (+15 Prozent), verringerten sich die Aufträge aus dem Ausland (–7,4 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2012 ergab sich ein Zuwachs von einem Prozent.

Nachfrage im Fahrzeugbau verbessert sich

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von 5,3 Prozent. Sowohl die Inlandsbestellungen (+4,6 Prozent) als auch die Auslandsnachfrage (+5,6 Prozent) stiegen. Im Vorjahresvergleich gehen die Bestellungen in dieser Branche bereits seit Dezember 2011 zurück (gegenüber Februar 2012: –16 Prozent).

Maschinenbau: Auftragsplus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich im Minus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: -13 Prozent

Im Bauhauptgewerbe ist der gleitende Dreimonatsdurchschnitt der Auftragseingänge im Januar 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um 13 Prozent gesunken. Davor hatte es im Dezember 2012 mit einem Minus von 1,4 Prozent erstmals seit Dezember 2010 einen Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegeben.

Auftragseingänge im Hochbau: -17 Prozent

Im Hochbau wurde im Januar 2013 im Vergleich zum Vorjahr ein kräftiger Auftragsrückgang um 17 Prozent beobachtet. Nachdem es von März bis Oktober 2012 noch Zuwächse gegeben hatte, wurden bereits im November und Dezember Verschlechterungen registriert. Der stärkste Rückgang wurde im öffentlichen Hochbau (-20 Prozent) festgestellt, nachdem es hier in den vorausgegangenen fünf Monaten noch zu kräftigen Verbesserungen kam. Aber auch im Wohnungsbau (-17 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (-16 Prozent) sank die Nachfrage nach Bauleistungen deutlich.

Auftragseingänge im Tiefbau: -6,7 Prozent

Im Tiefbau kam es im Januar 2013 zu einem Auftragsminus von 6,7 Prozent, nachdem sich von September bis Dezember 2012 im Vorjahresvergleich teilweise noch deutliche Auftragssteigerungen ergeben hatten. Die aktuell rückläufige Entwicklung geht in erster Linie auf die kräftigen Auftragsseinbußen im gewerblichen Tiefbau (-13 Prozent) sowie im Straßenbau (-11 Prozent) zurück. Lediglich der öffentliche Tiefbau konnte zulegen (+5 Prozent).

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 7,1 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator der Baukonjunktur, ist im Januar 2013 um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit werden seit Mai 2012 Zuwächse registriert.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

Steigender Umsatz im Großhandel

Der Umsatz im Großhandel steigt. Dagegen entwickelt er sich im Einzelhandel, Gastgewerbe und Kfz-Handel ungünstig.

Umsatz im Einzelhandel sinkt

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Januar 2013 einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 0,9 Prozent auf.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Januar gegenüber dem Vorjahreswert um 5,7 Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

Kfz-Handel: deutliche Umsatzeinbußen

Der Kfz-Handel verzeichnete im Dezember ein kräftiges Umsatzminus von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert.

Umsatz im Großhandel steigt

Im Großhandel erhöhten sich die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Dezember um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit verbuchte der Großhandel das erste Umsatzplus seit September 2011.

Jahresteuerrate im April bei 1,1 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex niedriger als in den Vormonaten

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im April 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,1 Prozent. Das war die niedrigste Jahresteuerrate seit August 2010. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb damit zum vierten Mal in Folge deutlich unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zweiprozentmarke.

Bei den Energiepreisen zeigten sich auch im April zum Teil gegenläufige Entwicklungen (+0,4 Prozent). Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +11 Prozent spürbar anzogen, waren Heizöl (-6,1 Prozent) und Kraftstoffe (-5,4 Prozent) deutlich billiger

als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 0,9 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,5 Prozent). Außerdem verteuerten sich u. a. die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,9 Prozent) sowie „Bildungswesen“ (+2,3 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Verkehr“ (-0,3 Prozent), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,4 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (-3,9 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im April leicht gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz im April wieder leicht zurückgegangen. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 118 600 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 3 100 bzw. 2,5 Prozent weniger als im Vormonat. Im Vergleich zum April 2012 hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings um 5 700 Personen erhöht (+5 Prozent).

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, ist im April 2013 mit 5,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken. Im April 2012 hatte sie bei 5,4 Prozent gelegen.

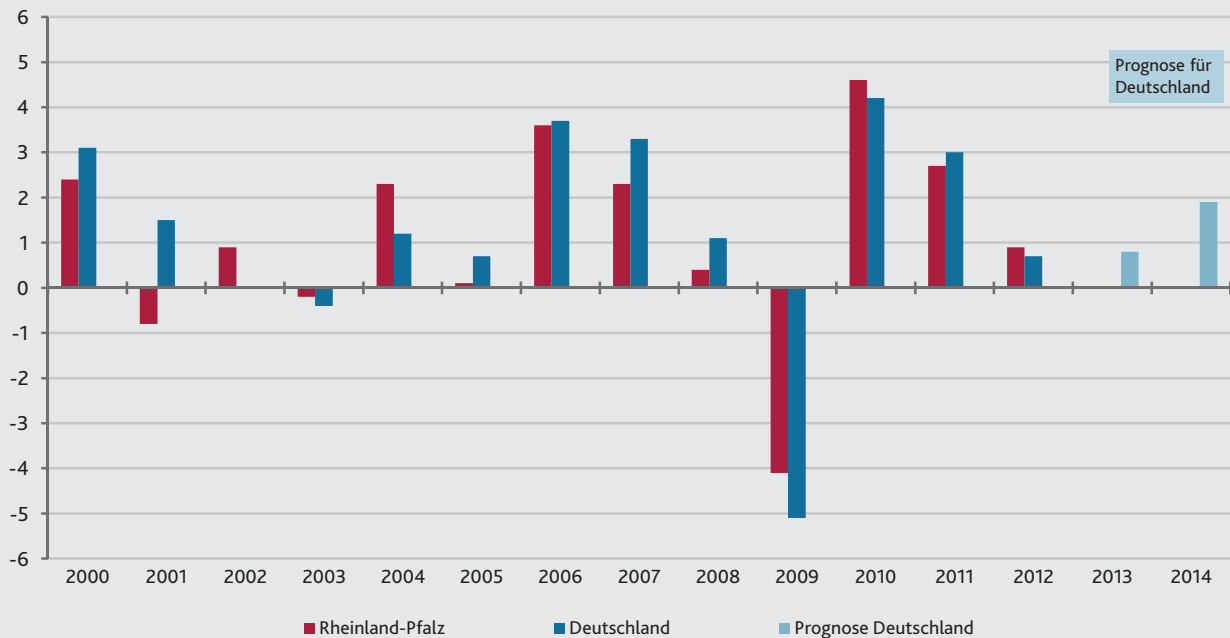
Zahl der Arbeitslosen sinkt gegenüber Vormonat um 2,5 Prozent

Arbeitslosenquote bei 5,6 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

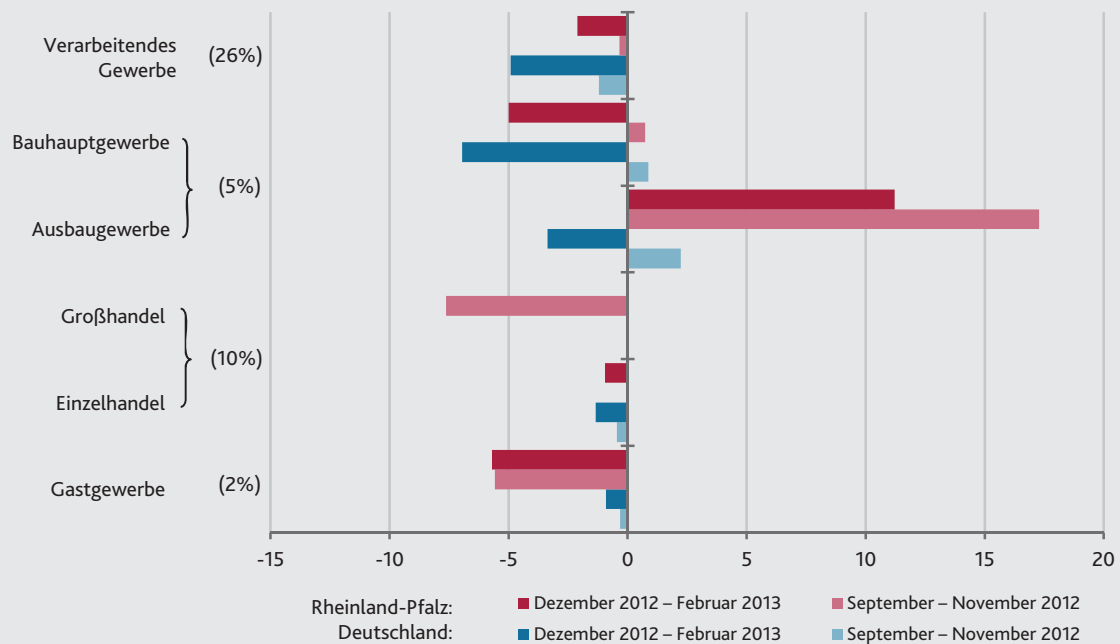


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013; nächster Fortschreibungstermin: September 2013. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3,4} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

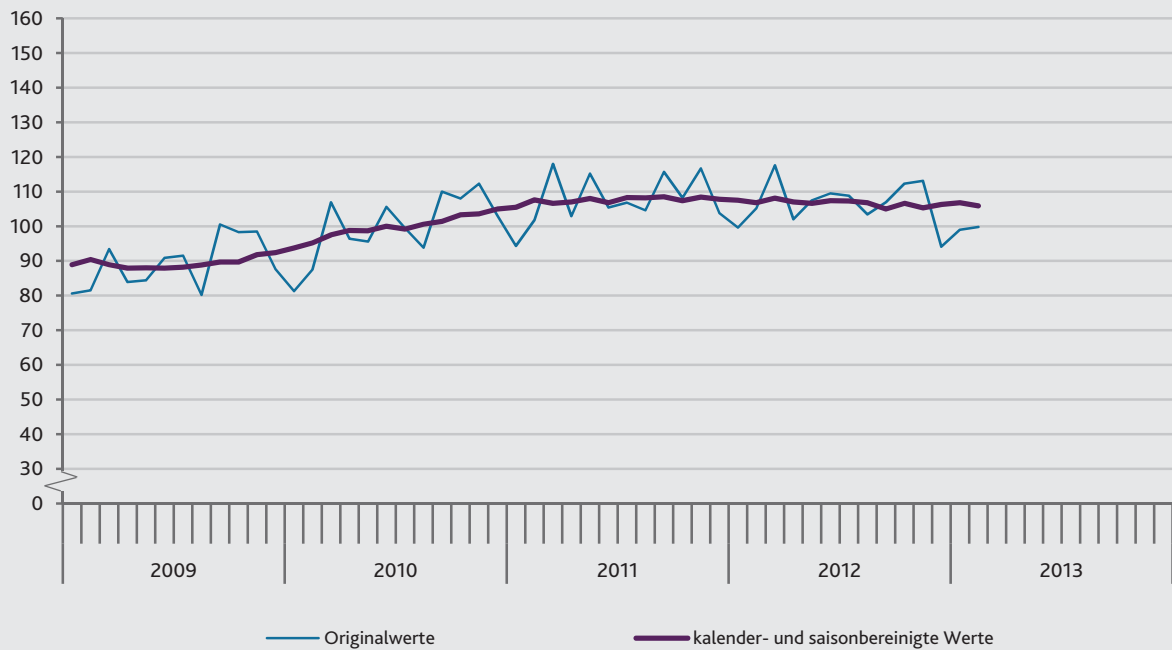


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – ⁴ Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

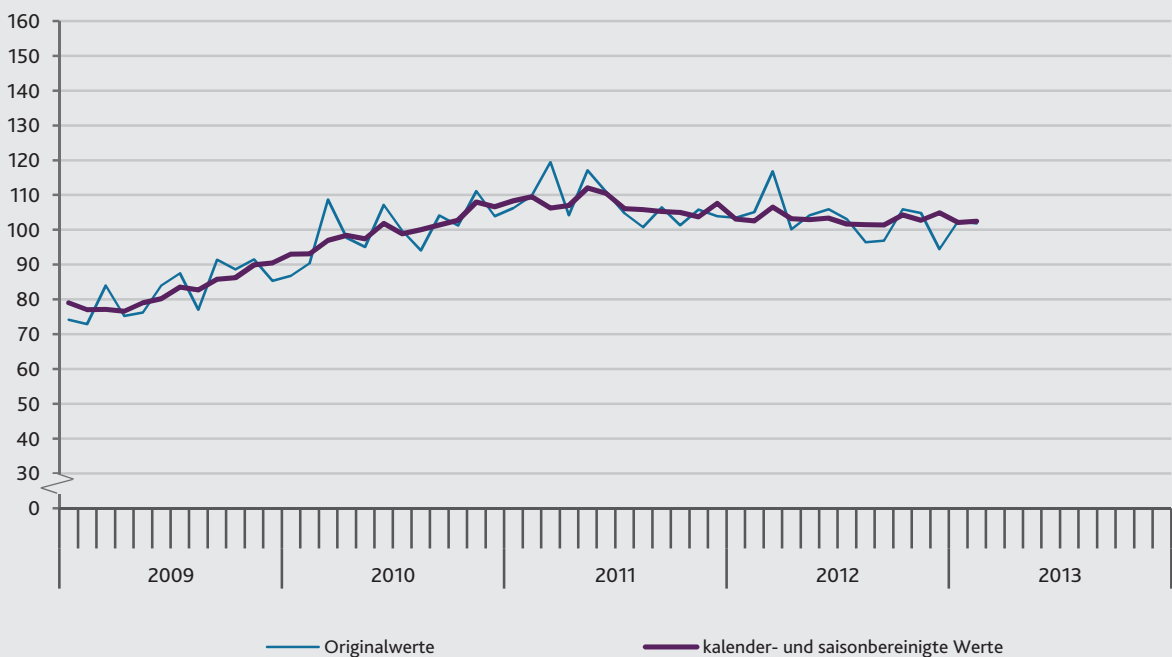


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

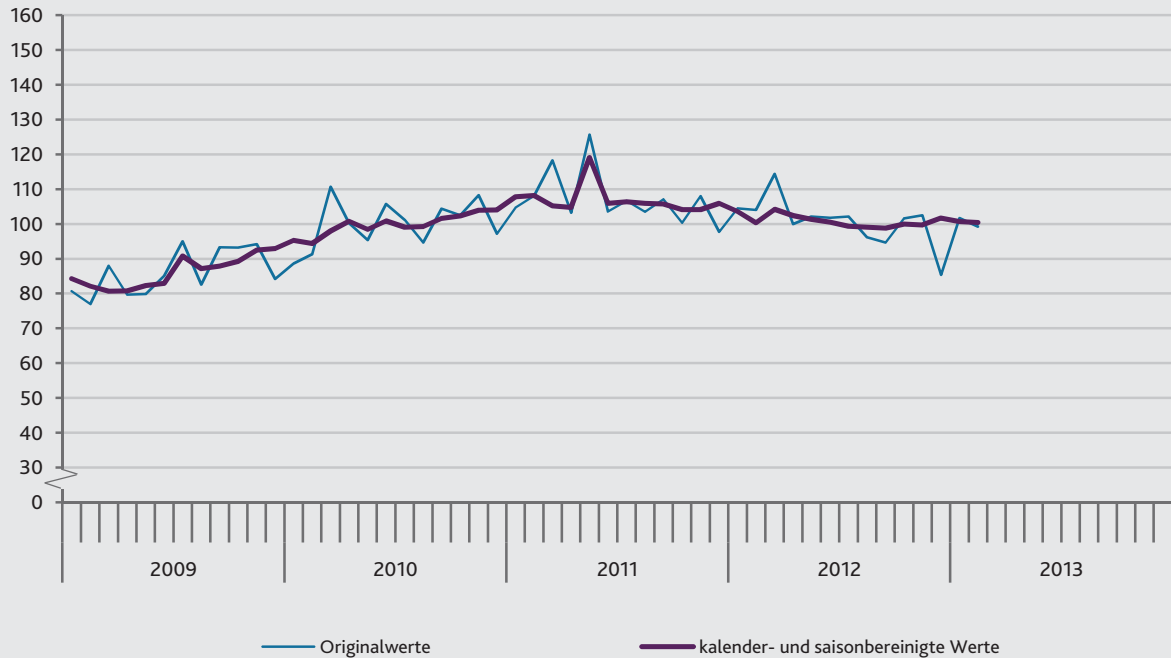


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

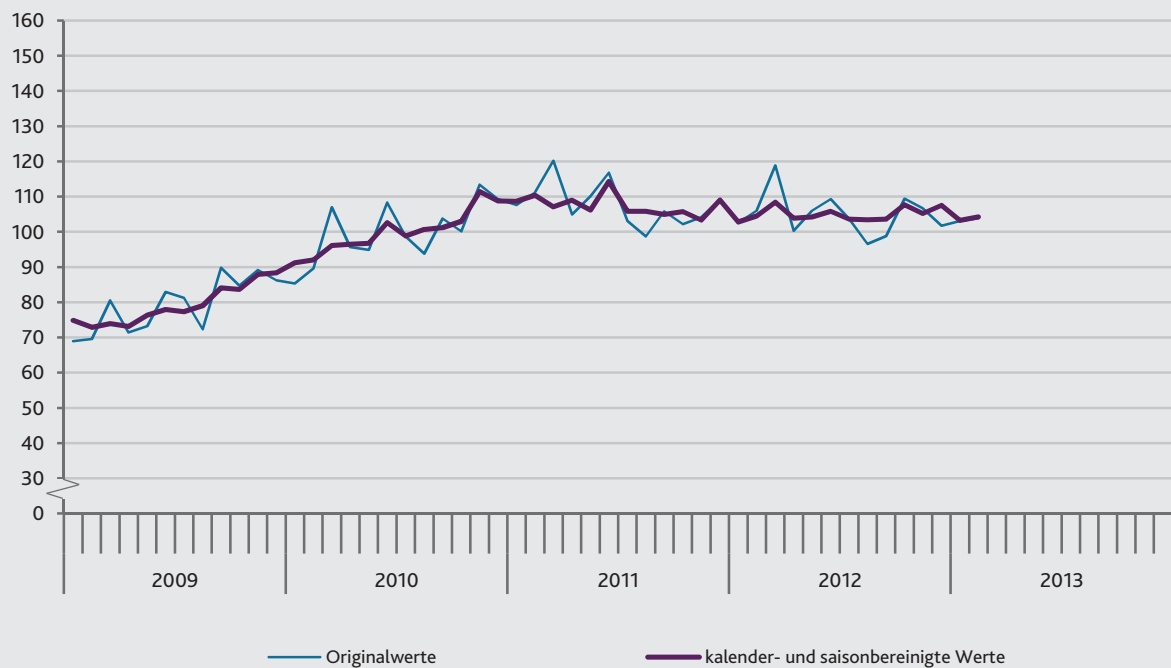


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

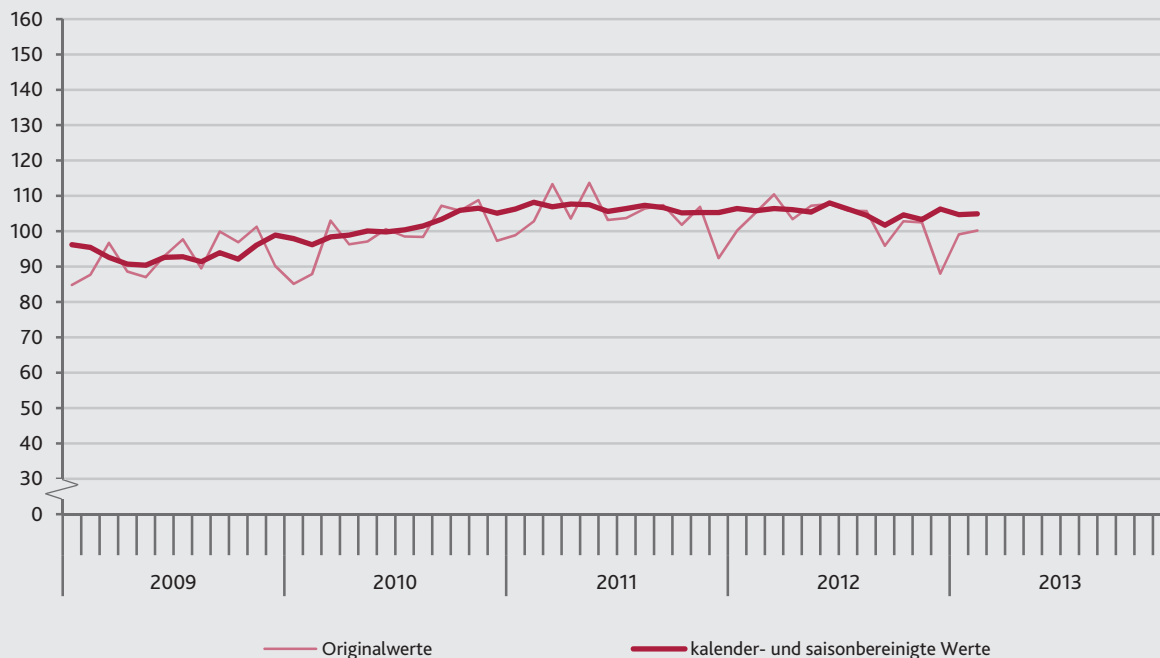


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

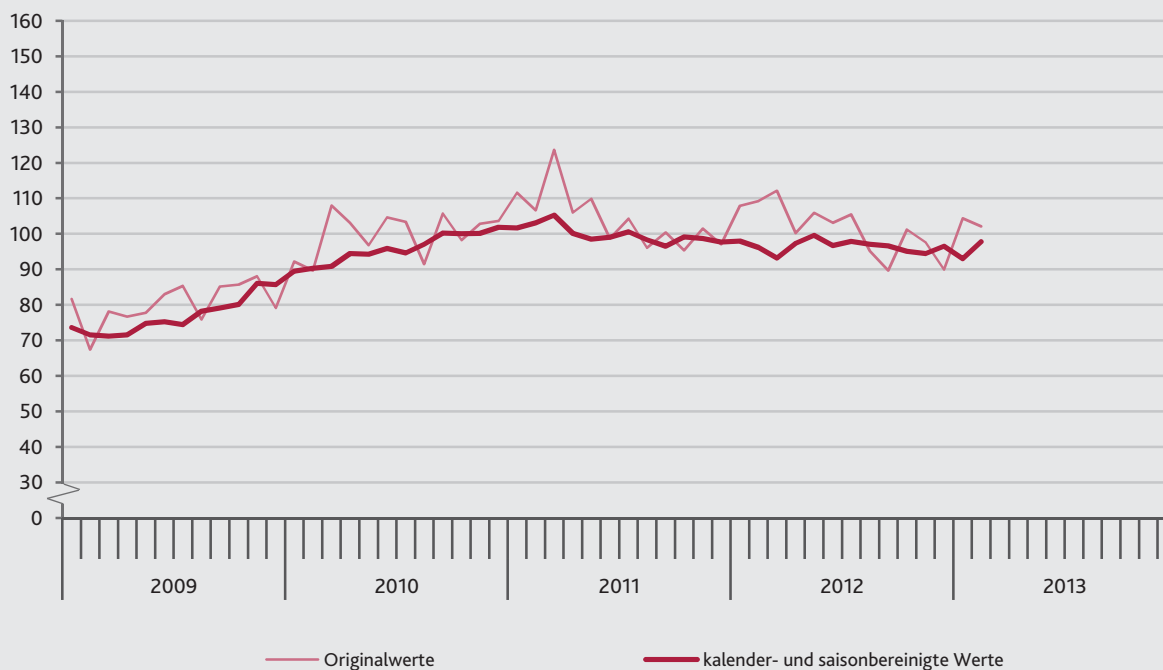
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

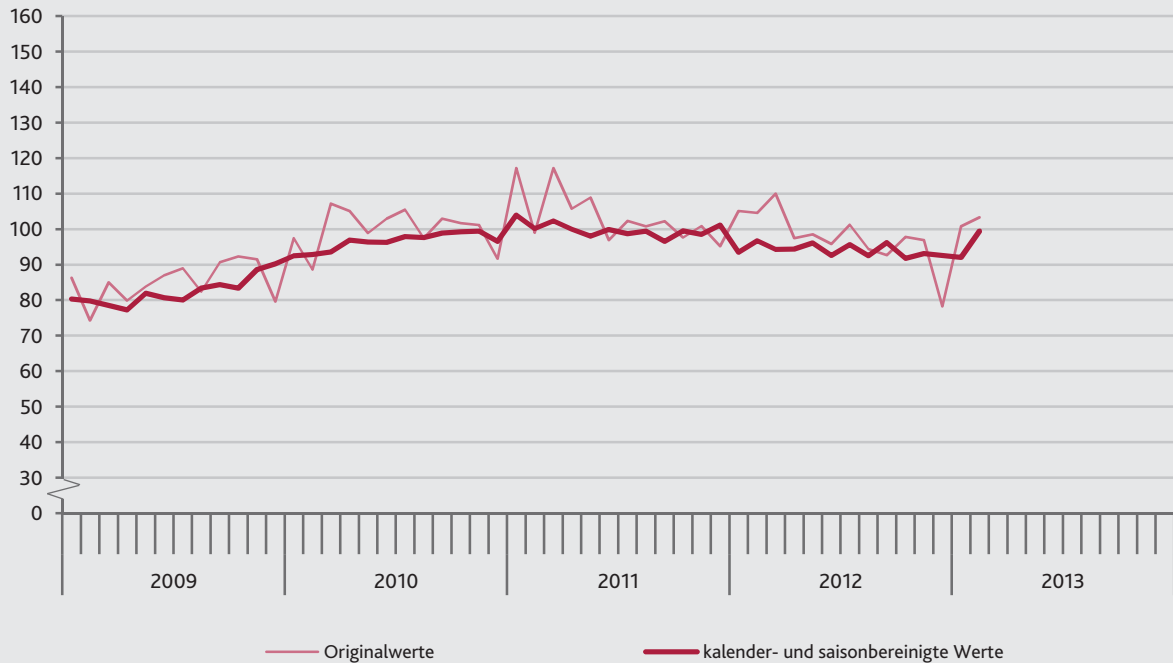
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

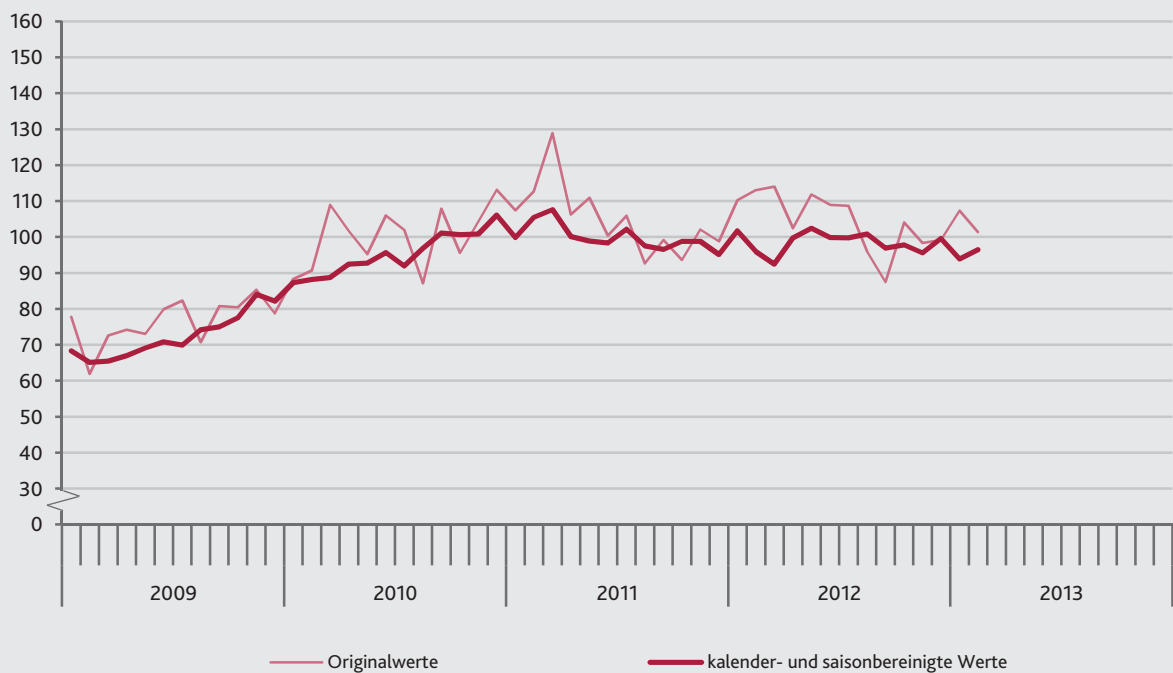
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

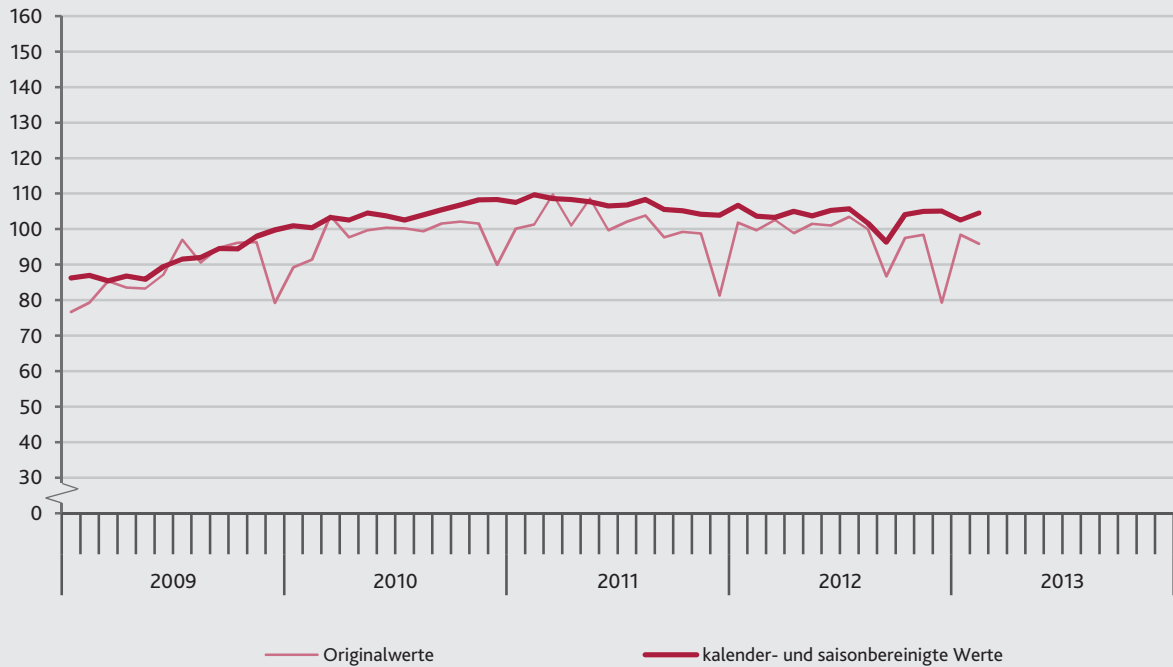
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



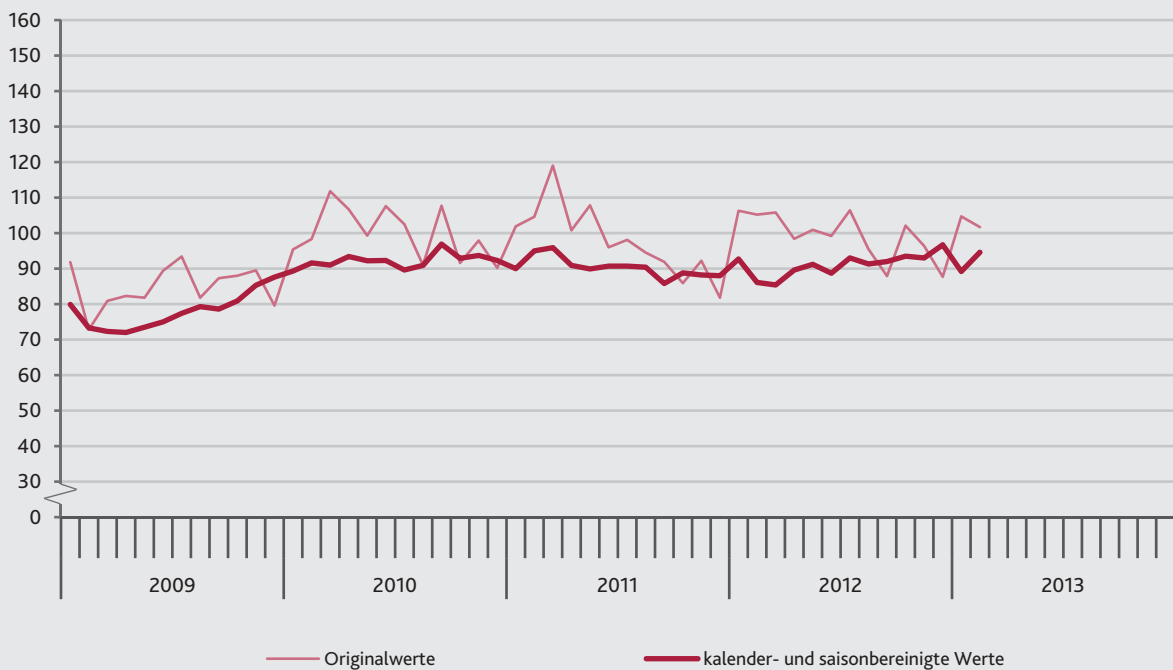
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

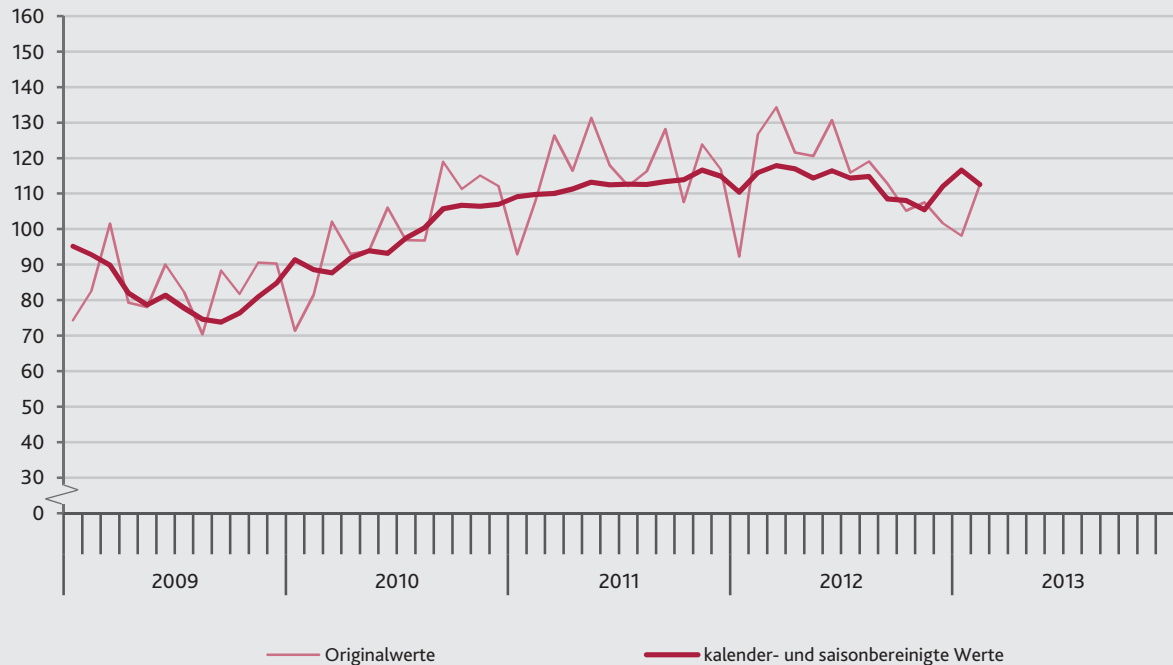
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

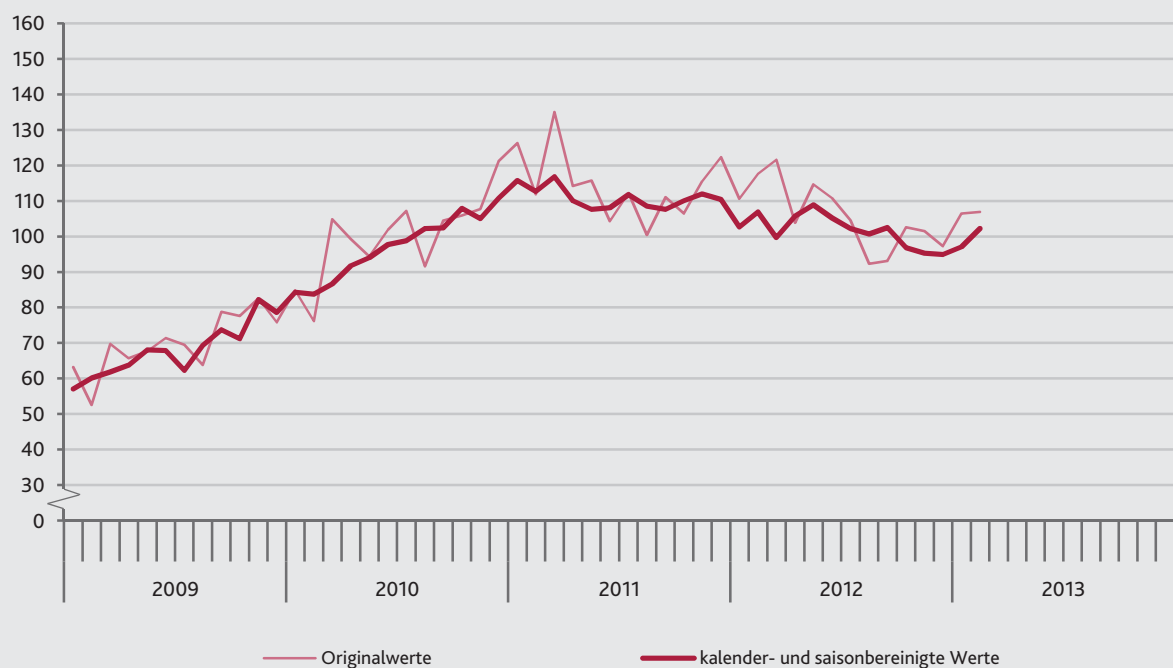
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

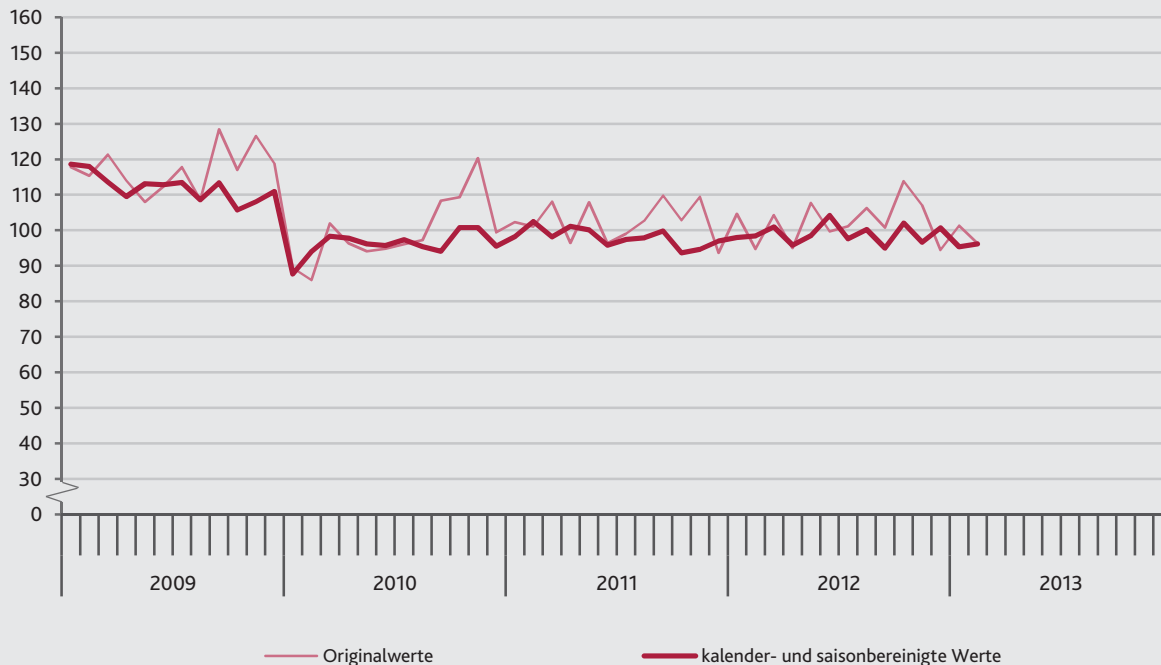
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

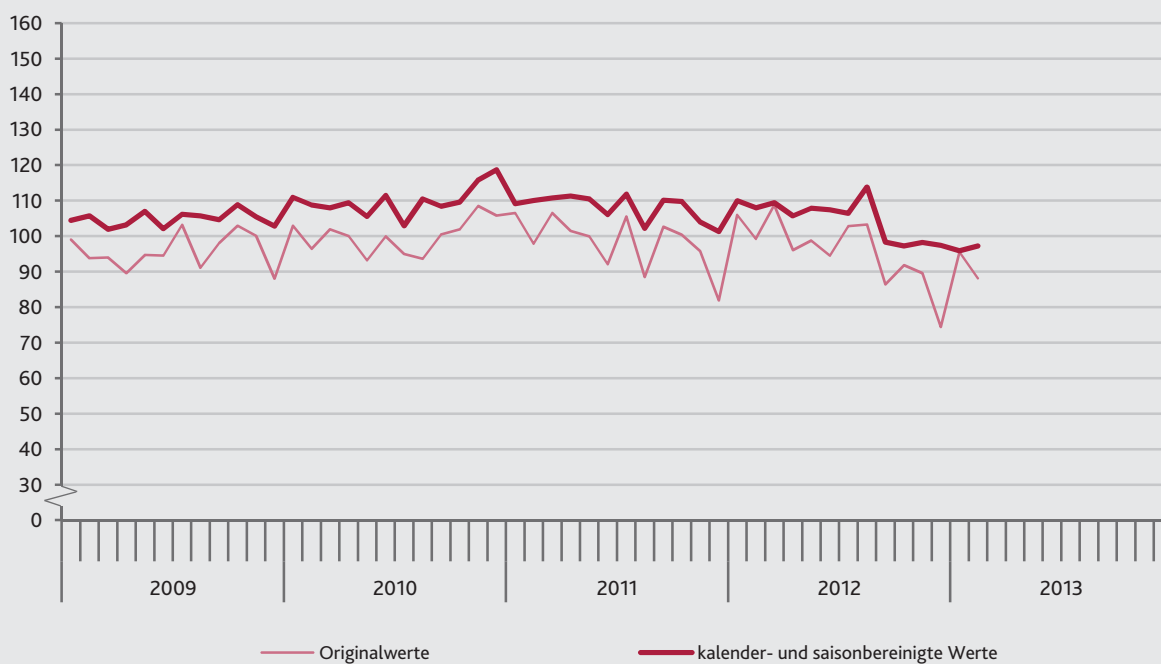
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

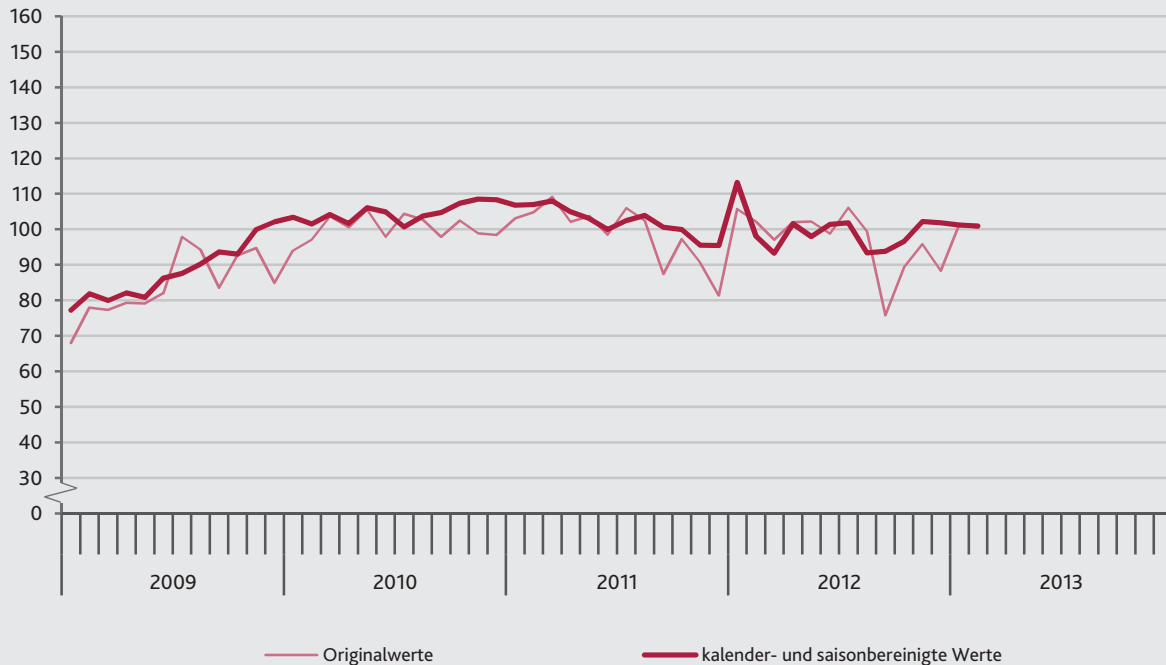
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

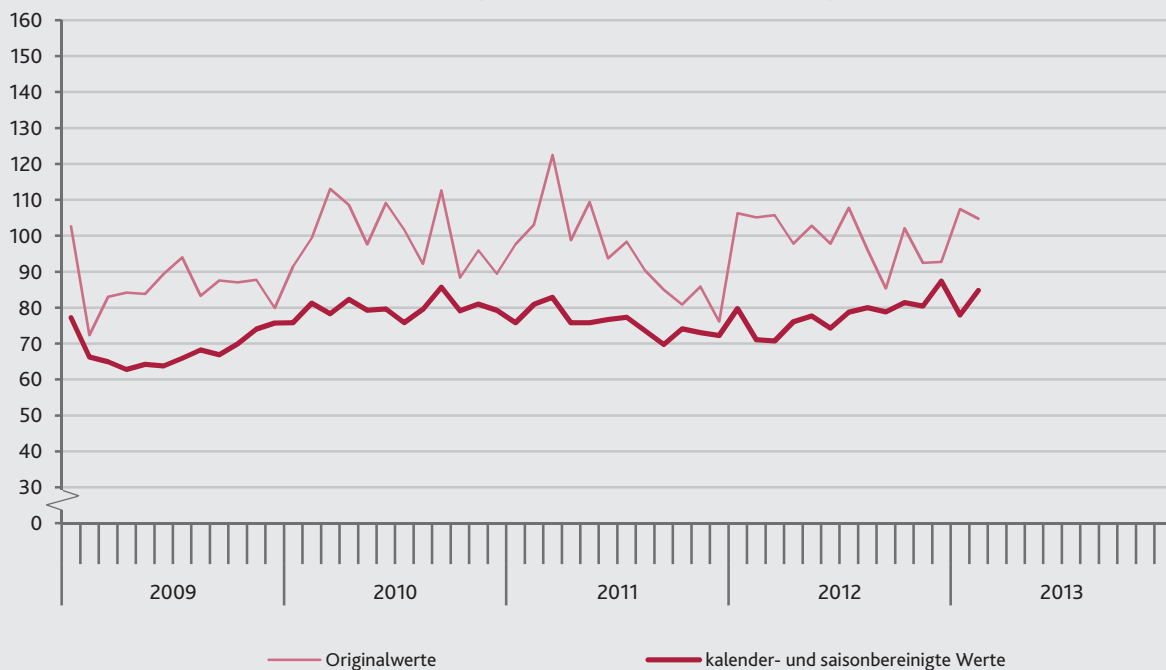
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

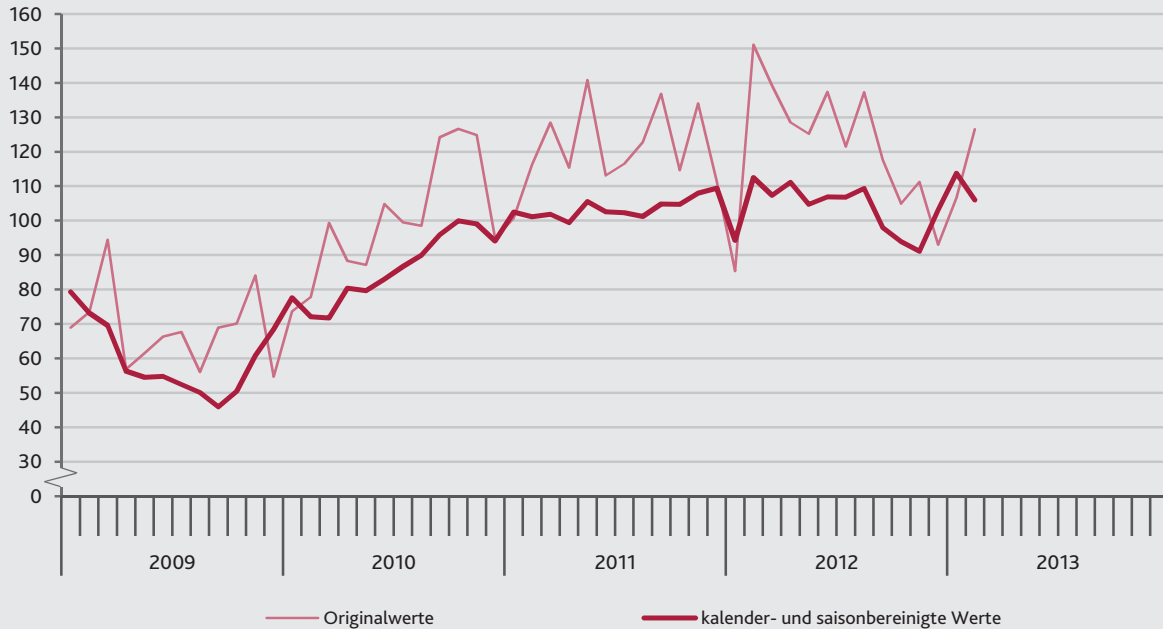
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

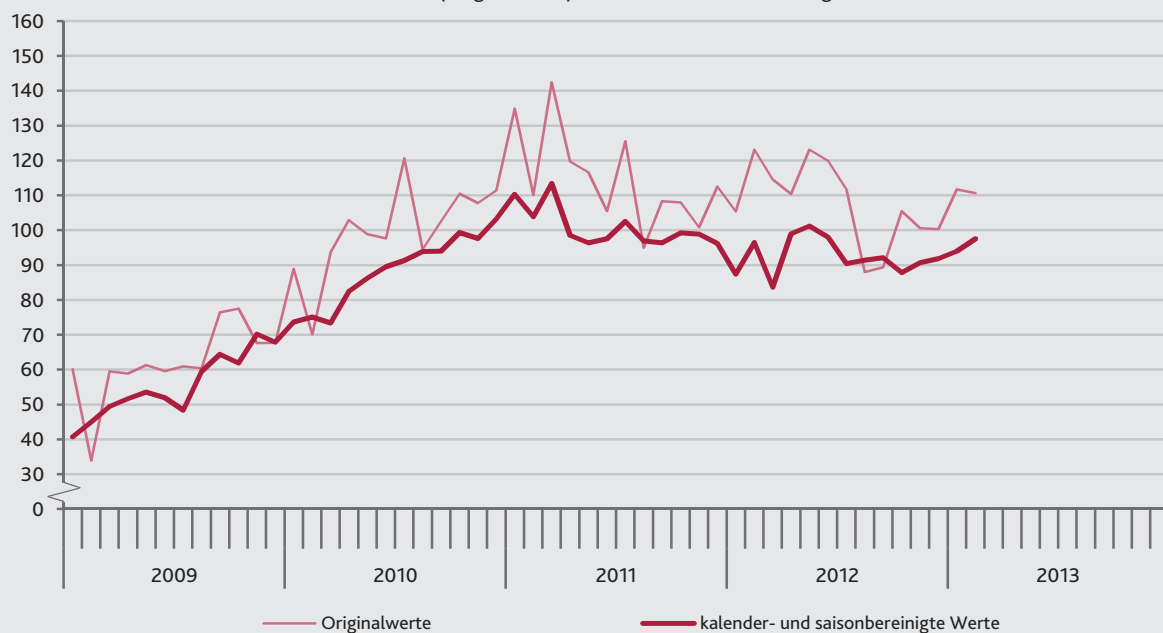


Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

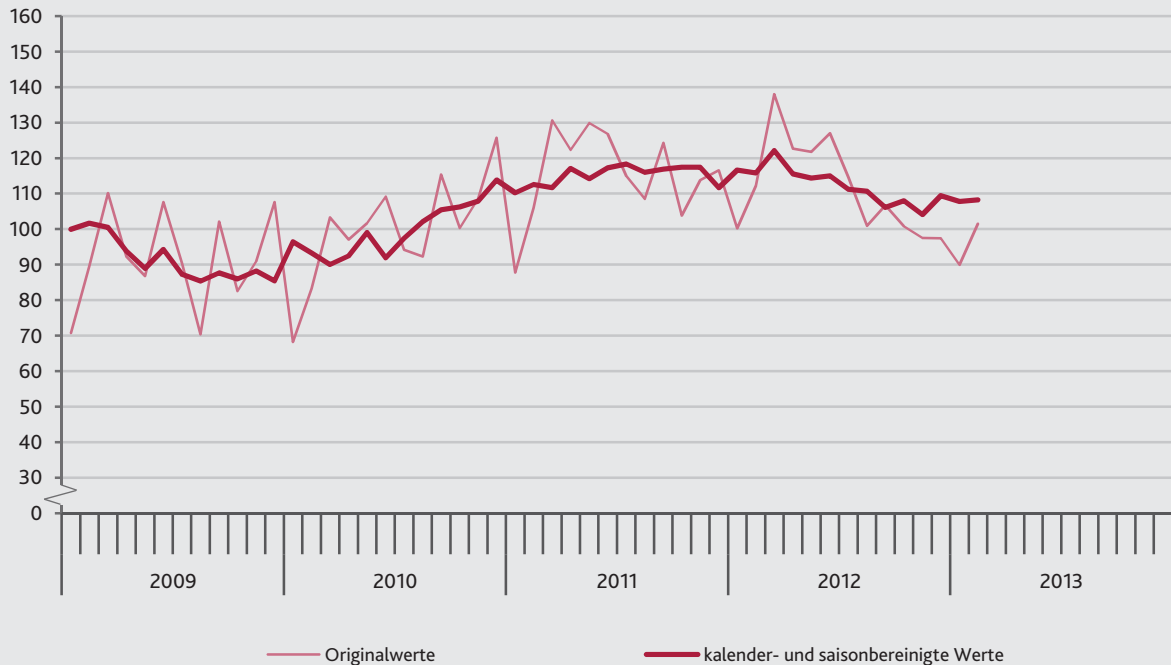


Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

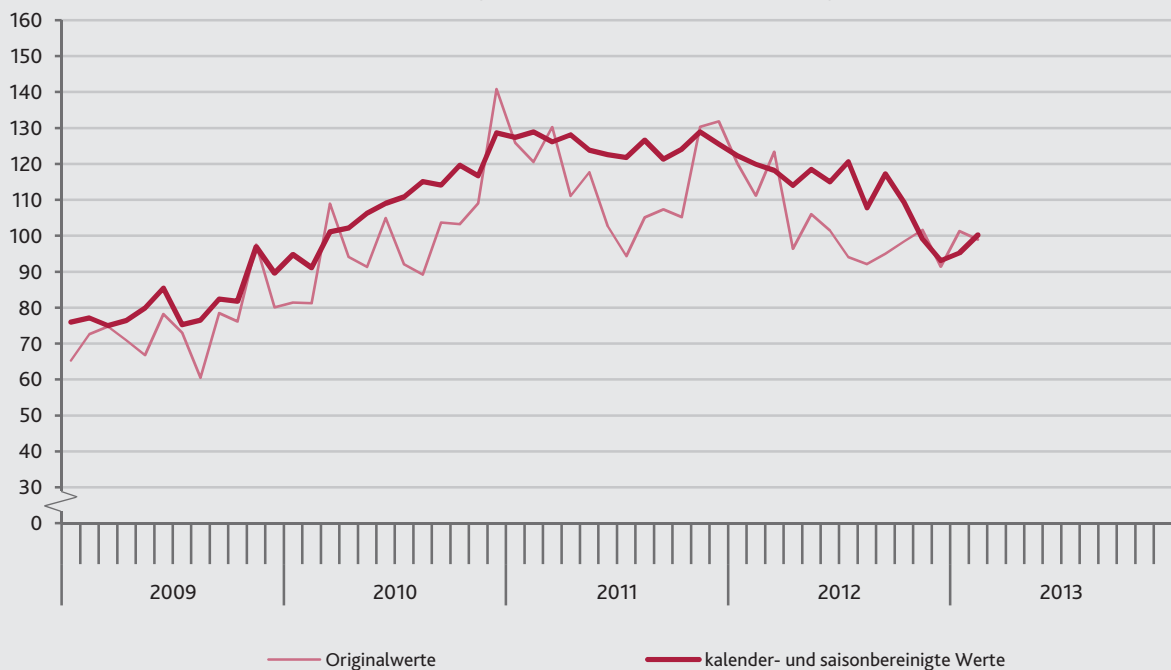
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

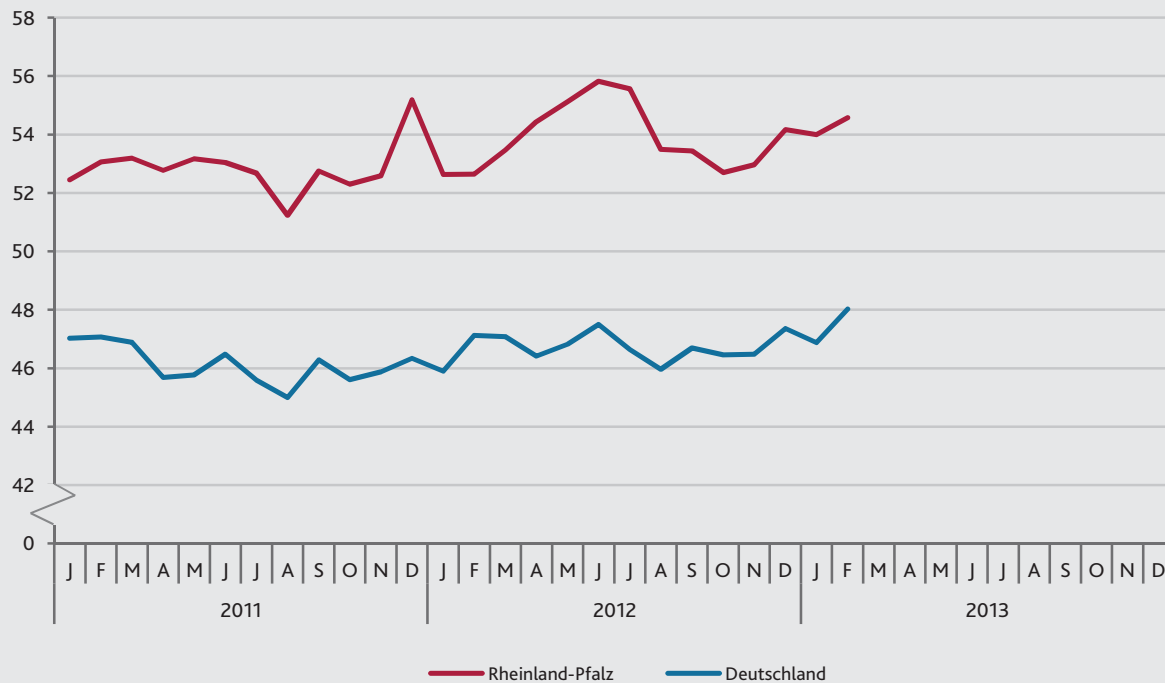
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

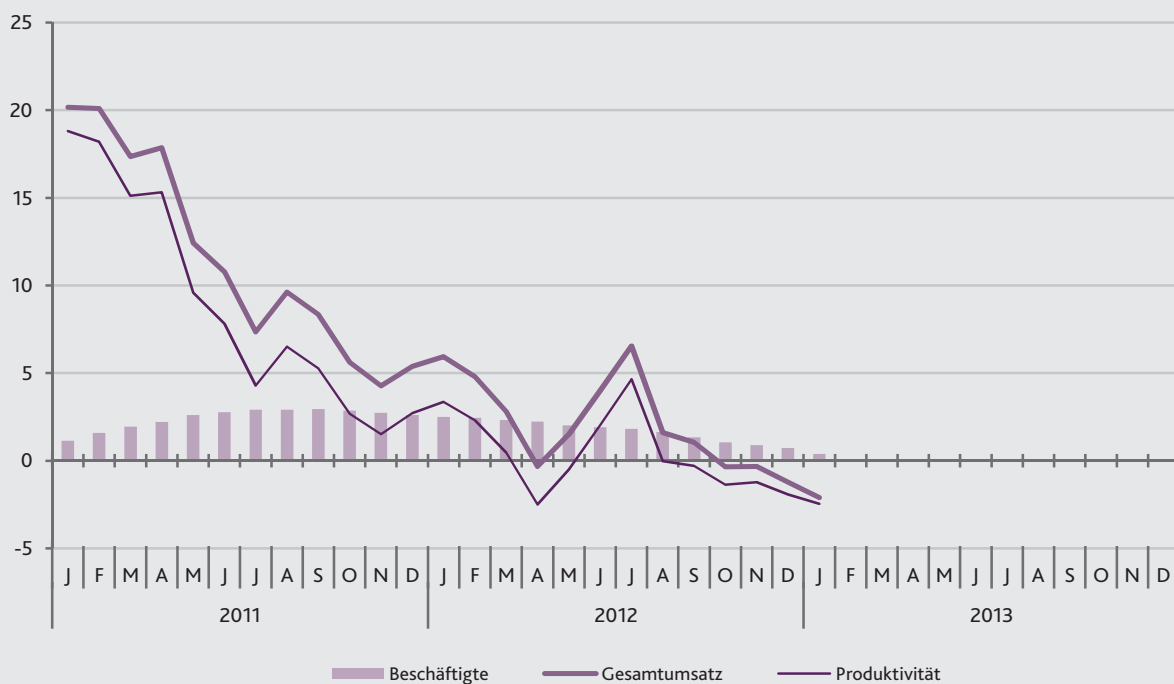
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



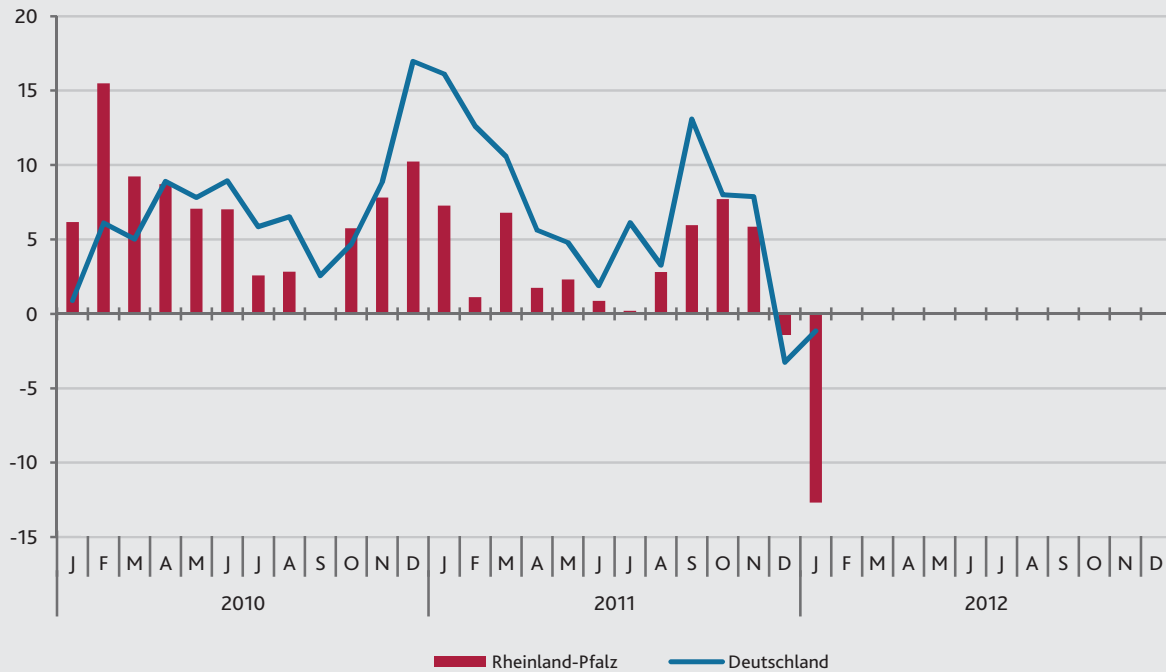
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

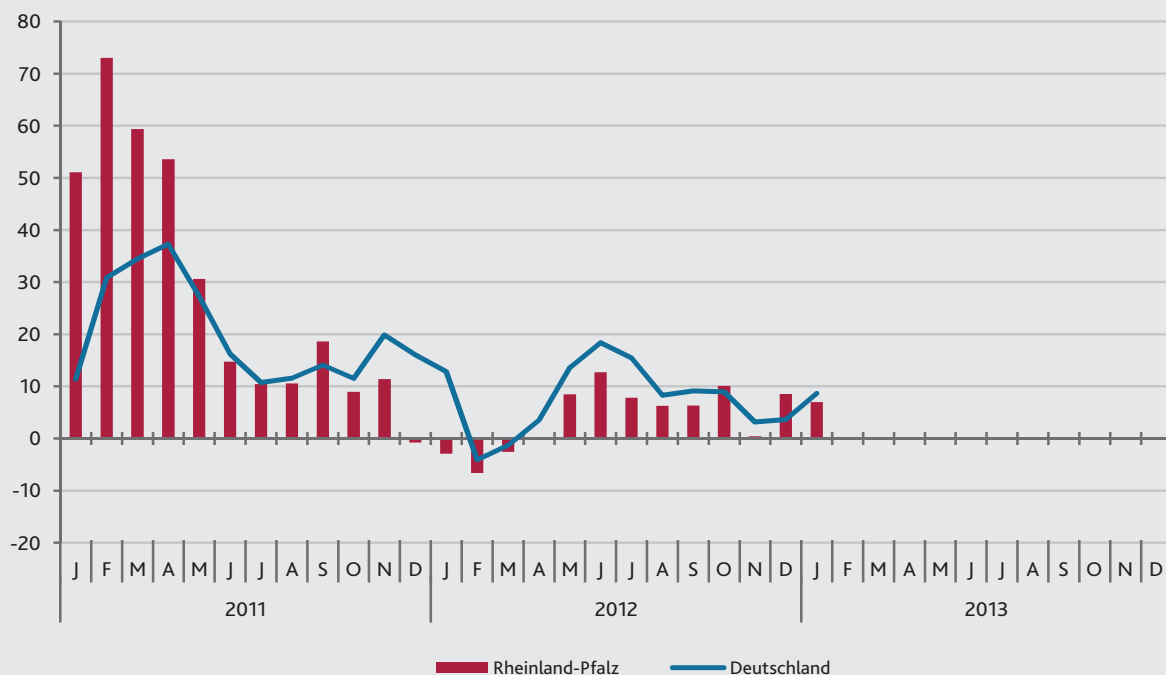


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



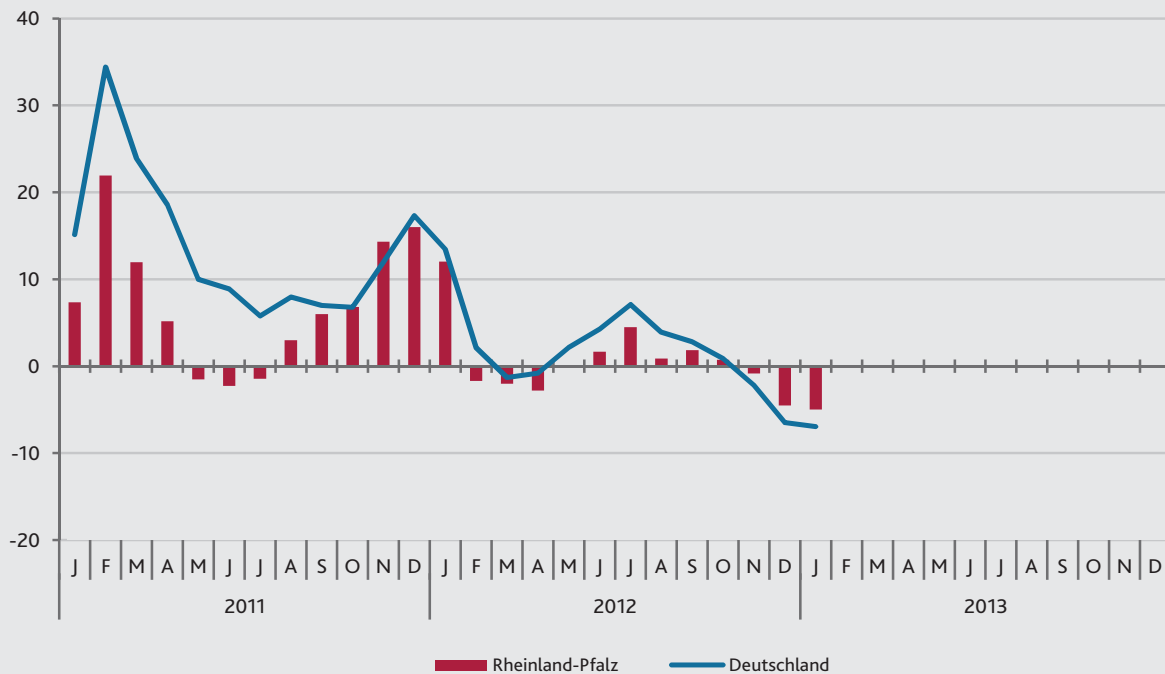
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

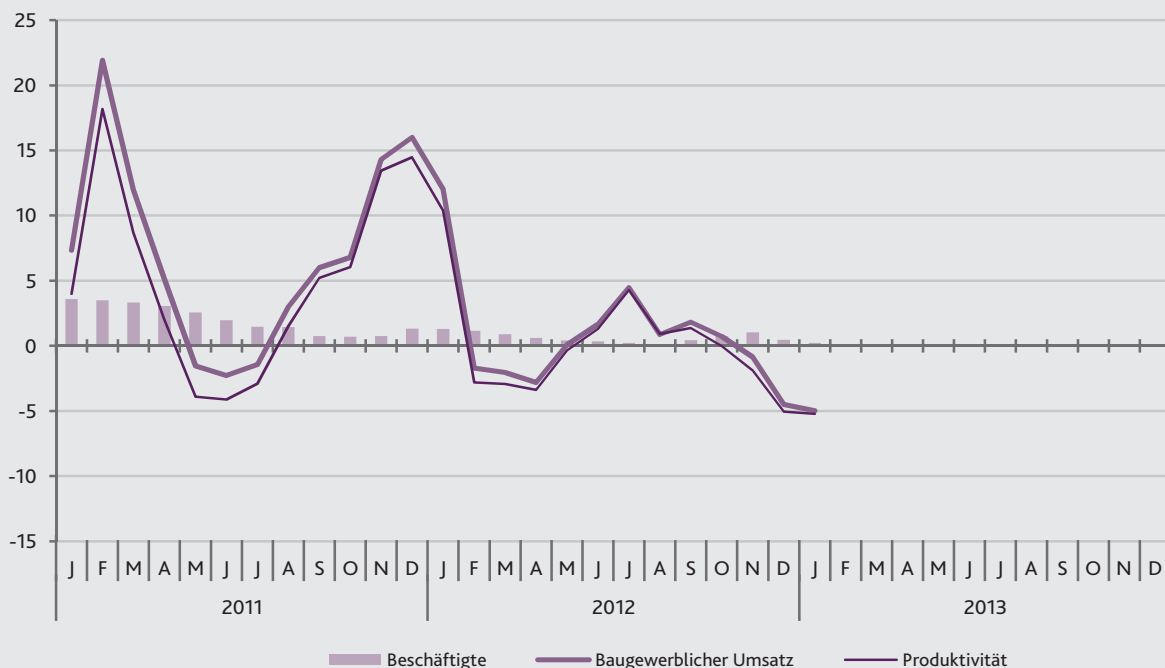


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

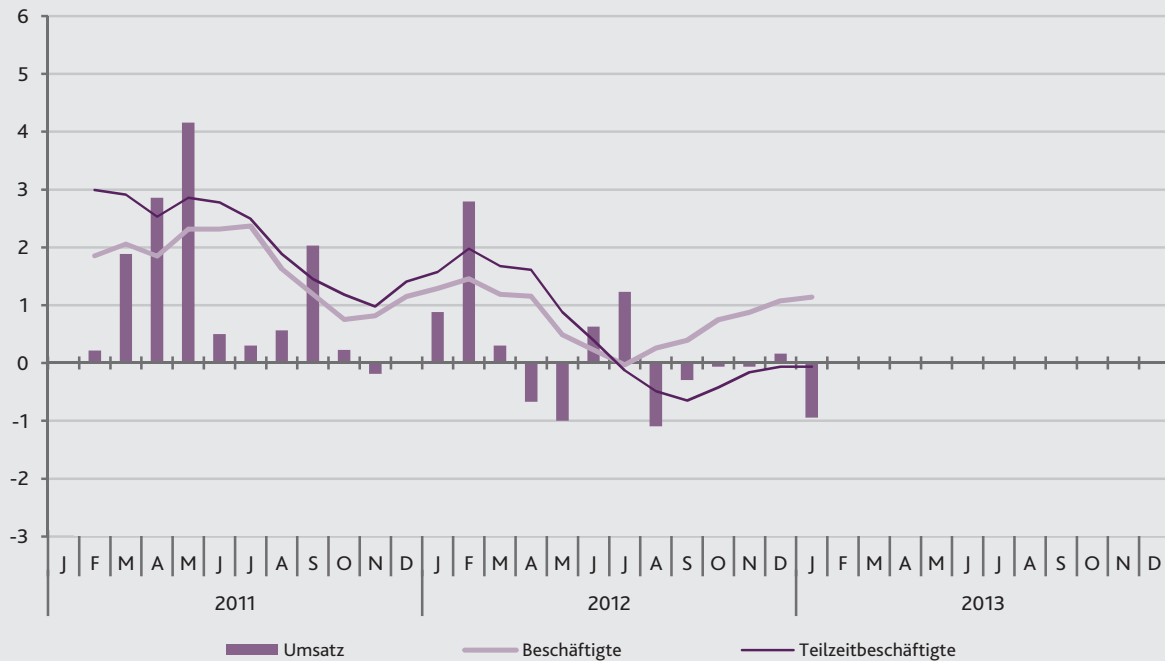


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

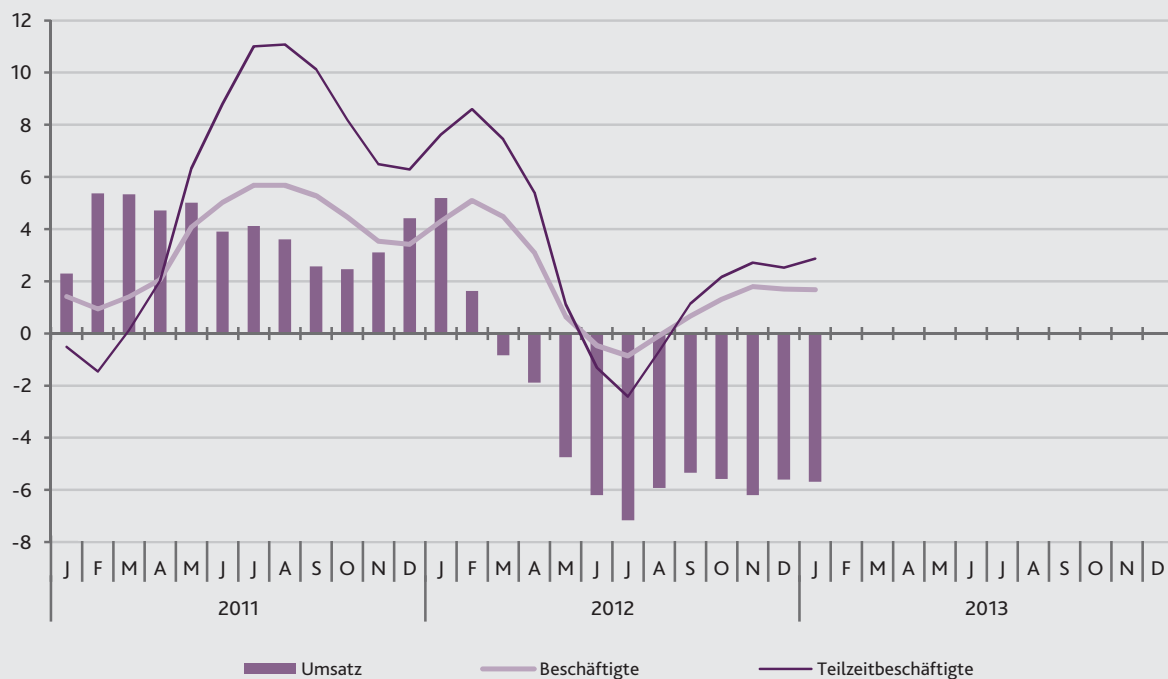


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

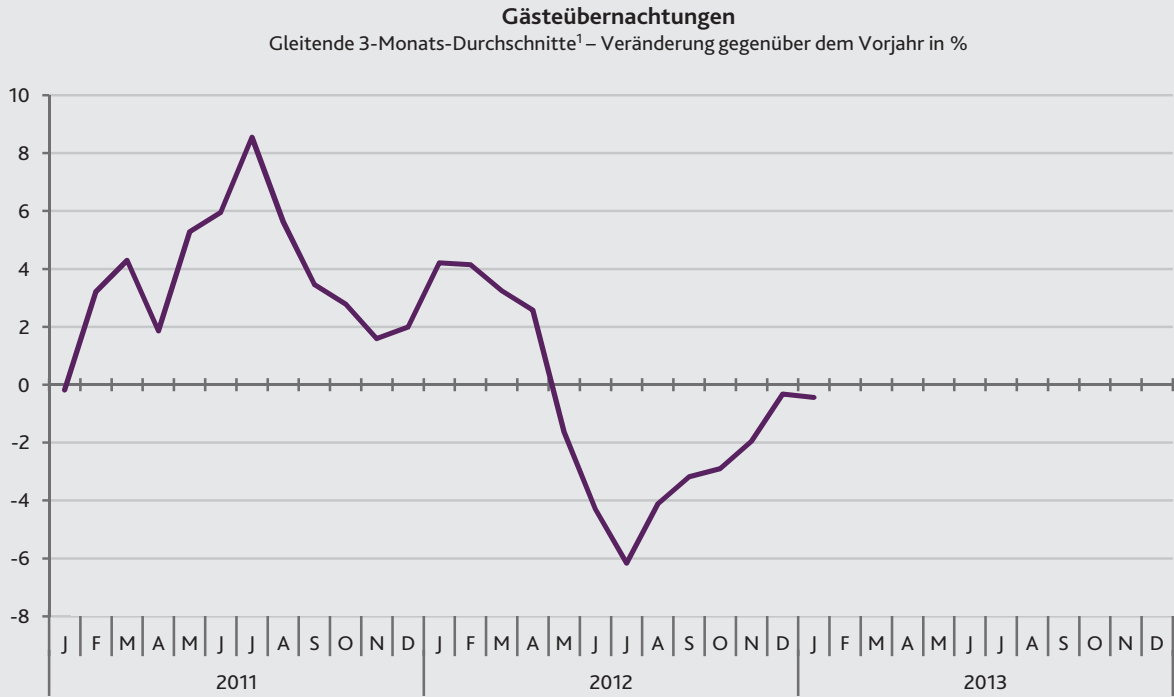
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



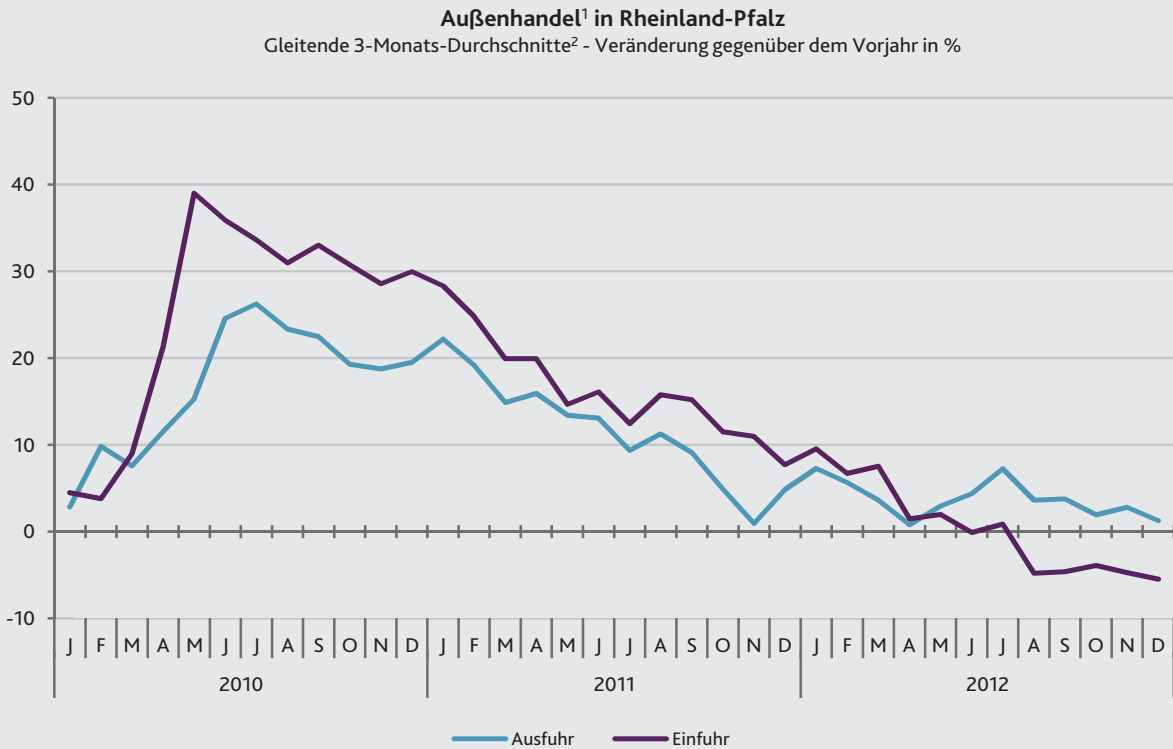
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



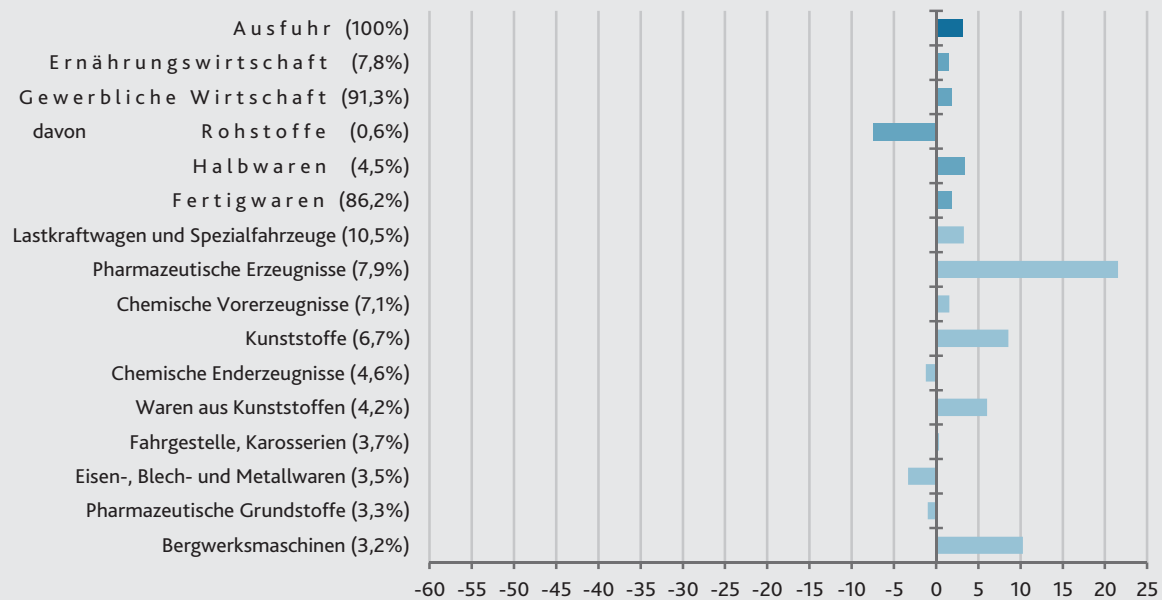
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2012 - Januar 2013 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

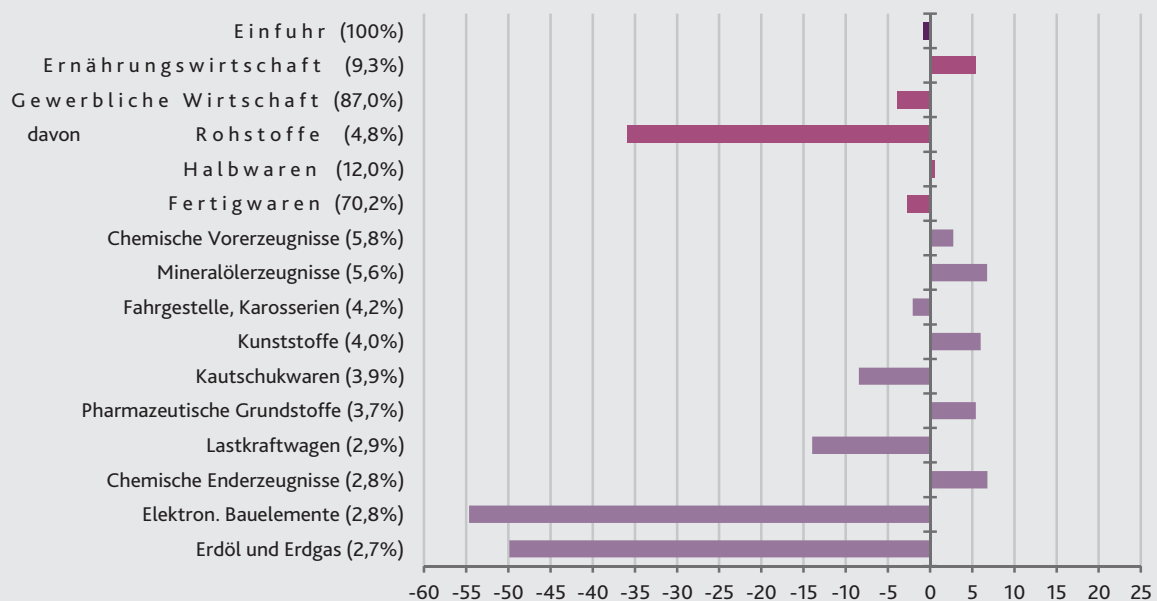


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2012 - Januar 2013 nach Warengruppen¹

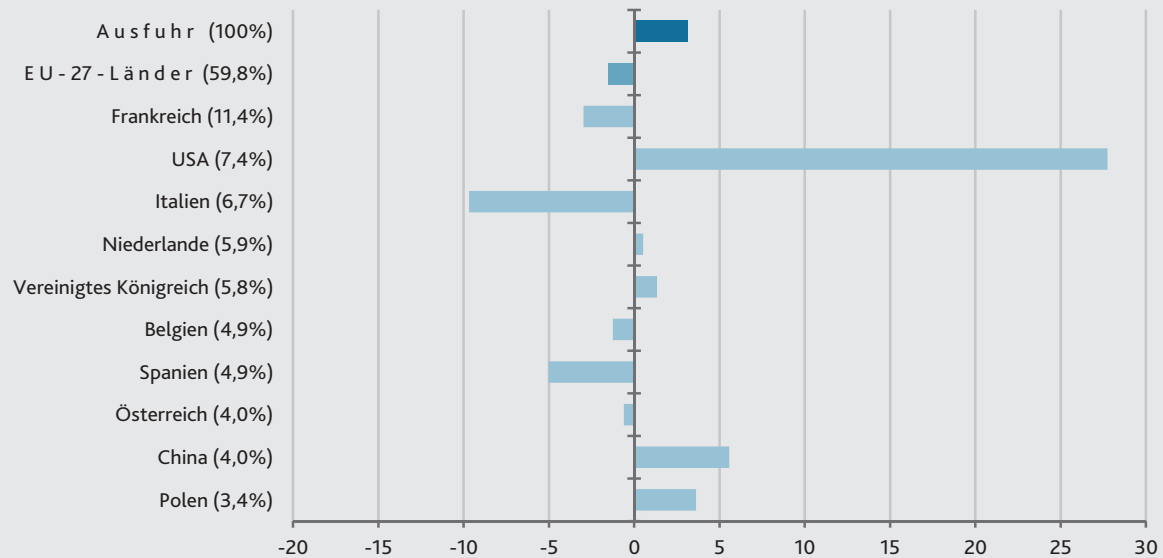
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

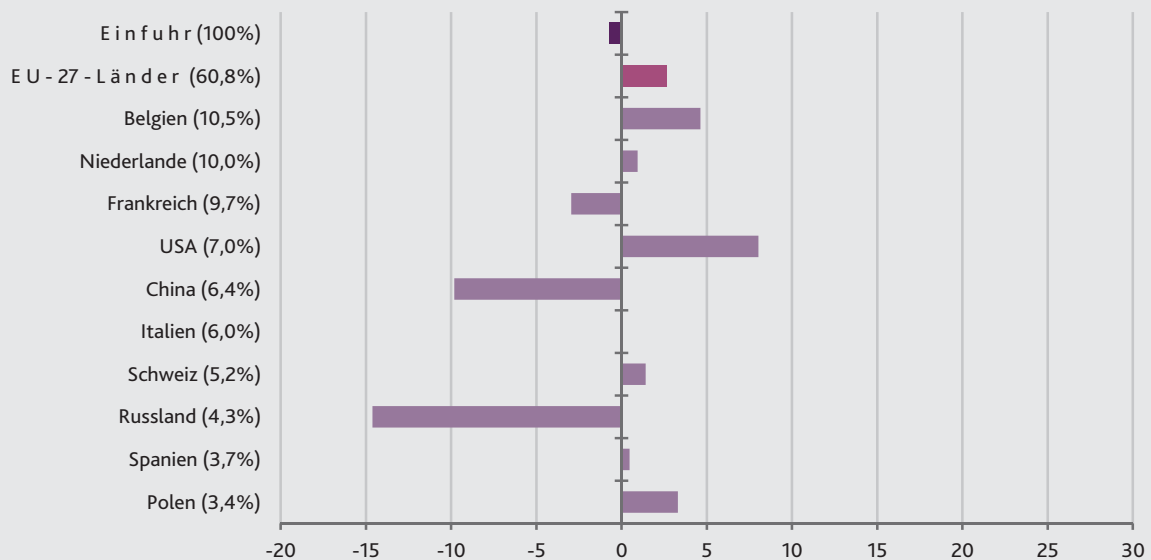
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2012 - Januar 2013 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

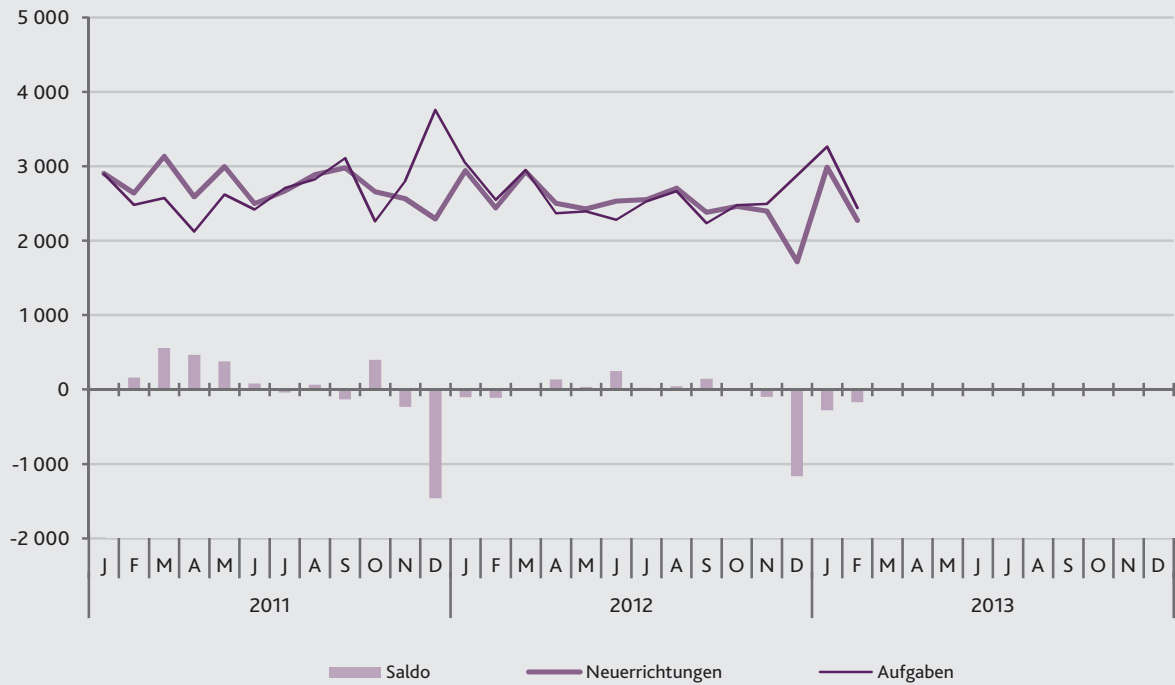
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2012 - Januar 2013 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

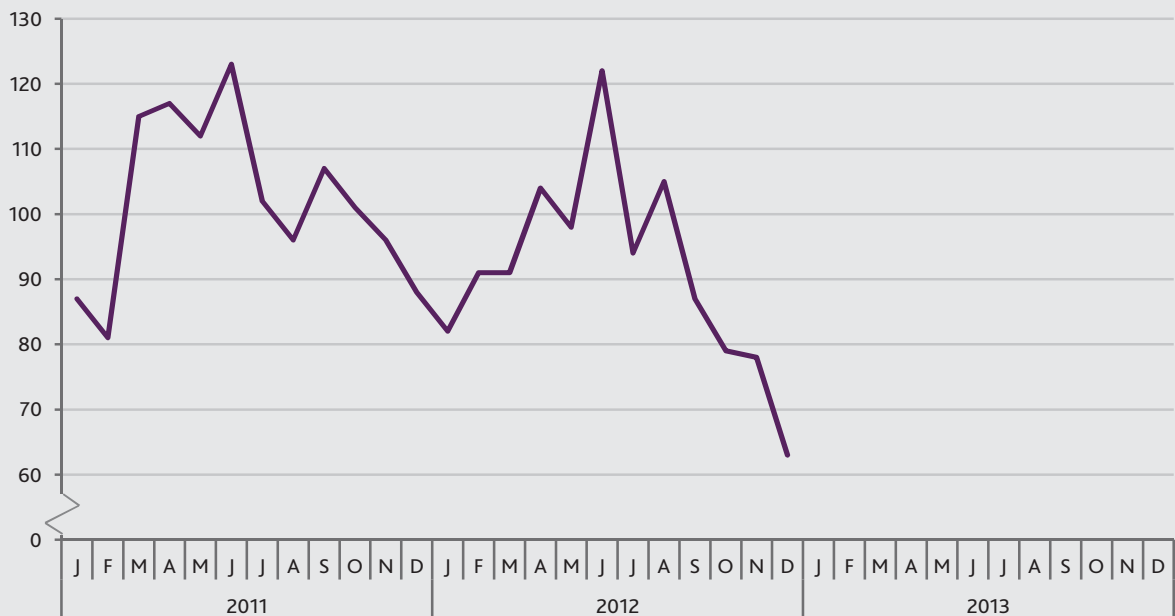
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



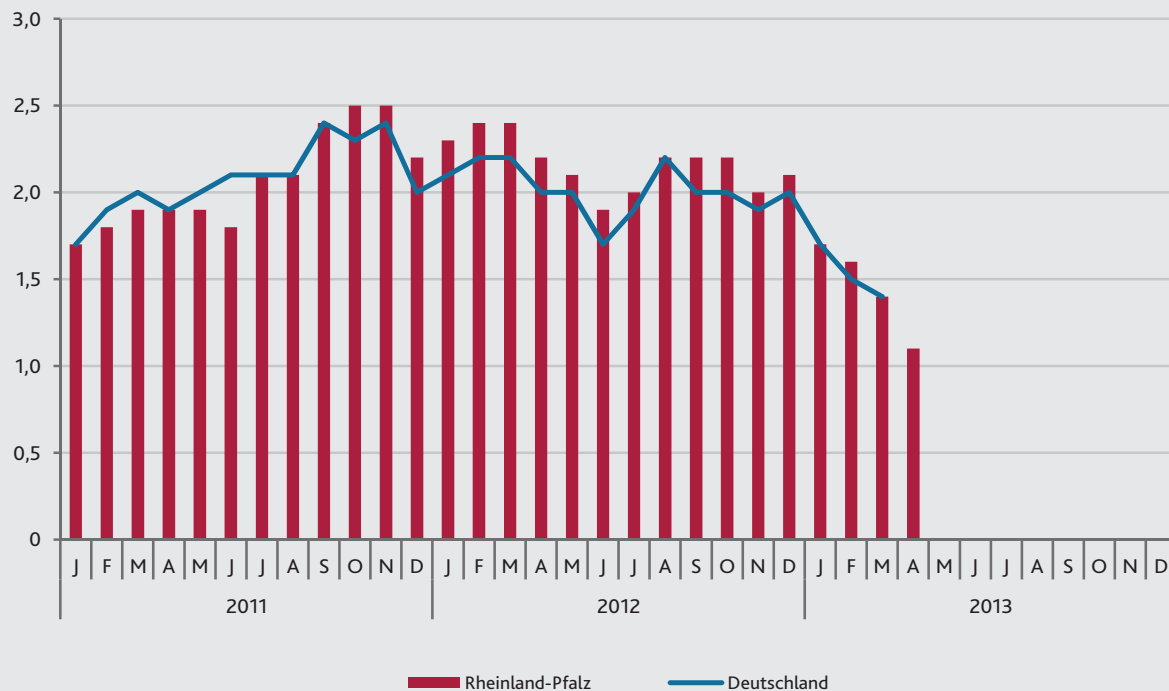
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



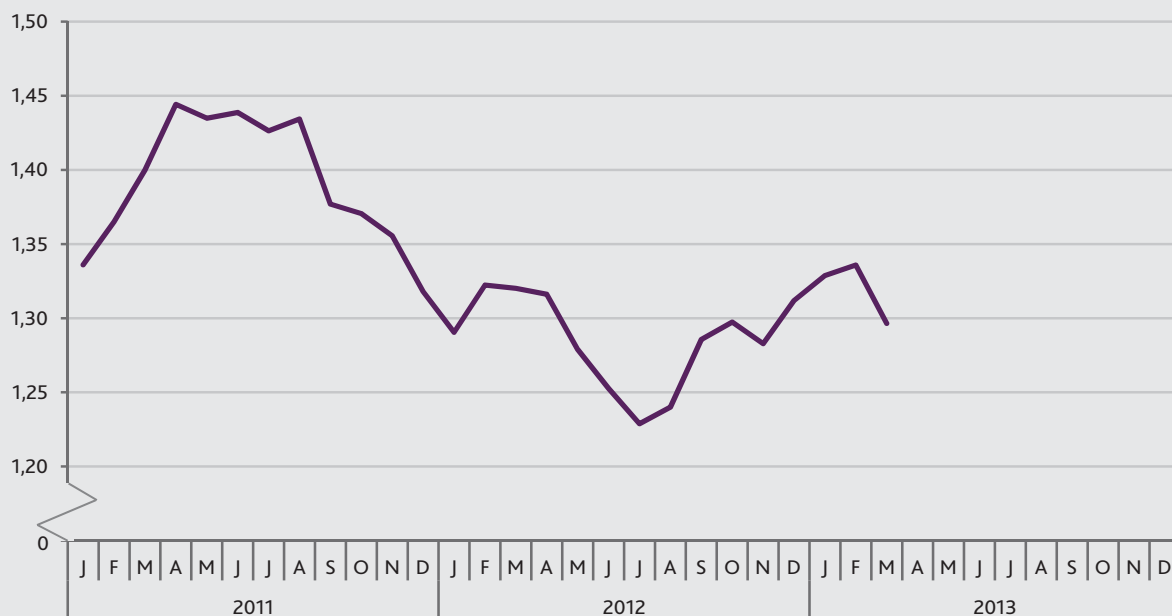
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

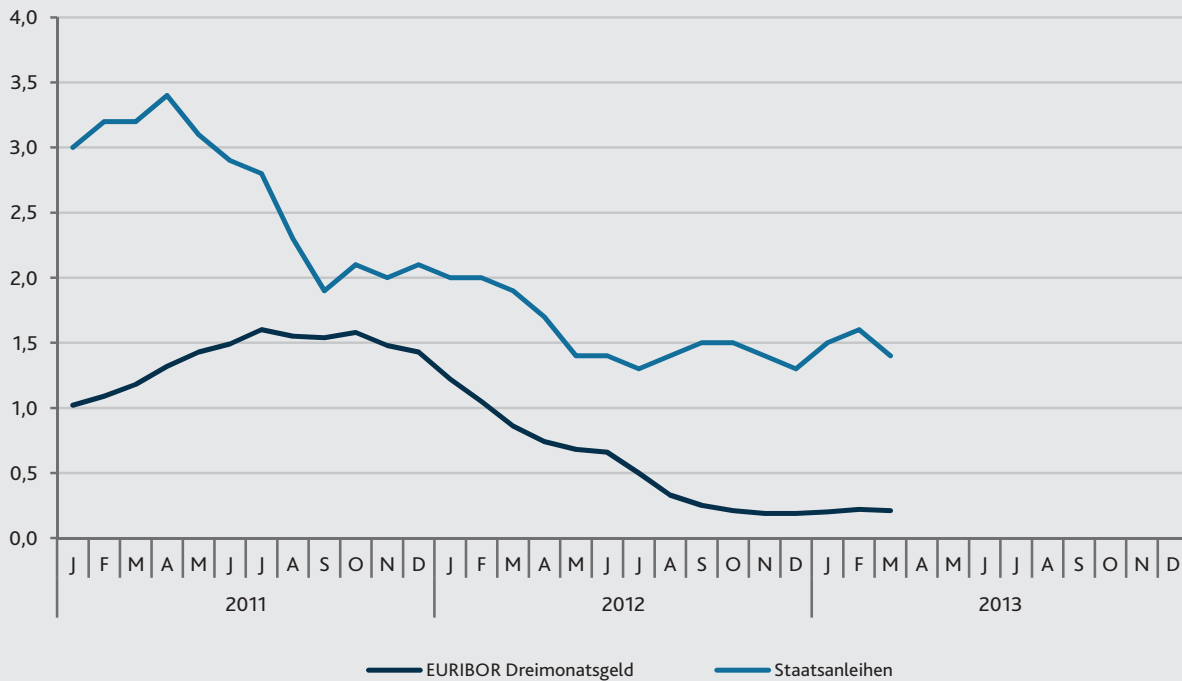
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

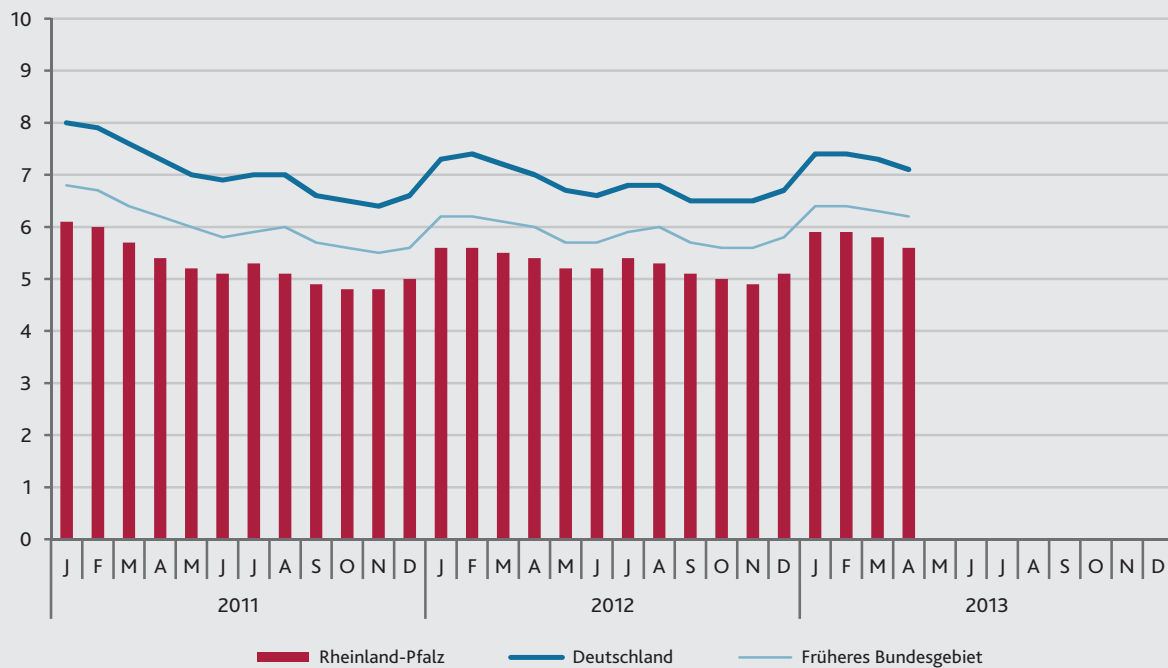
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

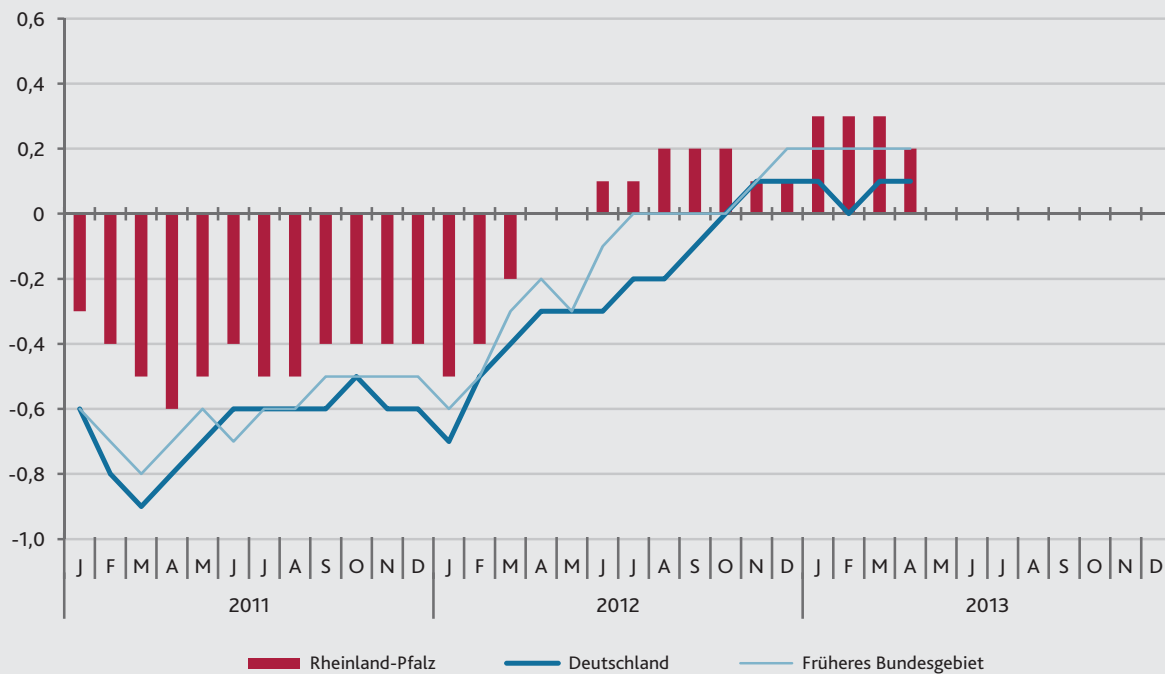
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

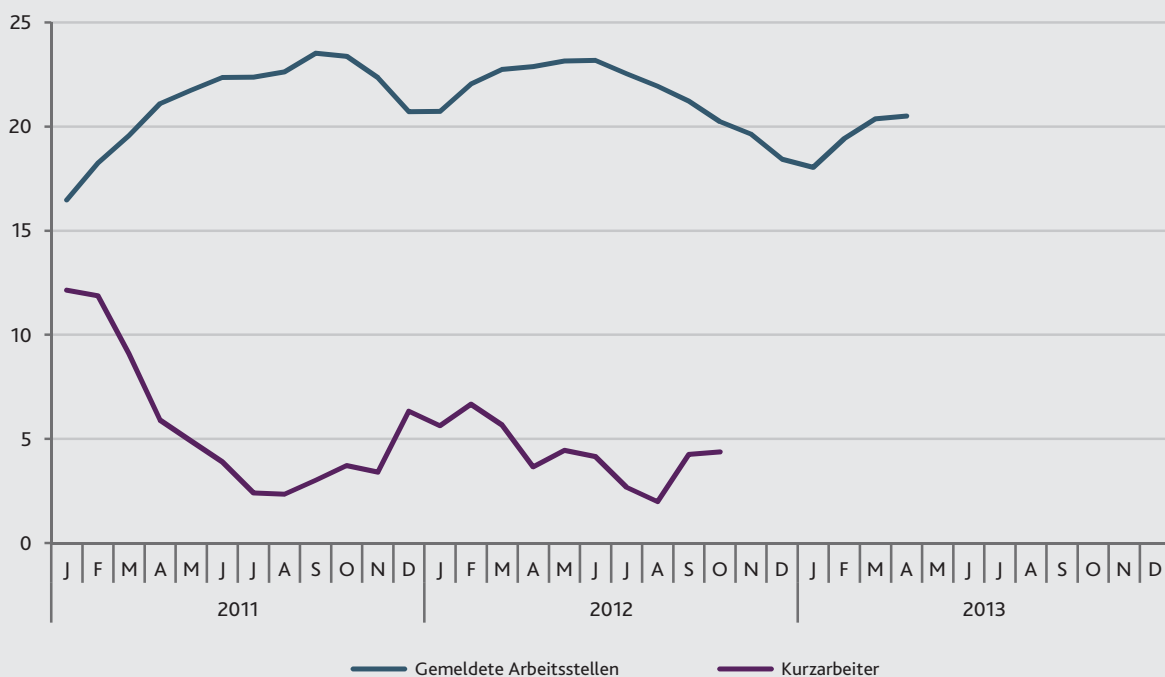
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

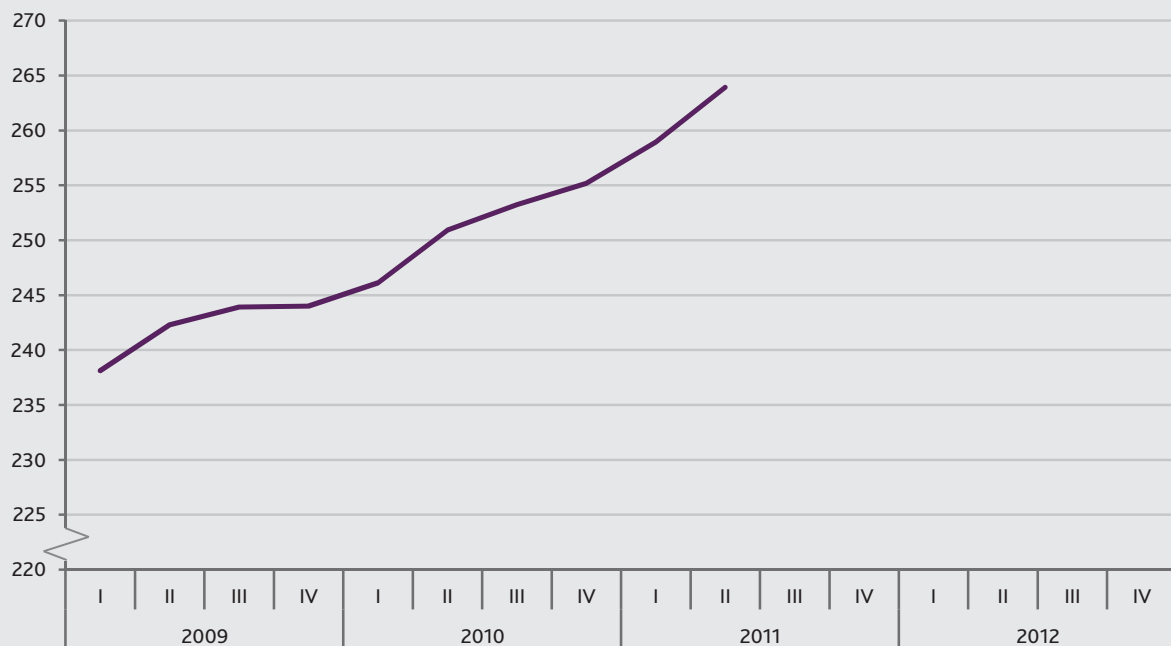
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

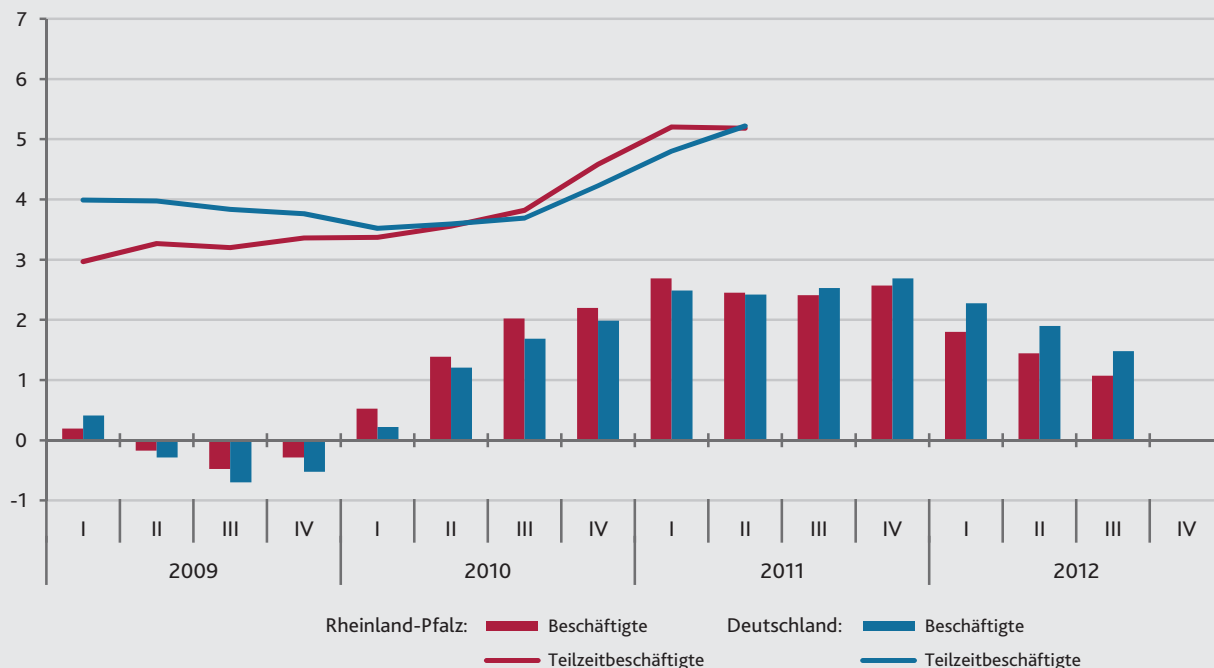


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

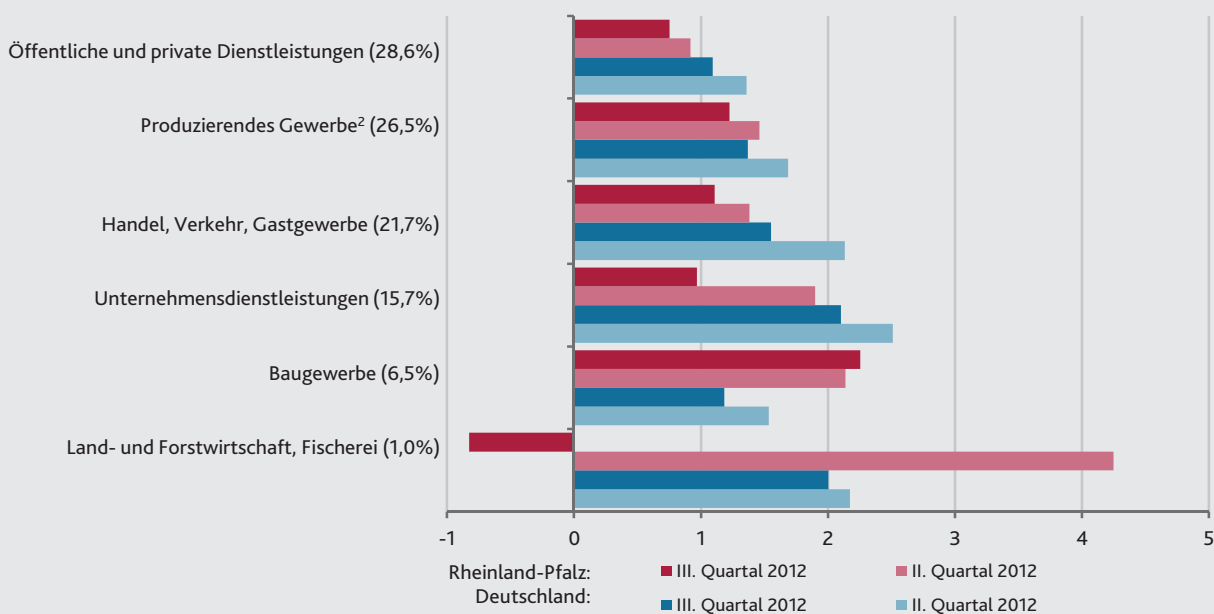


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

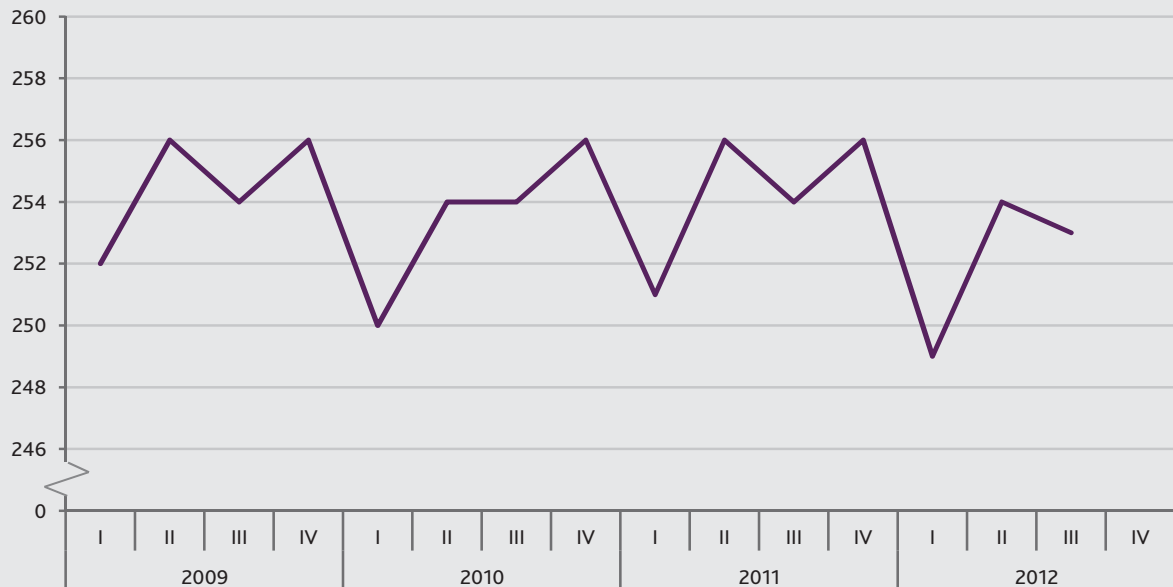
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

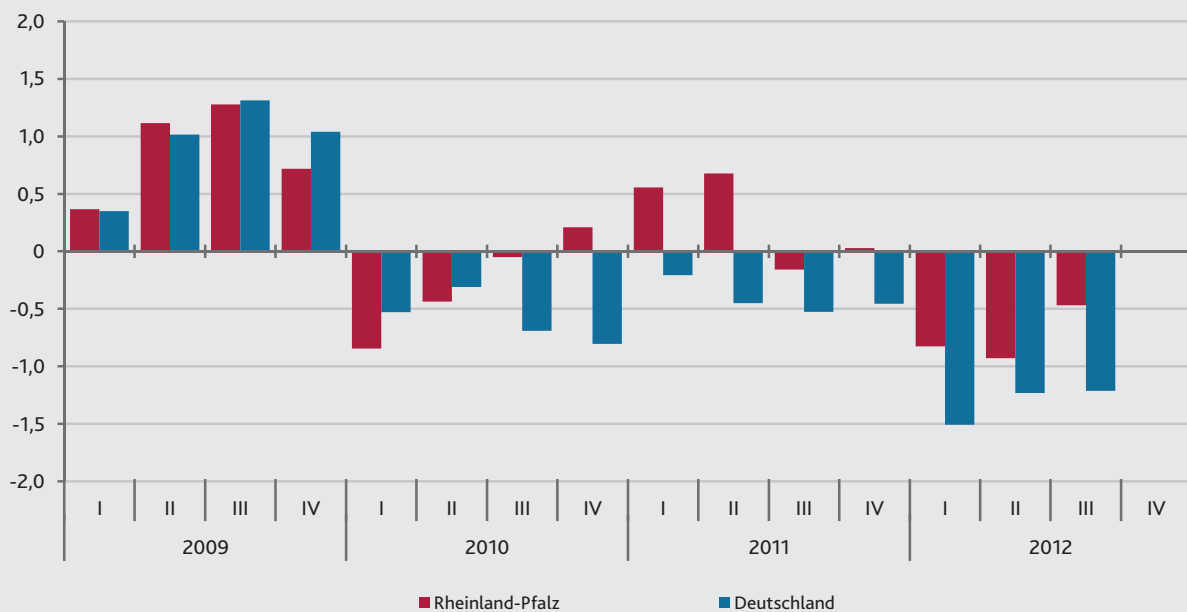
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

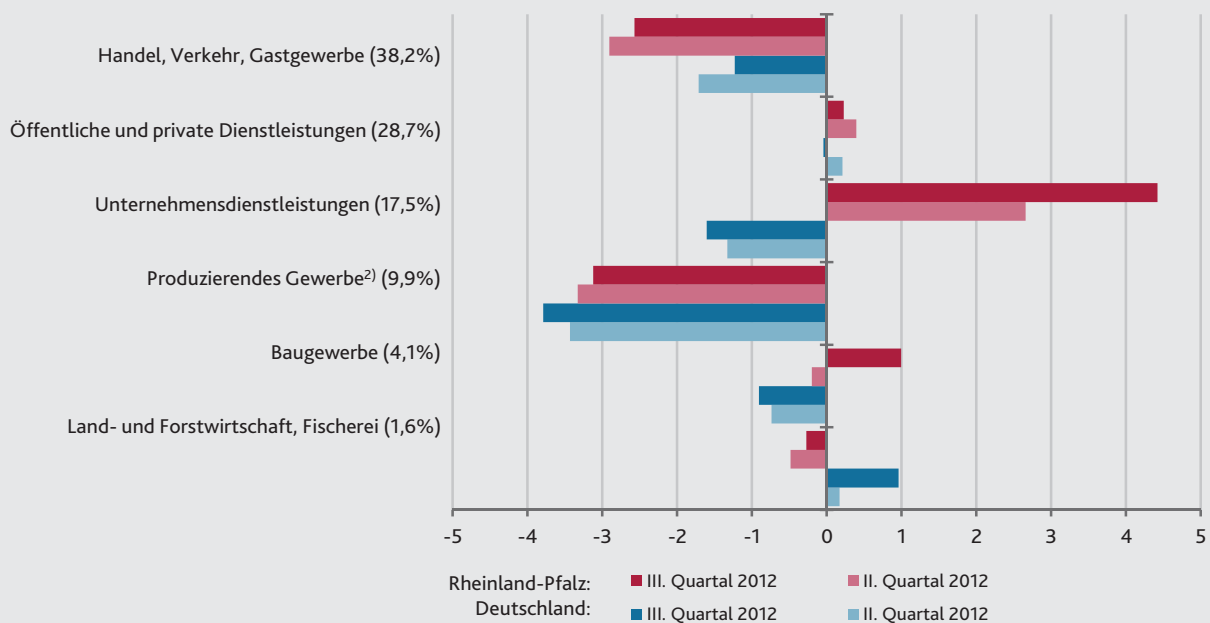
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. April 2013.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von an-

deren in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mit helfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung

der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt

des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 083	137 842
752	134 121	126 824	133 450	125 432
6 058	134 545	157 264	113 035	110 138
134 628	157 827	111 776	80 756	77 082
157 811	113 035	84 980	63 568	61 111
113 466	84 980	64 829	77 648	92 396
87 007	64 829	78 146	92 396	125 873
65 282	78 146	94 429	125 873	103 801
78 320	94 429	125 677	103 801	69 027
95 409	125 677	103 801	69 027	69 027

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 ¹	3 999 ¹	4 001	4 000	3 999	3 999	4 001	4 000	...
darunter Ausländer ²	1 000	309 ¹	315 ¹	316	316	315	324	326	327	...

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 681	1 684	1 457	1 537	2 114	2 000	1 499	1 002	...
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 631	2 590	2 698	2 435	3 140	2 555	2 949	2 585	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	7,9	7,4	9,2	7,8	8,7	7,9	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 622	3 637	3 488	3 681	4 396	3 186	3 857	3 633	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	10,3	11,2	12,9	9,7	11,4	11,0	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	9	11	9	11	12	12	11	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	4,1	3,7	3,5	4,7	4,1	4,3	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	- 1 047	- 790	- 1 246	- 1 256	- 631	- 908	- 1 048	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 2,3	- 3,8	- 3,7	- 1,9	- 2,7	- 3,2	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	11 078	8 734	7 144	9 951	13 003	8 673	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	3 937	3 258	2 381	4 520	5 073	3 427	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	9 751	8 104	7 180	9 140	10 609	8 014	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 221	2 464	2 433	2 382	2 691	2 484	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	1 327	630	- 36	811	2 394	659	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 576	12 938	13 968	12 560	11 904	12 555	15 537	12 891	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{8,9}

Beschäftigte ^{8, 9}	Einheit	2009	2010		2011				2012	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 201	1 218	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263	1 259	1 266
* Frauen	1 000	549	558	569	570	571	585	584	580	580

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2009	2010		2011				2012	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	76	78	76	79	84	87	82	86	91
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	255	259	264
* darunter Frauen	1 000	208	214	218	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	9	11	12	12	9	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	404	407	411	419	414	415	417
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	268	267	270	278	274	272	274
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	188	192	195	201	197	198	199
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	362	362	359	367	369	365	363

Arbeitsmarkt⁴

Arbeitsmarkt ⁴	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	118 320	114 595	112 909	123 593	124 278	121 661	118 585
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	53 062	52 287	52 992	55 151	54 959	54 725	54 227
Männer	Anzahl	58 603	58 774	65 258	62 308	59 917	68 442	69 319	66 936	64 358
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	40 987	42 428	47 424	44 091	41 507	52 571	53 382	50 297	47 264
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	70 067	68 651	70 896	70 504	71 402	71 022	70 896	71 364	71 321
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,3	5,3	5,6	5,5	5,4	5,9	5,9	5,8	5,6
* Frauen	%	5,4	5,3	5,4	5,3	5,4	5,6	5,6	5,5	5,5
* Männer	%	5,2	5,2	5,8	5,6	5,4	6,1	6,2	6,0	5,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	5,2	4,9	4,7	5,1	5,4	5,2	5,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	2,9	2,8	2,9	2,9	3,0	3,0	3,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	6,1	6,0	5,9	6,4	6,3	6,2	6,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	6,6	6,5	6,4	7,0	6,9	6,8	6,6
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	12,9	12,7	12,5	13,5	13,7	13,4	13,0
Deutsche	%	4,8	4,8	5,1	4,9	4,9	5,3	5,3	5,2	5,1
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	5 754	...	6 654	5 664	3 653
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 201	21 513	21 831	22 569	22 871	18 032	19 433	20 374	20 498

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	216 783	219 773	222 124	213 532	213 660	216 555	...
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	111 924	113 257	114 251	110 452	110 454	111 869	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	153 834	156 106	157 882	151 117	151 263	153 480	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	62 949	63 667	64 242	62 415	62 397	63 075	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	60 586	61 298	61 770	60 088	60 058	60 723	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	452	552	425	455	465	454	410	553	406
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	385	434	439	425	372	521	378
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	1	2	1	3	1	1	...
Unternehmen	Anzahl	50	66	34	34	39	39	85	80	48
private Haushalte	Anzahl	401	484	390	419	425	412	324	472	358
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	741	660	813	754	714	880	777
* Umbauter Raum	1 000 m ³	464	595	499	479	518	504	481	594	521
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	112	94	91	96	95	91	114	97
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	3 745	3 633	3 760	3 763	3 604	4 597	3 889
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	121	156	133	130	140	140	129	167	138

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	135	125	89	99	135	90	124	82
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	13	7	8	13	8	10	9
Unternehmen	Anzahl	107	116	108	80	89	104	65	98	69
private Haushalte	Anzahl	4	6	4	2	2	18	17	16	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	9	16	9	1	11	9	4
* Umbauter Raum	1 000 m ³	748	977	487	850	1 179	471	960	549	315
* Nutzfläche	1 000 m ²	104	127	82	101	128	72	118	82	48
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	61	87	66	52	93	61	35

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	872	786	866	870	790	1 034	841
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	4 445	4 170	4 290	4 316	3 944	6 165	4 276

Landwirtschaft

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 541	11 060	12 330	11 519	10 532	11 683	10 249	11 757	10 535
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	3 083	2 109	1 905	2 515	1 810	1 897	1 701
darunter										
* Kälber ²	t	12	12	28	8	5	13	19	6	7
* Jungrinder	t	9	15	17	10	7	24	10	7	5
* Schweine	t	8 198	8 683	9 177	9 373	8 594	9 113	8 390	9 831	8 805
* Eierzeugung ³	1 000	12 188	13 472	13 213	14 253	14 196	13 503	14 951	15 383	16 055

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	1 001	997	1 000	1 007	1 007	979	986
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	238 784	244 658	247 259	246 476	246 916	250 210	249 174	247 663	246 690
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	29 641	32 472	32 224	32 661	28 052	32 640	30 629
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	909	863	875	1 280	937	897	898
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	6 605	6 423	6 969	7 197	6 106	6 722	6 747
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 609	3 888	3 289	3 862	4 037	4 097	3 093	3 977	3 871
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	2 044	1 342	1 702	1 753	1 760	1 409	1 637
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	92	101	107	105	83	88	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 180	1 118	1 122	1 241	1 169	1 247	1 153
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	1 926	2 242	2 425	2 390	1 912	2 384	2 361
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	1 072	590	859	927	892	673	833
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	3 645	3 381	3 669	3 812	3 307	3 630	3 682
Exportquote ⁷	%	52,1	52,9	55,2	52,6	52,6	53,0	54,2	54,0	54,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	100,0	104,3	97,1	107,9	109,2	97,6	89,9	104,4	102,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	100,0	97,9	81,8	106,3	105,2	96,4	87,7	104,7	101,7
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	100,0	114,6	122,3	110,6	117,6	101,5	97,3	106,5	106,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Einheit	2010	2011		2012				2013	
	Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
2010=100	100,0	108,3	90,4	143,8	106,9	87,6	72,6	116,5	85,2
2010=100	100,0	96,8	80,7	100,4	98,1	89,9	74,7	92,5	88,5
2010=100	100,0	95,1	76,2	106,3	105,1	92,5	92,7	107,4	104,8
2010=100	100,0	114,9	112,5	105,4	123,1	100,6	100,3	111,7	110,6

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	164	168	167	172	172	170	170	174	174
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 470	9 495	9 621	9 586	9 570	9 788	9 729	9 707	9 693
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 205	1 193	1 131	1 282	1 216	1 272	1 055	1 272	1 171
* Entgelte ³	Mill. EUR	36	37	36	34	34	55	39	37	36

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	507	502	484	493	466	531	474
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	493	486	469	477	450	514	458

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	38 068	37 410	37 176	38 797	38 267	37 404	37 239
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	3 069	2 775	2 253	4 358	2 741	2 291	2 588
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 292	1 219	1 032	1 860	1 273	1 064	1 226
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	873	934	782	725	604	983	684	606	676
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	995	831	617	1 515	784	621	686
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	451	331	251	738	323	234	261
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	90	79	69	110	87	74	68

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2010	2011		2012				2013	
			Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	356	383	480	202	220	484	435	203	219
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	143	79	96	156	136	85	89	
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	94	104	141	53	56	130	148	57	64	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	197	70	69	198	151	61	66	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	91	28	25	104	66	21	21	

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁴	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	362	353	354	352	352	395	395	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 268	13 485	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138	14 886
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930	4 798
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	97	99	107	106	110	112	118
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	364	387	477	341	459	453	530

Handel⁶**Großhandel^{p, 7}**

Großhandel ^{P, 7}	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,9	121,3	119,9	120,0	122,3	122,0	122,7	122,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,1	132,0	130,3	130,0	133,6	134,5	138,6	138,3
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	113,6	120,7	113,2	95,7	104,5	119,7	110,8	103,0	97,5
* Umsatz real ⁹	2005=100	103,0	105,7	100,0	84,2	90,4	103,2	95,2	88,1	83,6

Einzelhandel^{p, 9}

* Beschäftigte	2010=100	100,0	101,6	102,8	102,0	101,8	103,7	103,7	103,1	103,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,0	102,2	103,6	103,2	102,6	103,5	103,4	102,9	102,9
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	100,0	102,6	118,6	92,2	92,3	107,5	117,8	96,3	91,3
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,0	101,2	116,7	90,5	89,7	103,3	113,7	92,9	87,5

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1, 2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	2010=100	100,0	102,2	104,1	103,4	102,7	104,4	104,3	102,8	103,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,0	103,2	107,9	106,8	106,7	109,6	110,4	111,3	113,6
* Umsatz nominal ³	2010=100	100,0	106,3	99,7	86,3	92,6	99,9	81,1	80,2	79,7
* Umsatz real ³	2010=100	100,0	104,6	97,5	84,3	90,4	96,7	79,0	78,2	77,9

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2005=100	105,8	109,7	106,8	103,3	105,0	109,9	109,0	104,4	107,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	121,4	119,2	115,0	117,3	122,0	123,0	117,4	121,2
* Umsatz nominal ³	2005=100	101,6	107,4	108,3	78,8	80,4	93,4	102,6	76,5	78,3
* Umsatz real ³	2005=100	92,6	96,5	96,9	70,4	71,7	81,9	90,2	66,9	68,3

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	640	684	409	335	376	510	411	326	363
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	96	65	80	97	93	59	74
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	1 061	884	972	1 208	1 082	871	938
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	242	163	201	239	241	147	189

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 886	1 931	1 898	2 059	1 651	1 942	1 710	1 786	1 495
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 232	1 240	976	1 289	1 094	1 018	857
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	18	15	13	14	17	11	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	13	10	5	9	12	5	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	3	1	-	2	2	1	-
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	-	1	2	-	1	-
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	3	6	-	1	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	1 570	1 592	1 240	1 712	1 441	1 310	1 115

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011		2012				2013
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	260	240	200	304	255	226
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	133	151	108	126	159	137
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	73	75	47	18	22	80	23	10
Radfahrer	Anzahl	43	50	38	13	21	42	25	20
Fußgänger	Anzahl	31	34	34	50	42	34	37	43

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2010	2011		2012				2013
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Zulassungen fabrikneuer									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	11 088	9 792	11 570	11 346	9 204	9 321
darunter									
Krafträder	Anzahl	609	608	75	186	338	173	86	194
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 154	10 699	9 395	8 331	9 958	9 862	8 011	8 024
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	1 123	943	936	970	785	834
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	388	285	276	235	247	226

Personenbeförderung

	Einheit	2010	2011			2012			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	55 244	49 859	55 876	56 012	54 910	45 803
Personenkilometer ³	Mill.	530	537	534	478	594	528	455	391

Binnenschifffahrt

	Einheit	2010	2011		2012				2013
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gütereingang	1 000 t	1 153	1 064	889	962	1 040	1 161	1 149	958
* Güterversand	1 000 t	930	778	598	666	724	907	906	703

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 737	3 671	3 315	3 741	4 026	3 743	3 137
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	301	266	265	336	277	271
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 411	3 333	3 018	3 415	3 623	3 386	2 775

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit		2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	24	22	21	20	25	18	20	18
* Halbwaren	Mill. EUR	152	168	149	141	168	206	180	133	185
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 220	3 162	2 855	3 226	3 391	3 188	2 622	3 350
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	848	676	1 027	967	892	692	1 182
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 298	2 314	2 180	2 199	2 424	2 296	1 930	2 168
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 328	2 612	2 583	2 240	2 489	2 761	2 598	2 027	2 567
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 023	2 235	2 205	1 925	2 148	2 362	2 178	1 732	2 239
Belgien	Mill. EUR	172	184	179	151	175	193	163	137	186
Luxemburg	Mill. EUR	52	58	63	53	62	62	53	50	48
Dänemark	Mill. EUR	34	36	33	34	38	42	37	25	35
Finnland	Mill. EUR	25	29	29	33	34	29	27	30	28
Frankreich	Mill. EUR	370	428	411	370	396	407	376	343	443
Griechenland	Mill. EUR	30	29	26	19	32	45	45	20	47
Großbritannien	Mill. EUR	201	217	243	196	220	268	236	192	217
Irland	Mill. EUR	9	9	9	10	11	9	11	8	10
Italien	Mill. EUR	247	251	226	180	243	235	207	158	219
Niederlande	Mill. EUR	205	221	183	209	203	242	218	195	232
Österreich	Mill. EUR	136	150	153	139	138	170	148	114	141
Schweden	Mill. EUR	58	66	64	59	68	65	65	47	64
Spanien	Mill. EUR	171	183	200	140	184	186	168	124	182
Portugal	Mill. EUR	20	22	20	18	21	19	30	16	28
* Afrika	Mill. EUR	82	90	91	94	69	105	91	90	85
* Amerika	Mill. EUR	452	457	425	441	641	524	451	451	709
darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	273	271	447	340	262	296	524
* Asien	Mill. EUR	474	538	527	495	504	582	559	510	585
darunter nach China	Mill. EUR	118	149	124	119	128	139	161	149	163
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	45	45	39	54	44	58	32

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 625	2 594	2 559	2 555	2 734	2 533	2 222	2 561
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	243	262	271	255	286	265	254	276
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 282	2 235	2 197	2 194	2 285	2 123	1 818	2 059
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	126	144	150	57	45	36	43	45
* Halbwaren	Mill. EUR	293	314	263	284	321	285	372	296	299
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 842	1 828	1 762	1 817	1 956	1 716	1 479	1 715

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2010	2011			2012				2013
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	520	500	431	546	604	543	427	541
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 322	1 328	1 331	1 270	1 351	1 173	1 053	1 174
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 657	1 893	1 826	1 862	1 764	2 030	1 893	1 642	1 848
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 398	1 595	1 484	1 554	1 451	1 741	1 617	1 427	1 609
	Belgien	Mill. EUR	240	275	255	255	245	295	288	256	285
	Luxemburg	Mill. EUR	36	44	45	41	42	44	40	42	40
	Dänemark	Mill. EUR	24	14	14	15	15	18	19	14	18
	Finnland	Mill. EUR	11	12	10	8	7	11	10	7	6
	Frankreich	Mill. EUR	225	253	225	241	215	265	239	206	229
	Griechenland	Mill. EUR	8	8	7	9	7	8	8	7	7
	Großbritannien	Mill. EUR	74	82	72	75	71	92	86	73	97
	Irland	Mill. EUR	11	11	13	14	12	9	11	12	13
	Italien	Mill. EUR	134	157	143	156	144	173	146	137	149
	Niederlande	Mill. EUR	228	262	179	263	240	297	300	259	238
	Österreich	Mill. EUR	81	86	94	88	74	101	83	80	84
	Schweden	Mill. EUR	27	26	24	38	29	48	37	28	36
	Spanien	Mill. EUR	82	96	104	101	92	90	104	86	102
	Portugal	Mill. EUR	14	16	17	14	13	15	16	12	22
*	Afrika	Mill. EUR	39	52	52	51	73	52	60	28	75
*	Amerika	Mill. EUR	229	267	260	239	279	283	264	256	292
	darunter aus USA	Mill. EUR	149	184	165	156	186	226	213	173	229
*	Asien	Mill. EUR	327	409	452	403	435	364	310	292	341
	darunter aus China	Mill. EUR	150	168	195	188	180	151	135	126	156
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	5	4	4	6	7	5	5

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	2 845	3 685	2 931	2 916	2 208	3 748	2 736
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	551	648	503	509	428	597	431
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	1 736	2 279	1 926	1 871	1 272	2 376	1 814
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	4 340	3 761	3 049	2 939	3 401	3 971	2 893
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	634	634	424	411	497	598	476
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	3 119	2 396	2 113	2 061	2 371	2 642	1 953

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	670	611	615	489	557	581	448
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	88	82	91	78	63
* Verbraucher	Anzahl	420	387	415	308	366	387	295
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	98	86	84	94	75
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	21	20	14	13	16	22	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	71	69	76	615	101

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,4	99,3	98,5	101,4	99,7	98,9	99,0	101,1	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	97,7	104,2	104,6	107,5	120,0	85,8	103,2	104,0	111,8

Preise

Preise	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	102,1	104,3	103,7	104,2	104,1	104,7	105,4	105,7	105,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	101,1	102,1	101,8	101,9	102,0	102,8	102,8	102,9	103,0

Verdienste⁷

	Einheit	2011	2012	2011			2012			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 593	3 677	3 285	3 288	3 312	3 301	3 356	3 371	3 397
* Frauen	EUR	3 077	3 147	2 843	2 846	2 864	2 871	2 903	2 918	2 940
* Männer	EUR	3 798	3 891	3 460	3 463	3 490	3 475	3 538	3 551	3 584
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 228	6 509	5 535	5 550	5 591	5 704	5 769	5 786	5 831
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 075	4 209	3 762	3 769	3 796	3 821	3 869	3 893	3 927
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 153	3 165	2 889	2 898	2 911	2 846	2 893	2 917	2 927
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 579	2 653	2 398	2 409	2 411	2 390	2 455	2 481	2 493
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 926	2 026	1 829	1 836	1 854	1 866	1 915	1 928	1 958

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2011	2012	2011			2012			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 842	3 939	3 430	3 435	3 449	3 412	3 515	3 523	3 555
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 542	3 748	3 230	3 306	3 289	3 327	3 335	3 404	3 402
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 943	4 077	3 492	3 491	3 508	3 522	3 607	3 600	3 634
* Energieversorgung	EUR	5 173	4 963	4 389	4 487	4 477	4 233	4 330	4 312	4 418
* Wasserversorgung ²	EUR	2 987	3 138	2 772	2 803	2 822	2 878	2 900	2 959	2 954
* Baugewerbe	EUR	3 090	3 207	2 961	2 987	2 981	2 818	3 025	3 113	3 086
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 412	3 503	3 180	3 181	3 211	3 228	3 250	3 268	3 292
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 300	3 425	2 983	3 001	3 038	3 109	3 121	3 131	3 136
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 888	2 994	2 678	2 679	2 707	2 714	2 758	2 769	2 786
* Gastgewerbe	EUR	2 058	(1 955)	2 009	2 002	2 004	1 898	1 897	1 893	1 909
* Information und Kommunikation	EUR	4 847	4 742	4 380	4 314	4 359	4 200	4 290	4 313	4 341
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 598	(4 771)	3 962	3 971	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)	(4 087)
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 772	3 762	3 491	3 600	3 577	3 477	3 495	(3 562)	(3 575)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 022	4 263	3 658	3 652	3 672	3 719	3 802	3 776	3 778
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 940	(2 064)	1 868	1 864	1 902	1 937	1 974	2 010	2 082
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 338	3 385	3 194	3 204	3 219	3 227	3 232	3 280	3 288
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 040	4 030	3 904	3 919	3 946	3 934	3 935	3 950	3 953
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 567	3 563	3 324	3 369	3 381	3 300	3 332	3 372	3 378
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 374	3 401	3 167	3 205	3 228	3 144	3 264	3 290	3 269
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 828	3 037	2 657	2 640	2 682	2 829	2 874	2 879	2 890

Geld und Kredit³

Geld und Kredit³

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731	118 696	119 564
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169	11 771	12 042

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413	14 983	14 601
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149	91 942	92 921
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912	110 406	110 893
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226	99 954	100 152
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686	10 452	10 741
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819	8 290	8 671

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	109 118	111 359	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769	113 388	116 085
Termineinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313	47 540	50 320
Sparbriefe	Mill. EUR	31 010	30 198	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377	29 346	29 382
Spareinlagen	Mill. EUR	7 040	7 672	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870	7 596	7 548
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	29 304	29 642	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209	28 906	28 835
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	106 608	108 983	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216	110 892	113 330
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	104 341	106 437	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499	108 148	108 998
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 267	2 546	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717	2 744	4 332
	Mill. EUR	2 510	2 376	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553	2 496	2 755

Steuern

Einheit	2011	2012					2013		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	2 768	3 635	3 488	4 170	2 831	3 727	3 547
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	617	1 032	1 170	1 734	841	1 040	1 410
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	550	961	505	889	610	1 019	536
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	-	446	-	-	-	472	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	38	8	360	530	22	16	507
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	37	10	16	51	35	19	24

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2011	2012					2013		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.		Jan.	Febr.	März

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	80	39	9	12	71	49	8
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	27	-	-	-	33	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	- 89	15	280	251	103	- 62	335
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	-	- 3	-	-	-	- 27	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 151	2 603	2 318	2 436	1 991	2 687	2 138
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	434	556	370	488	396	572	337
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	1 716	2 047	1 948	1 948	1 595	2 114	1 801

Zölle

Mill. EUR	205	193	173	223	204	171	148	208	177
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	109	111	96	70	127	183	106	78	138
-----------	-----	-----	----	----	-----	-----	-----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	14	10	23	65	13	18	24
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	53	32	41	29	52	31	41
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	28	28	63	90	41	29	74

Landessteuern

Mill. EUR	43	55	52	45	56	57	62	56	76
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	13	8	12	15	14	11	15
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	21	20	23	27	31	29	31
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	13	13	11	11	14	13	21
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	7	2	1	1	7
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	3	2	3	2	2

Einheit	2010	2011				2012			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	490	541	541	528	595	521	711	582	590
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	115	135	107	113	122	142	111
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	411	376	476	394	572	420	462
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	9	9	9	10	9	9	13	14	12

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

noch: Steuern		Einheit	2010	2011				2012			
			Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände											
	Mill. EUR	762	824	798	819	1 121	543	1 016	849	1 149	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	299	334	336	298	352	369	501	314	321	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	298	320	300	329	576	45	337	339	621	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	39	40	33	41	75	2	39	33	79	

	Einheit	2011	2012					2013		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	738	809	614	785	864	1 076	706	782	852
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	52	45	56	57	62	56	76
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	257	382	460	639	365	379	567
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	234	355	158	264	260	374	171
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	16	3	153	225	9	7	215
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	15	- 1	6	19	13	8	10
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	35	17	4	5	31	22	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	- 44	7	140	125	52	- 31	167
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	298	346	347	320	279	339	209
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	209	267	243	211	194	280	92
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	89	79	104	109	86	60	117
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	2	3	0	16	- 0	2	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	1	0	5	- 0	1	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	4	6	0	32	- 0	4	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	1	1	0	7	- 0	1	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 808	1 871	1 475	1 943	1 858	2 225	1 503	1 904	1 876
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	96	70	127	183	106	78	138
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	259	440	519	759	368	439	625
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 118	1 430	1 212	1 267	1 029	1 385	1 112
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	2	3	0	16	- 0	2	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im April 2013

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung mit Migrationshintergrund –
Ergebnisse des Mikrozensus 2011
Kennziffer: A1083 201100

Einbürgerungen 2012
Kennziffer: A 1093 201200

Atypische Beschäftigung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2011
Kennziffer: A6033 201100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinmosternte 2012
Kennziffer: C 2053 201200

Schlachtungen, Legehennenhaltung und
Eiererzeugung 2012
Kennziffer: C3053 201244

Weinerzeugung 2012
Kennziffer: C 4043 201200

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Februar 2013
Kennziffer: D1023 201302

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden 2012 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1013 201200

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2013 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201302

Bauhauptgewerbe im Februar 2013 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201302

Das Handwerk 2010
Kennziffer: E5033 201000

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2013
Kennziffer: F2033 201302

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Dezember 2012
Kennziffer: G1023 201212

Aus- und Einfuhr im Januar 2013
Kennziffer: G3023 201301

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2012
Kennziffer: H1013 201200

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2012
Kennziffer: H1023 201301

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern
am 1. Januar 2013
Kennziffer: H1033 201300

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 4. Vierteljahr 2012
Kennziffer: H1073 201244

Binnenschifffahrt 2012
Kennziffer: H2013 201200

Binnenschifffahrt im Januar 2013
Kennziffer: H2023 201301

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Erbschaft und Schenkungsteuer 2012

Kennziffer: L4093 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im März 2013

Kennziffer: M1013 201303

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Februar 2013

Kennziffer: M1043 201341

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –

Ausgabe April 2013

Kennziffer: Z2201 201304

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Iris Stadler
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte